haben Ansuchen für 2294 Wohnungen mit beantragten Darlehen von 134,500.000 S, Baukostenzuschüssen von 1,240.000 S und jährlichen Annuitäten von 6,330.000 S vorliegen. Von den Gemeinden liegen Ansuchen für 1207 Wohnungen vor; beantragt sind hierfür an Darlehen 127,222.000 S, an Baukostenzuschüssen 680.000 S und an jährlichen Annuitäten 195.000 S. Von natürlichen Personen wurden nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 700 Einzelanträge, die einen Betrag von 35 Millionen Schilling an Darlehen erfordern würden, eingereicht. Dann sind noch die sogenannten Großanträge, vor allem von Graz, für 507 Wohnungen mit einem Darlehensaufwand von 28 Millionen Schilling und Baukostenzuschüssen von 2,748.000 S und Annuitäten 1,575.000 S.

Für die Landeswohnbauförderung liegen 1000 Anträge hier, die einen Betrag von 50,000.000 S ausmachen.

Insgesamt befinden sich beim Landeswohnungs- und Siedlungsamt unerledigte Anträge für 4715 Wohnungen. Der angemeldete Bedarf hierfür würde an Darlehen und Baukostenzuschüssen 427,195.000 S und an Annuitäten 8,760.000 S betragen.

Ich muß sagen, Hohes Haus, gegenüber diesen Anforderungen kommen mir die Anforderungen beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds in der Höhe von 1,7 Milliarden S verhältnismäßig bescheiden vor. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß Bauwille und Baulust vorhanden sind, das stellt aber nicht nur das Amt der Landesregierung, sondern auch den Hohen Landtag vor sehr große Fragen und vielseitige, schwierige Probleme.

Hoher Landtag! Es ist mir heute bei den verschiedenen Kapiteln so richtig zum Bewußtsein gekommen, daß letzten Endes sowohl die zivilisatorische und kulturelle Entwicklung als auch die Heimatgesinnung wesentlich davon beeinflußt werden wird, ob es uns gelingt, in den nächsten Jahren diese großen Wünsche einer Erfüllung zuzuführen. Wir alle werden gerne alles, was in unseren Kräften steht, dazu beitragen, daß diese Hoffnungen erfüllt werden. (Allgemein starker Beifall.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Ing. **Koch:** Es haben in vier Minuten weniger als 4 Stunden Sprechzeit 14 Redner zur Gruppe 6 eingehend Stellung genommen und ich stelle namens des Finanzausschusses den Antrag, das Hohe Haus möge die zuständigen Ansätze genehmigen.

Präsident: Ich ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Kapitel 6 in der vom Berichterstatter vorgeschlagenen Form ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 6 des Landesvoranschlages ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 7: „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.“

Berichterstatter ist Abg. **E b n e r.**

Berichterstatter Abg. **Ebner:** Hohes Haus! Die Gruppe 7 beinhaltet in der Hauptsache jenen Teil der Volkswirtschaft, der sich mit der Produktion der Lebensmittel befaßt und deren Förderung. Weiters beinhaltet die Gruppe 7 die Förderung der gewerblichen Wirtschaft und des Fremdenverkehrs. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs kommt erst richtig zum Bewußtsein, wenn man weiß, daß er im Jahre 1957, gesamtösterreichisch gesehen, einen Ertrag von 4,3 Milliarden brachte, wovon 3,2 Milliarden in Valuten, also in ausländischem Geld, hereinkam, was geeignet war, das Defizit der österreichischen Handelsbilanz zu beheben.

Ein besonders zu erwähnender Teil der Gruppe 7 ist das Feuerwehrwesen. Es wird dadurch so interessant, weil wir im Verlauf der verschiedenen Debatten zum heurigen Voranschlag schon mehrmals hören konnten, wie die Feuerwehren, besonders im Jahre 1959, durch Unwetter außerordentlich beansprucht wurden und in die Lage versetzt waren, das, was sie sich auf die Fahnen geschrieben haben, nämlich: Mensch, Tier, Hab und Gut, zu schützen und zu erhalten, so richtig in die Tat umzusetzen. Gleich in den ersten Stunden zu Beginn der Katastrophe haben die umliegenden Feuerwehren bereits ihren Mann gestellt und ihre Rettungsarbeiten begonnen. Als dann in kürzester Zeit darauf unser treu sorgender Landesvater Krainer im Katastrophengebiet erschien, konnte er sich davon überzeugen, daß ein kleines Heer von Feuerwehrmännern bereits emsig tätig war, um der schwer leidenden Bevölkerung zu helfen. Das ist wirklich eine außerordentlich erfreuliche Tatsache. Ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich feststelle, daß diese steirischen Feuerwehren, die in 1014 Einsätzen mit rund 10.000 Feuerwehrmännern 102.000 Arbeitsstunden ohne Bezahlung und mit eigener Verpflegung geleistet haben, wirklich eine wahrhaft soziale und ruhmvolle Tat gesetzt haben, die es verdient, mit goldenen Lettern in das Geschichtsbuch des steirischen Feuerwehrwesens eingeschrieben zu werden.

Jedenfalls glaube ich, sind wir, als die Volksvertreter und im besonderen als die Abgeordneten dieses Katastrophengebietes, dazu berufen, den Feuerwehrmännern und allen anderen, die hier mitgeholfen haben, der notleidenden Bevölkerung zu helfen, den herzlichen Dank der Bevölkerung dieses Katastrophengebietes zum Ausdruck zu bringen und auf echt steirische Weise ein inniges Vergeltsgott zu sagen. Niemand anderer kann all diese Leistungen vergelten als der Herrgott selbst. Darum ist es auch sehr befriedigend, daß die Feuerschutzsteuer in ihren Einnahmen einen höheren Ertrag aufweist als in den vergangenen Jahren und daß sie restlos dem Feuerwehrwesen zur Verfügung gestellt wird. Das wirkt sehr beruhigend auf die Feuerwehren, weil sie nun im Jahre 1959 nicht nur rund 6 Millionen wie im heurigen Jahr, sondern fast 7 Millionen für ihre Zwecke erhalten werden.

Zum Kapitel 7 wäre natürlich noch manches als Einleitung zu sagen, aber ich bin der Meinung, daß sich, ähnlich wie in den Vorjahren, gerade zur Gruppe 7 wieder eine erkleckliche Anzahl von Debattenrednern melden wird und daß ich daher die Zeit nicht kürzen darf.

Zu den übrigen Ansätzen ist zu sagen, daß sie im großen und ganzen gleich geblieben sind. Es ist lediglich eine neue Post hinzugekommen zur Bekämpfung des Bazillus Bang auf Grund des Banggesetzes, das nunmehr in Kraft ist. Dafür ist neu ein Betrag von 400.000 S eingesetzt. Die einzige Post, die eine spürbare Erhöhung erfahren hat, was ich mit besonderer Freude feststelle, ist die Dotation für den Güterwegebau. Das ist ein Erfolg jedenfalls in Erkennung der Tatsache, daß tausende steirische Bauern bis heute noch nicht über anständige Wegverhältnisse verfügen und daher bei der Produktion ihrer Lebensmittel und der Führung ihrer Wirtschaft sehr behindert sind. Es wird sich daher die Erhöhung von 3 auf 5 Millionen sehr günstig auswirken. Freilich ist dies trotzdem noch immer nur ein Tropfen auf einem heißen Stein und deshalb möchte ich anregen und ersuchen, daß bei der nächsten Budgeterstellung gerade für diese Post ein noch ansehnlicherer Betrag aufgenommen werde, um die wegmäßige Aufschließung bis zum letzten Bergbauern möglich zu machen.

Ich darf nun namens des Finanzausschusses empfehlen, die Gruppe 7 des Voranschlages mit den Ansätzen, wie sie Ihnen vorliegen, sowohl im Voranschlag als auch in der Beilage Nr. 66, anzunehmen.

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis morgen 8 Uhr früh. (Ende 22.40 Uhr.)

(Wiederaufnahme der Sitzung am 20. Dezember 1958 um 8.10 Uhr.)

2. **Präsident Operschall:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile dem ersten Redner, Herrn Präsidenten Wallner, das Wort.

1. **Präsident Wallner:** Hoher Landtag! Das Kapitel 7 des Landesvoranschlages beschäftigt sich unter anderem auch mit den Aufwendungen des Landes zur Förderung der Landwirtschaft. War die Förderung der Landwirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren vor allem darauf abgestellt, aus dem Mangel an Nahrungsmitteln herauszukommen, so ist heute der Sinn der Landwirtschaft neben der Versorgung unserer Bevölkerung mit den notwendigsten Nahrungsmitteln wohl auch die Sicherung der Existenz unserer Bauernschaft. Nun ist es eine Tatsache, daß mit der Zunahme der Produktion bei uns und in der Welt überhaupt, mit der Zunahme des Angebotes und oft auch mit dem Absinken der Preise auf dem Weltmarkt die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft, vor allem in jenen Betrieben und Gebieten zunehmen, wo es dem Bauern nicht möglich war, mit der landwirtschaftlichen und technischen Entwicklung der Zeit Schritt zu halten.

Wir wissen auch aus der Wirtschaftskrise des Jahres 1930, daß das Bauernsterben von dort aus begonnen hat, wo die Verhältnisse am ungünstigsten sind, das sind vor allem unsere Bergbauerngebiete. Aus diesen Gründen hat die Landwirtschaftskammer, die auch mit wesentlichen Aufgabengebieten in der Landwirtschaftsförderung betraut ist, vor einigen Jahren begonnen, systematisch jene Gebiete und vor allem jene Betriebe in diesen Gebieten zu fördern, die als Notstandsgebiete, als in der

wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebene Gebiete verzeichnet werden müssen. Das sind vor allem eine große Anzahl von Bergbauerngebieten und dann auch das Gebiet der Kleinbesitzer im Grenzland und im mittelsteirischen Hügelland. Die Landwirtschaftskammer hat zu diesem Zweck ein System von Aufbaugebieten errichtet, zum erstenmal in Österreich, und zwar sind seitdem nicht nur die Vertreter der Landwirtschaftsförderung anderer Bundesländer, es sind sogar vom Ausland Experten gekommen, um diese Art der Förderung kennen zu lernen.

Worin besteht nun diese Förderung? Vor allem darin, daß man die Bauern in diesen Gebieten selbst in Gemeinschaften zusammenfaßt, um mit den bescheidenen Mitteln, die uns von der Öffentlichkeit zur Förderung zur Verfügung stehen, vor allem die Gemeinschaftshilfe zu organisieren. Eine der wichtigsten Aufgaben in diesen Gebieten ist und bleibt nach wie vor der Ausbau der Verkehrswege. Wer Gelegenheit hat, auch heute noch in die Alpengebiete der Steiermark zu kommen, muß zunächst immer sehen, daß das Verkehrsnetz, die Zufahrtswege, noch äußerst mangelhaft sind und keineswegs Schritt halten mit der Entwicklung der Zeit und Technik.

So haben wir hier mit dem Wegbau begonnen und wir haben in 2 Jahren in diesen Aufbaugebieten über 200 km Zufahrtswege zu einzelnen Bergbauernbetrieben ausgebaut. Diese 14 Aufbaugebiete, die wir in der Steiermark haben, erstrecken sich vom Gebiet Wenigzell—Friedberg bis Obdach und zum Korallpengebiet. In diesen 14 Aufbaugebieten sind 95 Gemeinden und 2930 Einzelbetriebe erfaßt, die in dieser Förderung einbezogen sind.

Neben dem Bau der Zufahrtswege ist eine große Aufgabe auch die Förderung des Futterbaues. In Bergbauerngebieten hat eine sehr extensive Weidewirtschaft bestanden, die heute den Anforderungen der Tierzucht und der Tierhaltung nicht mehr genügt. Es wurde durch die Trennung von Wäldern und Weiden zu erreichen gesucht, daß vor allem ordentliche Wälder entstehen, die das Fundament eines gesunden Bergbauernhofes sein müssen und daß jene Flächen, die für Futterbau geeignet sind, als Futterbauflächen neu angelegt und verwendet werden. Wir haben bis heute bereits 2345 ha neue Futterflächen in unseren Aufbaugebieten angelegt und 2300 ha sind zwischen Wald und Weide getrennt worden. Wir haben auch ein System von Waldhelfern errichtet, das sind Waldfachleute, die von den Gemeinschaften bezahlt werden, die aber die einzelnen Bauern zu beraten haben, wie sie ihren Wald durchforsten und wie sie schlägern sollen, um eine Höchstleistung zu erreichen.

Neben dieser Tätigkeit in diesen Aufbaugebieten haben wir uns besonders bemüht, Intensivkulturen in den einzelnen bäuerlichen Betrieben zum Tragen zu bringen. Wir haben hier im Grenzland und in den Obstbaugebieten der Steiermark bereits 90 ha neuzeitliche Obstanlagen errichtet. Diese Förderung ging vor allem durch Bereitstellung nieder verzinslicher Kredite durch das Landwirtschaftsministerium vor sich. Wir haben auch Intensivkulturen für

schwarze Ribisel eingeführt, sie sind besonders geeignet, gerade Kleinbauernbetrieben auf kleinen Flächen besondere Erträge zu bringen und wir konnten bei diesem Betriebszweig feststellen, daß es überhaupt keine Absatzschwierigkeiten gibt, weil die schwarze Ribisel von der ganzen Industrie, die sich mit der Herstellung alkoholfreier Getränke befaßt, gesucht wird. So haben wir bereits auf 63 Betrieben 94 ha schwarze Ribisel angebaut.

Auch der Hopfenbau ist geeignet, kleinbäuerlichen Betrieben Hilfe zu bringen und wir haben bisher im Grenzgebiet 50 ha Hopfen angebaut. Der Tabakbau als Hochleistungskultur erstreckt sich in der Steiermark bereits auf 559 Betriebe mit einer Gesamtfläche von 71'9 ha. Im unmittelbaren Grenzgebiet von Radkersburg, Mureck usw. haben wir den Anbau von Heilkräutern forciert. Dieser bezieht sich auf 55 Betriebe mit einer Gesamtfläche von 10 ha. Der Heilkräuteranbau erbringt die Möglichkeit besonderer Einnahmen für den Kleinbauern.

Der Weinbau, der sich bei uns auf eine Fläche von rund 2900 ha beläuft, ist augenblicklich in einer radikalen Umstellung begriffen. Die einzelnen Pfahlkulturen, wie sie bisher üblich waren, werden nach und nach beseitigt und in Hochrahmenkulturen umgewandelt, die wesentlich bessere Erträge ergeben und sehr große Arbeitseinsparungen ermöglichen. Natürlich ist diese Umstellung mit viel Kosten und einem großen Arbeitsaufwand verbunden.

Der Zuckerrübenbau in der Steiermark erstreckt sich auf 1073 Betriebe, die heuer Verträge mit den Zuckerfabriken abgeschlossen haben. Mit den 810 ha noch ausbaufähigen Flächen würden es 2500 ha sein, die uns insgesamt zugestanden wurden.

Ich kann ferner berichten, daß wir auf dem Gebiet der Tierzucht mit der künstlichen Besamung weiterhin große Fortschritte erzielt haben. Die höchste Quote der künstlichen Besamung stellt die Steiermark mit 30'4 Prozent. Von den 236.000 weiblichen Rindern in der Steiermark sind mit 36 Besamungstieren auf 3 Stationen 71.800 künstlich besamt worden.

Ich möchte dem Landtag weiter berichten, daß wir uns in der Steiermark auch bemühen, Gemeinschaftskühlanlagen zu errichten, die es ermöglichen, daß auch der Kleinbauer zu einer besseren Konservierung der Lebensmittel kommt. Und zwar sind das durchwegs Tiefkühlanlagen. Vor 3 Jahren erst, im Jahre 1955, haben wir mit 16 Versuchsanlagen begonnen, und mit Ende dieses Jahres weisen wir bereits 404 Tiefkühlanlagen mit 16.300 Einzelfächern auf. Wenn man bedenkt, daß jedes dieser Fächer 200 Liter Inhalt hat, das oft von zwei Besitzern zusammen gekauft wird, so kostet eines 3½ bis 4000 Schilling. Diese Anlagen sind besonders geeignet, auch dem kleinen Besitzer die Möglichkeit der Teilnahme an den Errungenschaften der Technik zu bieten.

Gemeinschaftswaschanlagen sind bisher 173 geschaffen worden. Kleinwasseranlagen sind seit dem Jahre 1954 887 errichtet worden. Natürlich könnten wir noch mehr machen. Die Nachfrage und das Ver-

ständnis sind vorhanden. Aber es fehlt gerade jenen, die heute diese Einrichtungen noch nicht haben, die wirtschaftliche Möglichkeit. Die Mittel sind beschränkt. Es wäre natürlich sehr vertretbar, wenn es möglich wäre, hierfür wesentlich mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ich darf abschließend berichten, daß wir uns in der vergangenen Zeit vor allem mit jenen Gebieten wieder beschäftigt haben, die bisher in der Landwirtschaftsförderung durch ihre abseitige Lage oder durch andere wirtschaftliche Schwierigkeiten weniger zum Zuge gekommen sind.

Die Unwetterkatastrophe des vorigen Jahres hat vor allem auch der Landwirtschaft größte Schäden gebracht. Ich möchte mich dem umfassenden Bericht des Herrn Landeshauptmannes anschließen und vor allen Dingen einem Mann danken, den er aufzuzählen vergessen hat und das ist er selbst. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Ich habe mich überzeugen können, daß er wiederholt selbst in den betroffenen Gebieten bis im letzten Graben hinten war, wie er beeindruckt war von den Schäden, von den vernichteten Existenzen und wie er oft selbst den Einsatz geleitet hat. Ich möchte ihm und der Landesregierung und auch dem Herrn Landesrat Pirrsch, der sich besonders bemüht hat, daß die Spenden gerecht verteilt werden, meinen besonderen Dank aussprechen.

Diese Frage zwingt mich aber noch zu einer Sache Stellung zu nehmen, die in diesem Zusammenhang auftaucht. Immer wenn ein Unglück eintritt und Schäden auftreten, sucht man bekanntlich dafür Schuldige. Es ist öfters versucht worden, die Ursache dieser Unwetterkatastrophe in einer zu starken Schlägerung oder schlechten Aufforstung in diesen Gebieten zu suchen. Wer aber Gelegenheit hatte, diese besten forstlichen Gebiete der Steiermark in diesem Gebiet zu sehen, ist sofort zur Überzeugung gekommen, daß diese Angriffe zu Unrecht geschehen. Wer die Gelegenheit hatte, sich das alles anzusehen, mußte feststellen, daß alle möglichen Kulturen, Mischbestände, Staudenbestände usw., aber überhaupt kein Wald abgerutscht ist. Man kann sich vorstellen, daß da gar nichts nützt, wenn solche Wassermengen innerhalb weniger Stunden auf ein Gebiet niederstürzen. Nichts ist geeignet, die hohen Hänge zu halten. Es sind also durchaus nicht waldbäuerliche Versäumnisse daran schuld. Ich will zugeben, daß die in Jahrhunderten entstandenen Fichtenmonokulturen nicht das Idealbild des Waldes darstellen und wir bemühen uns ja auch wieder, den natürlichen Mischbestand aufzuforsten, aber im Zusammenhang mit der Unwetterkatastrophe muß man es ablehnen, der Forstwirtschaft die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Ich möchte auch nicht verabsäumen, zu berichten, daß uns die heurige große Obsternte viele Sorgen bereitet hat, und zwar deshalb, weil die Bauernschaft schon seit Jahren auf die notwendigen Einnahmen aus dem Obstbau wartet. Im vorigen Jahr war eine Mißernte und hat so den Bauern die Einnahmen vorenthalten, und das heurige Jahr hat etwas gebracht, was wir in Jahrzehnten nicht mehr

erleben werden, nicht nur in den Bundesländern Österreichs, sondern auch in den angrenzenden Ländern, ja, in allen Obstbaugebieten Europas, die gleiche, wenn nicht noch größere Obsternten hatten wie wir.

Wenn wir feststellen müssen, daß neben der Ernte des Jahres 1956, zu der wir noch 1500 Waggons importiert haben, insgesamt neben 35.000 Waggons eigener Ernte 36.500 Waggons Obst in Österreich verbraucht worden sind und wenn nach vorsichtiger Schätzung die heurige Ernte in Österreich 50.000 Waggons ausmacht, begreift man, daß nicht Einrichtungen aus dem Boden gestampft werden können, die es ermöglichen, die gesamte Ernte ohne Schwierigkeiten unterzubringen. Ich möchte dankend hervorheben, daß die Maßnahmen, die das Land Steiermark ergriffen hat, unterstützt vom Beschluß des Landtages, sich weitgehend so ausgewirkt haben, daß die Schwierigkeiten verkleinert worden sind. Es waren 1500 bis 2000 Waggons, die durch die Maßnahmen des Landes in Bewegung geraten sind. Ein abschließender Bericht wird noch erstattet werden. Wir haben von der Landwirtschaft aus unsere Möglichkeiten eingesetzt, wir haben einen Betrieb in Gleisdorf errichtet und zusammen mit der gewerblichen Wirtschaft und auch mit einer Landesunterstützung 300 bis 400 Waggons Obst in Gleisdorf verarbeitet; wir haben eine große Konzentrationsanlage und verarbeiten täglich 4 bis 5 Waggons. In der Zentralkellerei wurde die Konzentrationsanlage umgestellt, 150 Waggons wurden verarbeitet bis zum gestrigen Tag und die Verarbeitung geht noch weiter.

Wir haben uns im Finanzministerium bemüht und man hat uns weitgehendes Verständnis entgegengebracht in der Stundung der Zuschläge bei den gewerblichen Betrieben. Durch diese Stundung ist es gelungen, wesentlich größere Mengen zu verarbeiten, die Branntweinemengen für den Bauern selbst zu erhöhen und die staatliche Monopolverwaltung hat sich unter vielen Bemühungen bereit erklärt, den Branntwein aus 200 Waggons Industrieobst in die staatliche Monopolverwaltung zu übernehmen, obwohl das sonst nicht üblich ist. Alle, die hier zuständig sind, haben das Menschenmögliche getan, um die Obsternte unterzubringen, um möglichst wenig Obst verderben zu lassen. Wenn heute die Nachricht kommt, daß am Lande noch 100 Waggons liegen und die Leute auf die Abnahme warten, ist das den erwähnten Umständen zuzuschreiben, daß es nicht möglich war, alles aufzunehmen. Ich hoffe, daß durch die letzten Maßnahmen, die in dieser Woche ergriffen worden sind, das Verderben des Obstes auf ein Minimum beschränkt wird.

Neben diesen Schwierigkeiten, die uns das heurige Jahr gebracht hat, gibt es in der Landwirtschaft auch Schwierigkeiten und Sorgen, die nicht sein müßten, wenn man bereit wäre, weitab von politischen Aspekten die Landwirtschaft und ihre Sorgen so zu betrachten und zu beeinflussen, wie es sein müßte, um die Dinge beheben oder überhaupt nicht entstehen zu lassen. In der letzten Zeit hat die Milchabsatzlage und die Milchwirtschaft weitgehende Erörterungen in der Öffentlichkeit aus-

gelöst. Die Regierungsmitglieder in Wien haben sich mit der Frage der Milchwirtschaft beschäftigt und ein Flugblatt gibt mir den Anlaß, auf die Anwürfe und unrichtigen Darstellungen zurückzukommen, die geeignet sind, ein vollkommen falsches Bild unserer Bauernwirtschaften zu vermitteln und die verantwortlichen Funktionäre anzugreifen, was ich absolut ablehnen muß. Dieses Flugblatt, das sich „Das Steirische Landvolk“ nennt, wird in seiner Organisation von verantwortlichen Funktionären der Sozialistischen Partei, wie mir bekannt ist, getragen. Ich will das Titelbild dem Geschmack des Einzelnen überlassen, wo Schweine abgebildet sind, die sich an die Milch heranmachen und so dargestellt sind, als ob sie den Bauern etwas wegnehmen wollten.

Drei Dinge sind es, die uns vorgeworfen werden. Daß erstens 90 Millionen Schilling der österreichischen Bauernschaft zu Unrecht entzogen sind und ihr vorenthalten werden; zweitens, daß Maßnahmen, die wir ergriffen haben in der Notlage mit dem Krisenfonds, ungesetzlich wären, und drittens die Forderung auf Auflassung des Krisenfonds. Wie ist es zu diesem Krisenfonds gekommen? Ich bin selbst als verantwortlicher Vertreter der steirischen Bauernschaft mit dabei gewesen und will diese Verantwortung auch nicht abstreiten. Wie wir den Krisenfonds eingeführt haben? Nun, die gute Futterlage der letzten Jahre und der Umstand, daß durch den Milchabsatz die einzige fließende, monatlich wiederkehrende Einnahme in das Bauernhaus kommt zum Unterschied von den periodischen Einnahmen, die die Jahresernte in Getreide, Viehwirtschaft und Obst mit sich bringt, dieser Umstand hat dazu beigetragen, den Mangel an Geld im Bauernhaus zu beheben, so daß sich die Bauernschaft in der Milchwirtschaft stark angestrengt hat und wir über Rekordleistungen in der Milchwirtschaft verfügen. Der Verbrauch der Milch ist keineswegs der Erzeugung gefolgt und so ist es zu Überschüssen in der Milchproduktion gekommen, die Lager an Butter in unseren Molkereien haben sich gestaut. Wir haben im Vorjahre die Situation gehabt, daß 1400 bis 1500 Tonnen Butter gelagert waren und daß die Molkereien das Geld nicht mehr hatten, den Bauern die Milch zu bezahlen. Jetzt sind ernstliche Beratungen in diesem Zusammenhang erfolgt. Wir haben versucht, die Butter verbilligt im Inland abzusetzen, wir haben mehrmals Aktionen gestartet, für die Rentner, Arbeitslosen wurde die Butter verbilligt abgegeben und wir mußten jedesmal nach Abschluß dieser Aktion feststellen, daß wohl die Menge, die wir für die Aktion vorgesehen hatten, verbilligt von den Konsumenten aufgenommen worden ist, daß aber zusätzlich die Konsumenten zu normalem Preis nichts mehr bezogen haben.

Das hat uns gezwungen, irgendwohin zu gehen mit unserem Überschuss oder sonst zuzusehen, wie der Milchpreis zusammenbricht und die Molkereien das Milchgeld nicht auszahlen können. Es ist naheliegend, daß die Industrie auf allen Erzeugungsgebieten mit dem Überschuss ins Ausland geht. Auch wir haben den Absatz im Auslande gesucht. In das Ausland exportieren heißt, sich den Preisen des Auslandes anzupassen und die Zollgrenzen zu über-

winden. Wir haben da große Schwierigkeiten gehabt im heurigen Jahr, weil Holland, weitgehend aus staatlichen und öffentlichen Mitteln unterstützt, den Butterüberschuß derart billig auf dem europäischen Markt feilgeboten hat, daß wir zunehmend unsere Butterexporte stützen mußten. Wir haben den Krisenfonds, der bis zum 1. März 1958 mit 10 Groschen festgelegt war, auf 15 Groschen erhöhen müssen, um die Mittel aufzubringen und den notwendigen Export zu fördern. Ich habe mir genaue Aufstellungen geben lassen über die Verwendung der Mittel. Die Darstellung ist in diesem Flugblatt völlig falsch, wenn sie nicht dazu dargetan ist, die Bauern in Mißtrauen gegen uns zu versetzen.

Die Einnahmen aus dem Krisenfonds sind vom 1. Jänner bis 30. September, für welche Zeit uns eine Abrechnung zur Verfügung steht, 153 Millionen. Die Einnahmen aus der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelindustrie, aus Zinsenvergütungen von der genossenschaftlichen Zentralbank und der Ausfuhrhandelsvergütung betragen 5,596.000 Schilling, so daß ein Betrag von 159 Millionen an Krisenfondsgeldern vereinnahmt worden ist. An Stützungen und Hilfsmaßnahmen wurden ausgegeben: Für Stützung des Butterexportes 98,039.000 S, für die Verarbeitung von Milch in Milchkpulver und Abgabe dieses Pulvers ein Betrag von 20,103.000 S und an Vorracht für die Erstellung von Magermilchpulver wurden gebraucht 4,319.000 S und für den Käseexport, den wir tätigen mußten im heurigen Jahr mit 494.000 kg waren 1,485.000 S erforderlich, zusammen 124,946.000 S. Für die Butterwerbeaktion ist ein Betrag von 8,428.000 S verausgabt worden, für die Endabrechnung der Milchpreisstützung 1957 2,200.000 S, für Vorlagezinsen 1,400.000 S, so daß sich zusammen ein Betrag von 159 Millionen rund ergibt. 159 Millionen beträgt die Gesamtausgabe, die in diesem Zusammenhang getätigt worden ist. 2,135.000 S waren mit 30. September Überschub aus dem Krisenfonds.

Nun hat sich aber die Absatzlage seit dem 30. September wesentlich dadurch gebessert, daß die Preise im Ausland wesentlich angestiegen sind und wir die noch ausstehenden Exporte nicht mehr so zu stützen brauchen. Nun hat auch der Inlandsverbrauch etwas zugenommen, so daß es möglich sein wird, in der nächsten Zeit mit dem Krisenfonds wieder zurückzugehen und ihn abzubauen. Ich muß in diesem Zusammenhang sagen, es hätte nicht einer Aufforderung an die Regierungsmitglieder oder eines Flugblattes bedurft, denn so wie wir verantwortlich seinerzeit den Krisenfonds eingeführt haben, so werden wir selbstverständlich an dem Tag den Beschluß fassen, ihn wieder abzubauen, an dem wir es vor der Bauernschaft verantworten können. An der Spitze steht immer die Bestrebung, die Einnahmen aus der Milchwirtschaft aufrecht zu erhalten und den Preis dafür aufrecht zu erhalten. Ich möchte betonen, daß die gesamte Gebarung des Krisenfonds unter der Kontrolle des Landwirtschaftsministeriums steht, so daß es absolut sicher ist, daß keine Mittel für Maßnahmen verwendet werden, die nicht vertretbar sind. Was den Vorwurf betrifft, daß hiezu keine gesetzliche Grund-

lage vorhanden wäre und daß Beschlüsse gefaßt werden, die durch nichts gedeckt sind, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß das Milchwirtschaftsgesetz, das im Jahre 1957 für das Jahr 1958 beschlossen worden ist und das Milchwirtschaftsgesetz, das jetzt beschlossen worden ist im Parlament, in den Erläuterungen hiezu folgendes vorsieht: Zur Sicherung eines kostendeckenden Erzeugerpreises für Milch, wozu auch Maßnahmen zur Verhinderung eines Preiszusammenbruches gehören, ist eine Stützung mit 50 Groschen vorgesehen. Nun haben sowohl der Oberste Rechnungshof als auch der Bundesverfassungsdienst durch den Einbau dieser Bestimmung in das Milchwirtschaftsgesetz keinen Anlaß gehabt, den Krisenfonds zu beanstanden. (Abg. Sebastian: „Sie sagen immer: Durch den Einbau ins Gesetz. Im Gesetz steht gar nichts, nur in den Erläuterungen!“) Jawohl, ich habe gesagt, in den Erläuterungen und auf Grund dieser Erläuterungen ist sowohl vom Verfassungsdienst als auch vom Rechnungshof kein Einwand mehr erhoben worden. Niemand kann behaupten, daß das zu Unrecht geschehen ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch anführen die sogenannten Lizenzgebühren, die auch kritisiert worden sind. Die Situation im Butterabsatz war im Sommer so prekär, daß ernstlich erwogen worden ist, den Krisenfonds noch einmal um 5 Groschen zu erhöhen. Wir als Vertreter der Landwirtschaft haben hier erklärt, man müßte zuerst alle anderen Möglichkeiten ausschöpfen und haben in der Sitzung auch solchen Möglichkeiten zugestimmt und wir waren eher bereit, die Grundstoffe für die Milcherzeugung, also die Eiweißfuttermittel, die aus dem Ausland importiert werden, mit einer Lizenzgebühr von 1 S pro 100 kg zu belegen, um hier das Geld hereinzubringen, um eine nochmalige Erhöhung des Krisenfonds abwehren zu können. Ich habe mich dabei von dem Standpunkt leiten lassen, daß diese hochwertigen Eiweißfuttermittel in erster Linie nur Betriebe mit hoher Milchleistung verwenden. Diese sind leichter bereit, diese Auflage zu tragen als die Kleinbauern in der Lage wären, noch einen weiteren Abzug von 5 Groschen auf sich zu nehmen. Dabei ist natürlich durch die Verteuerung der Eiweißfuttermittel eine Hemmung in der Ausweitung der Produktion gegeben. Da sich in den letzten Monaten die Lage wesentlich zu unseren Gunsten gebessert hat, konnte auch diese Lizenzgebühr im Parlament so behandelt werden, daß sie vorläufig gar nicht zur Einführung kommt. Es kam nur zu einer Ermächtigung des Landwirtschaftsministeriums im Verein mit dem Finanzministerium, daß diese Lizenzgebühr dann einzuführen ist, wenn es die Absatzlage notwendig macht.

Damit glaube ich eingehend ausgeführt zu haben, daß es hier doch so ist, daß nichts zu Unrecht geschehen ist. Ich habe Ihnen nachgewiesen, daß die Krisenfondsmittel nur zur Aufrechterhaltung des Milchabsatzes und des Milchpreises verwendet worden sind. Ich erkläre noch einmal, daß wir an dem Tag, an dem wir es verantworten können, den Krisenfonds abbauen werden und es bedarf wirklich keiner Aufforderung, das zu tun. Mir kommt das so vor, als wenn jemand im Mai hergehen und

die Forderung erheben würde, die Winterarbeitslosigkeit sofort abzubauen. Wir haben die Schwierigkeiten im Sommer gehabt, da hat sich niemand gefunden, uns zu beraten, aber jetzt, wo sich die Situation gebessert hat, ist das leicht.

Ich muß sagen, die Milchpreisgestaltung ist mit daran schuld, daß wir in der Steiermark um 5 Prozent in der Produktion tiefer liegen als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Es stimmt auch, daß die größeren Betriebe nicht mehr in der Lage sind, das notwendige Personal für die Haltung eines großen Milchviehstalles aufzubringen und zu erhalten und daher wenden sich die größeren Betriebe der Steiermark vor allem der Fleischmast zu. Wir haben im heurigen Jahr gegenüber früheren Jahren, wo wir 15.000 bis 16.000 Einsteller zur Mast hatten, bereits 29.000 Stück Vieh für diesen Zweck gebraucht. Das ist mit ein Grund, warum die Milchleistung zurückgeht. Hier möchte ich sagen, nach den Feststellungen der Österreichischen Buchführungsgesellschaft haben wir einen durchschnittlichen Kostenindex, d. h. Verkaufsindex bei agrarischen Produkten von 760 Punkten zu 1937. Die Gesamtwerte unserer Ausgaben belaufen sich auf 970 Punkte, das ist die Preisschere mit 210 Punkten. Auf die Milch entfallen 690 bis 700 Punkte. Es ist nicht so, daß ein zu hoher Milchpreis diese Produktion nach sich gezogen hat, sondern die Gründe, die ich eingangs angeführt habe.

Nach Behandlung dieser Frage möchte ich auch noch auf etwas kommen, was Abg. Sebastian in seinen Ausführungen angezogen hat, und das ist die Frage der Altersversorgung. Hier ist mitgeteilt worden, daß es den Sozialisten zu danken wäre, daß diese Einführung erfolgt ist. Es war der österreichische Nationalrat Pius Fink aus Vorarlberg, der schon in den ersten Nachkriegsjahren die Kinderbeihilfe und die Altersversorgung gefordert hat, auch für die Landwirtschaft. Der österreichische Bauernbund hat auf seiner Tagung im Jahre 1953 in Innsbruck diese Forderungen aufgestellt. Daß natürlich auch in der Bauernschaft die Meinungen nicht einhellig waren, ist dem gesunden Instinkt in der Bauernschaft zuzuschreiben, die sich nicht gerne dazu bereit fanden, eine Altersversorgung einzuführen. Die Entwicklung der Zeit, die Lage der Landwirtschaft vor allem in den kleinen Bauernbetrieben hat uns gezwungen, diese Einrichtung doch einzuführen. Ich möchte darauf verweisen, daß in diesem Zusammenhang der Sozialminister unter Zl. II-215 aus 1956 einen ersten Entwurf vorgelegt hat. In diesem ersten Entwurf ist die Beitragsleistung der Landwirtschaft in der Höhe von 400 Prozent der Grundsteuerumlage vorgesehen gewesen und dabei heißt es, daß erst im Jahre 1966 die Leistungen zum Tragen gekommen wären und mit Zuschlägen von mindestens 500 Prozent zu rechnen wäre. Eine solche Belastung der Landwirtschaft konnten wir nicht auf uns nehmen. Wir haben mit dem Finanzministerium und dem Bundeskanzler verhandelt und unseren führenden Männern ist es gelungen, eine Form zu finden, die man noch als tragbar bezeichnen kann. Heute müssen wir 150 Prozent Grundsteuerumlage und Kopfquotenausgleich beisteuern. Es ist nicht so, daß wir war-

ten mußten, bis Sie die Forderung aufgestellt haben. Natürlich ist das Gesetz von beiden Parteien beschlossen worden, es war aber eine Forderung des Österreichischen Bauernbundes.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch allgemein über die Lage der Landwirtschaft sprechen, da in diesen Tagen bei Behandlung des Budgets sehr viele Fragen besprochen worden sind in diesem Hohen Hause, über die wir als Vertreter der Bauernschaft uns sehr oft Gedanken zu den einzelnen Ausführungen gemacht haben. Abgeordneter Ing. Koch hat eingehend die Lage der Kleingewerbetreibenden geschildert. Ich kenne die Entwicklung, die hier festgestellt wurde und die Not und die Schwierigkeiten vieler kleiner Betriebe, die nicht mehr die notwendigen Einnahmen finden. Wir sind bereit, alle Maßnahmen zu unterstützen, die einer Besserung dienen, aber die Grundlage für die Beschäftigung nicht nur der Handwerker, sondern auch der Arbeiterschaft in diesen Betrieben ist und bleibt doch eine kaufkräftige Bauernschaft. Wir haben noch so viele Investitionen vor uns, es fehlen uns noch die Einrichtungen zur Verschönerung des Lebens auf unseren Bauernhöfen am Lande draußen. Die Aufklärungen und Schulungen unserer Leute haben es mit sich gebracht, daß sie diese Dinge kennen, die Bereitschaft ist vorhanden, das Verlangen ist vorhanden, aber die Möglichkeit ist nicht gegeben, sich diese Einrichtungen zu verschaffen.

Hier muß ich sagen, liegt die Schuld, nicht wie es oft behauptet wird, an der Agrarpolitik und daß die Bauern schlechte Vertreter haben. Das kommt mir wie eine Frotzelei vor. Was ist die Ursache, daß sich die Lebensverhältnisse zu ungunsten der Landwirtschaft verschieben? Weil Sie es viel leichter haben mit der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft, alle Ihre Forderungen, die immer wieder im Laufe der Zeit gestellt werden, sei es auf Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen oder Urlaubsverlängerungen, sei es das 13. oder das 14. Monatsgehalt, durchzudrücken. Wir kriegen für 12 Liter Milch nur 12 Liter und nicht 14, niemand bezahlt uns 14 Liter. Alle diese Fragen entwickeln sich so, weil hinter Ihren Forderungen die Macht steht. Tagtäglich wird mit passiver Resistenz und mit Streik gedroht. Das alles können wir nicht machen, wir müssen auf das Verständnis der Bevölkerung und auf die Vertreter im öffentlichen Leben pochen. Ich stelle fest, daß auch im Landesbudget namhafte Beträge zur Stützung unechter Preise verwendet werden, die in einem Höchstmaß nur der städtischen Industriebevölkerung zukommen und am wenigsten dem Landvolk. Im übrigen ergibt sich das Bild, daß neben den Aufwendungen, die wir brauchen, um wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, für Ausgaben, um auch der Landbevölkerung Einrichtungen zu verschaffen, die für viele Menschen selbstverständlich sind, nichts übrig bleibt. Ich denke da nur an den Abgang der Spitäler. Wenn der Bauer ins Spital kommt, glaubt niemand, daß er nicht bei einer Krankenkasse ist. Die Krankenkasse hat überall die schönsten und auch größten und modernsten Häuser errichtet, der

Volksmund nennt sie Prämiensilo, nicht ganz unzutreffend.

Das Schweinefett wird bei uns mit 15'60 S abgegeben. Das Innenministerium, das heute noch die Fettverteilung führt, importiert das Schweinefett aus dem Auslande um 8 bis 9 Schilling pro Kilogramm. Es ist unmöglich, im Inland zu diesem Preise das Fett zu erzeugen. Wir haben die Landjugend, die so tätig ist und viele kulturelle Aufgaben vollführt, sie wird nicht unterstützt. Wenn sich aber hier irgend ein kleiner Zirkel bildet, ein Schachbrettclub, kommt er zur Öffentlichkeit um Unterstützung. All diese Dinge wirken sich so aus, daß an Aufwendungen im Budget für Aufgaben des Landes immer weniger werden und, wie heute hier bekannt wurde, wir nicht in der Lage sind, Erhöhungen für solche Zwecke vorzunehmen, weil keine Mittel vorhanden sind. Wenn wir uns bemühen würden, die Milchauffettung durchzuführen, würden wir es uns ersparen, 2500 bis 3000 Tonnen Butter ins Ausland zu exportieren. Das würde nur 25 Groschen ausmachen für den Verbraucher und wir hätten statt der abgerahmten Milch eine vollwertige Milch. Das war nicht durchzubringen. Ich habe mit Arbeitern und Angestellten gesprochen, sie sagen, auf das kommt es uns nicht an, wenn Euch damit geholfen ist und wir eine verbesserte Milch kriegen. Je weiter wir zum Bauern hinkommen, desto größer wird die Freundschaft, werden aber Entscheidungen verlangt, je weniger spürt man von dieser Freundschaft zu den Bauern. Bis heute war es nicht möglich, auch nur diese Frage, die keine besondere Belastung wäre, durchzubringen. Als wir die Abfettung gemeinsam beschlossen haben, war die Situation so, daß die notwendigen Spanne, die hier vorhanden ist in der molkereimäßigen Verarbeitung der Milch, nicht in dem Ausmaße übernommen wurde, so daß 800 t Butter importiert werden mußten. Damals war es naheliegend, eine Abfettung vorzunehmen, um nicht Butter aus dem Ausland zu beziehen, im Jahre 1958 aber, wo wir einen Butterüberschuß haben, noch immer abgefettete Milch abzugeben und die Auffettung nicht durchzuführen, da soll jemand sagen, daß wir schlechte Agrarvertreter sind, wenn Sie nicht bereit sind, so einfache wirtschaftliche Selbstverständlichkeiten uns zuzugestehen. Die Schweizer Bauern kriegen für die Milch S 2'50 pro Liter.

Der Schweinepreis in den einzelnen Staaten Europas: wir haben 1952 einen Schweinepreis ab Hof des Bauern von 12 S zugestanden erhalten, vor 6 Jahren, im Jahre 1952! In der Schweiz gelten Schweinelebenspreise von 18 bis 21 S, bei uns von 10 bis 14 S. Daß natürlich unsere Hilfskräfte zu Tausenden in die Schweiz wollen, weil die Leute dort viel mehr bezahlen, können Sie sich denken, die kommen dann mit ihrem Geld nach Osterreich und wechseln es in Schilling um und es ist dann begreiflich, daß wir zusehen müssen, wie unsere besten Leute weggehen.

Schauen Sie, das sind die betrüblichen Tatsachen, die uns Sorgen machen und unsere Schwierigkeiten häufen und dann soll jemand behaupten, wir hätten schlechte Vertreter, die nichts verstehen. Die öster-

reichische Bauernschaft subventioniert heute den Konsum weit mehr dadurch, weil man ihr die Preise vorenthält, die sie brauchen würde, um mit dem Lebensstandard mitzukommen. Sie subventioniert auch den Fremdenverkehr, der uns so viele Devisen einbringt. Nicht nur wegen der landschaftlichen Schönheit oder all dem, was es sonst bei uns zu sehen gibt, kommen die Leute, sondern vor allem, weil man bei uns billiger lebt. Das leistet auch die Landwirtschaft. Ob es wirklich notwendig ist, allen begüterten Menschen und auch den Ausländern die Milch um 50 Groschen zu verbilligen, ist eine andere Frage. Aber darüber zu verhandeln, ist unmöglich, weil man unsere Vorschläge, die einigermaßen eine Verbesserung der Landwirtschaft bringen können, ablehnt.

Das Landwirtschaftsgesetz, das wir uns so erkämpft haben und zu dem die Regierung noch zum Zeitpunkt der Wahl gestanden ist, ist uns letzten Endes abgelehnt worden. Ich will gerne zugeben, daß es auch in unseren Kreisen verschiedene Auffassungen gab und daß sich vor allem die Händler gefürchtet haben, daß die Möglichkeiten der Spekulation verringert werden. Aber schließlich haben doch alle Bünde ihre Unterschrift unter dieses Landwirtschaftsgesetz gegeben. Es war dem Herrn Vizekanzler Dr. Pittermann vorbehalten, es endgültig abzulehnen. Aber wir werden andere Möglichkeiten erwägen, um zu unserem Recht zu kommen. Ich will das nur aufzeigen, weil immer behauptet wird, wir wären schlechte Vertreter der Bauernschaft, ich glaube, das liegt vielleicht auch im System, vielleicht auch in dem der Koalition. Ich bin auch kein Freund mehr davon, weil sie sich zu unseren Ungunsten auswirkt. Ich bin nicht für ein System, wo es einem Dr. Pittermann allein anheimgestellt ist, „nein“ zu sagen. (Abg. R ö s c h : „Das hat ja nichts mit der Koalition zu tun!“) (Abg. Dr. R a i n e r : „Mit den Machtverhältnissen und dem Terror!“)

Ich möchte nun zum Schluß kommen. Diese Umstände sind es, die das österreichische statistische Zentralamt veranlaßt haben, die Feststellung zu machen, daß die österreichische Landwirtschaft heute 30 bis 32% der Arbeitsstunden leistet, ungefähr 20% der Berufstätigen stellt, aber nur 13% Anteil am Volkseinkommen hat. Wir möchten nur wünschen, daß man in Berücksichtigung dessen, daß doch mit einem gesunden, lebensfähigen Bauernstand alle Fragen der Kultur und der Freiheit unseres Landes eng verbunden sind, doch etwas mehr Verständnis für die Landwirtschaft aufbringt und meine Forderung geht vor allen Dingen darüber hinaus an die Vertreter im Parlament und in der Regierung. Wir könnten manche Schwierigkeiten meistern und zu aller Vorteil regeln, wenn nur etwas mehr Verständnis für die Landwirtschaft vorhanden wäre. (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Abg. Sebastian hat in der Generaldebatte verschiedenes über die Landwirtschaft erzählt, worüber ich sehr überrascht war. Ich wußte ehrlich nicht, daß wir so viele Erfolge in der letzten Zeit den Sozialisten zu verdanken haben, wie z. B. die landwirtschaftlichen Zuschuß-

renten oder, daß uns die Sozialisten vor einem volksdemokratisch anrühigen Landwirtschaftsgesetz bewahrt haben. Es hätte nur noch gefehlt, daß Sie gesagt hätten, die Sozialisten seien es, die uns immer unterstützen, wie z. B. bei den höheren Milchpreisen, und nur der Bauernbund verhindert das immer. Ich bin der Meinung, daß das nur ein politisches Theater ist, an das Sie ja selbst nicht glauben. Wenn das der Fall wäre, hätten Ihre Bauernabgeordneten es sich bestimmt nicht nehmen lassen, uns diese Erfolgsmeldungen zu bringen.

Ich bin der Meinung, man soll lieber mehr produktive Arbeit leisten, als immer nur feststellen, wer was geleistet hat. Tatsache ist, daß wirklich Gewaltiges geleistet worden ist in der Landwirtschaft und daß das nicht zuletzt unseren Männern an der Spitze des Bauernbundes zu verdanken ist. Ich möchte nur eine Sparte herausgreifen, nämlich die der Klein-Landwirtehilfe, deren Initiator der Herr Landesrat Pirisch ist. Mit dieser Beihilfe wurde zumindest die größte Not überbrückt. Aber es ist trotzdem noch sehr viel zu leisten.

Der Herr Präsident Wallner hat die Sorgen, die die Landwirtschaft bedrücken, schon deutlich dargelegt. Es ist dem Bauernstand, und vor allem dem Bergbauern nicht möglich, mit dem gewaltigen Fortschritt der Technik Schritt zu halten. Einnahmen, die früher durch Monate hindurch die Existenz gesichert haben, sind für die Mehrheit weggefallen. Wie z. B. die Holzabfuhr im Winter. Die wird heute mit Traktoren durchgeführt. Der Pferdezug ist durch die Motorisierung verdrängt worden. Auch die Pferdezucht ist aus diesen Gründen stark zurückgegangen, heute ist durch die Schneefreimachung der Straßen und Wege auch im Winter kein Pferdeschlitten mehr auf der Straße zu sehen. Allein seit dem Jahre 1952 ist der Pferdebestand in der Steiermark um 1000 Stück geringer geworden. Es ist nun notwendig, um diese Lücken aufzufüllen, nach irgendwelchen neuen Einnahmequellen zu suchen.

Eine dieser Einnahmequellen ist der Fremdenverkehr. Es wurde schon oft hier davon gesprochen. Die westlichen Bundesländer sind uns auf diesem Gebiet wesentlich voraus. Ich habe mich selbst überzeugt, daß z. B. das Bergbauernproblem in den westlichen Bundesländern, vor allem in den Tiroler Bergbauerngebieten nicht so extrem ist wie bei uns. Allerdings vermietet dort auch noch der letzte Bergbauer Fremdenzimmer. Unser Steirerland, vom Dachstein bis zum Rebenland, hat dem Erholungsuchenden mindestens genau soviel zu bieten. Es ist nur noch nicht so richtig erkannt worden. Meine besondere Bitte geht daher dahin, daß dem Fremdenverkehr ein besonderes Augenmerk zugewendet wird, denn er ist nicht nur eine wesentliche Einnahme für den einzelnen, sondern auch eine wichtige Einnahmequelle für die gesamte Volkswirtschaft. Die Differenzen und Spannungen, die da und dort auftauchen zwischen den Privaten und Gastwirten, lassen sich sicher leicht überbrücken. Die Hausbesitzer und die Bauern vermieten ihre Zimmer, und das Getränk und das Essen besorgt der Wirt. Da läßt sich bestimmt eine Übereinstimmung herstellen, und man könnte damit auch er-

reichen, daß in dieses Gebiet mehr Leben hineinkommt. Die Ramsau ist ein besonderes Beispiel. Dort gibt es kaum einen Bauern, der nicht Fremdenzimmer vermietet und es ist dadurch selbst Bauern in extremer Lage möglich, sich noch halbwegs zu halten. Eine besondere Förderung des Fremdenverkehrs könnte daher die prekäre Finanzlage des Bergbauern und der Wirtschaft in der Steiermark wesentlich heben. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Stöffler: Hoher Landtag, sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte vor allem gleich in loyaler Weise ankündigen, daß ich dem Herrn Abgeordneten Sebastian auf einige von ihm gestellte Fragen antworten will. Es wäre schade, wenn er es nicht hören würde.

Vorerst einiges zum Fremdenverkehr. Es ist eine Binsenweisheit, daß der Fremdenverkehr Arbeitsplätze schafft, daß er den Umsatz steigert, daß er Erträge bringt und daß er vor allem Devisen bringt. Seine mittelbare Wirkung liegt vor allem darin, daß das Land mehr aufgeschlossen wird, daß es überall verschönert wird, daß er zusätzliche Einnahmen für die Landbevölkerung bringt, daß das Land besser bevölkert bleibt und die Wirtschaft krisenfester wird.

Lassen Sie mich einen internationalen Vergleich ziehen. Wir haben drei große klassische Länder des Fremdenverkehrs in Europa: Italien, Frankreich und die Schweiz. Die Schweiz hat eine phantastische Landschaft, die erstklassig aufgeschlossen ist und sie bietet vorzügliche Unterkünfte. Frankreich hat wieder andere Vorzüge. Neben den Schönheiten am Meer und in den Alpen besitzt es vor allem auch eine große Anzahl von Kulturgütern. In Italien spielen die guten Straßen, das beständige Wetter, die Seen, das Meer und die Kunstdenkmäler eine Rolle. Nun, warum fahren die internationalen Gäste ins Berner Oberland? Weil sie schon von der Schule her wissen, daß es dort schön ist und weil dies in der ganzen Welt auf Plakaten zu sehen ist. Warum reist man nach Florenz? Weil man von der Schule her weiß, daß dort eine Fülle von Kulturgütern zu sehen ist. Warum besucht man Wien? Nicht wegen der Landschaft und der Umgebung, sondern um die Kulturgüter zu besichtigen, über die in der ganzen Welt jeder einzelne von der Schule her unterrichtet ist. Warum geht man nicht so sehr an die dalmatinische Küste, obwohl es dort auch sehr schön ist? Weil man sich nicht sicher und wohl fühlt und die Hotels nicht das zu bieten vermögen, was als europäischer Durchschnitt gelten kann. Warum fährt man nicht so viel in die Steiermark? Weil sie nicht genügend aufgeschlossen ist, weil wir nicht genügend Betten haben und weil auch die Unterbringung aus sonstigen Gründen nicht ganz dem europäischen Durchschnitt entspricht. Die Steiermark ist billig und schön, klimatisch sind Winter und Sommer sehr günstig und vor allem ist sie für die Wiener unerhört nahe. Wir müssen uns dem innerösterreichischen Verkehr mehr zuwenden. Im Sommer ist der Süden mit seiner Wetterbeständigkeit eine große Konkurrenz für unser Land, dafür könnte aber die Steiermark für den kleinen Mann in Österreich

günstige Erholungsplätze bieten. Wer ein Auto hat, und das gehört fast schon zum guten Ton, fährt im Sommer nach dem Süden. Im Winter liegen die Dinge anders, da fährt der Österreicher nicht aus Österreich heraus, im Winter bleibt er in Österreich. Wir haben herrliche Berge als Voraussetzung für den Wintersport, aber die Wintersportgebiete sind zu wenig erschlossen. Es gibt zu wenig Seilbahnen auch an den schon bekannten Wintersportorten. Es gibt eine ganze Menge von wunderschön gelegenen, außerordentlich geeigneten Orten, die nicht einmal noch durch Straßen genügend erschlossen sind. Es kommen nicht genügend Wintergäste in die Steiermark und, um dies zu erreichen, müssen für die Winterurlaube in der Steiermark die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Wenn man eine zweite Saison errichten will, müssen, mehr als bisher, Seilbahnen gebaut werden. Gastein ist ein klassisches Beispiel dafür, was durch Sportveranstaltungen, durch die Errichtung von Seilbahnen aus einem Ort gemacht werden kann. Früher hat Gastein seine Tore im Winter geschlossen, heute ist es im Winter ein Ort von Weltgeltung, und zwar nicht durch die Bäder, sondern durch die Einrichtungen, die den Wintersport gewährleisten.

Wir haben in Österreich zur Zeit 49 Seil- und Bergbahnen, 84 große Sessellifte und 250 große Schlepplifte. Man darf nicht glauben, daß man an einer Bergbahn verdient, aber durch eine Bergbahn kann verdient werden. Es steigen sprunghaft die Übernachtungsziffern, wenn eine entsprechende Beförderungsmöglichkeit eingerichtet wird. Einige Beispiele: In Mayrhofen beliefen sich im Winter 1953/54 die Übernachtungen auf 5600. Nach Errichtung der Seilbahn stiegen sie im Winter 1956/57 auf 27.400 an. Auf der Tauplitz stiegen die Übernachtungen von 27.600 im Winter 1953/54 auf 40.700 im Winter 1956/57. In Heiligenblut stieg die Übernachtungsziffer von 689 auf 3700, in Spital a. P. von 4700 auf 6200. Ich könnte Ihnen eine lange Reihe solcher Beispiele aufzählen. Von den in Österreich bestehenden 49 Seilbahnen befinden sich in Steiermark 3 und von 84 großen Sesselliften bestehen in Steiermark 8. Von den 180.000.000 S ERP-Geldern sind nach Steiermark nur $3\frac{1}{2}$ Millionen gekommen, die zum Ausbau der Seilbahnen verwendet wurden. Wir haben eine unerhörte Konkurrenz auf diesem Gebiete und wir müssen noch viel nachholen. Noch viel mehr Orte müssen Wintersportorte werden. Gemessen an den Möglichkeiten, die dieses Land für den Wintersport zu bieten hat, ist die Zahl der Wintersportorte zu gering. Daher Aufschließung, Ausbau der Hotellerie, Bau von Seilbahnen.

Das Land wird mehr als bisher als Bürge für Kredite bereitstehen müssen, wenn mit diesen Krediten Seilbahnen und Hotels ausgebaut werden sollen. Was geschieht in dieser Hinsicht doch in anderen Ländern, wie Frankreich, Italien und der Schweiz! Dort stehen den Hotels Kredite mit 2—3% Zinsen auf 25 Jahre zur Verfügung. In Österreich ist der ERP-Kredit mit 5% zu verzinsen bei 140%iger Haftung. Man wird im Jahre 1959 auf diesem Gebiet Vorbereitungen treffen müssen, es wird ein entsprechender Erschließungsplan für den Winter er-

stellt werden müssen, es wird versucht werden müssen, möglichst viele und möglichst namhafte Sportveranstaltungen in dieses Land zu verlegen. Sportveranstaltungen haben eine unerhörte Sogwirkung auf das Publikum. Man wird sich in den Gemeinden dazu verstehen müssen, für solche Veranstaltungen die Abgaben möglichst loyal zu bemessen, denn die unmittelbare Abgabe ist nicht entscheidend, sondern die allgemeine Wirtschaftsbelebung, die durch den Fremdenverkehr entsteht.

In verkehrstechnischer Hinsicht ist vieles zu tun: Steiermark braucht bessere Bahnverbindungen und höhere Bahnermäßigungen. Im Jahre 1960 muß unbedingt mehr Geld für den Ausbau der Straßen verwendet werden, aber auch die Werbung für den Fremdenverkehr muß intensiviert werden. Wir müssen alles unternehmen, damit aus den Countermitteln mehr Gelder für Hotels und Seilbahnen nach Steiermark fließen.

Zur Förderung der Wirtschaft im allgemeinen und zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft im besonderen ist festzustellen, daß es sich nicht um Fragen des einen oder anderen Standes handelt, sondern um Fragen, die alle Schichten der Bevölkerung betreffen. Denn vom Ertrag der Wirtschaft leben wohl alle mittelbar oder unmittelbar, u. zw. nicht nur die Arbeiter und Gewerbetreibenden, die in Produktion und Verkauf tätig sind, auch die Beamten und Rentner sind vom Erfolg der Wirtschaftspolitik abhängig.

Auch die Kulturförderung hängt letzten Endes davon ab, wieviel Geld dafür vorhanden ist. Ich glaube im übrigen, daß auch die Aufnahmefähigkeit der Menschen für geistige Dinge mit den Verhältnissen im Zusammenhang steht, in denen die Menschen leben. Wenn sie nur damit beschäftigt sind, das tägliche Brot zu erarbeiten — im wahrsten Sinne des Wortes gemeint —, werden sie wenig Zeit und Lust haben, sich mit geistigen Dingen auseinanderzusetzen und sie aufzunehmen. Sicherlich ist heute überall ein großer Materialismus festzustellen, aber nicht die Wirtschaftspolitiker sind schuld, daß die Menschen das vorhandene Geld mehr für das Kino und weniger für das Theater ausgeben, wo nicht immer etwas zu sehen ist, was kulturell wertvoll ist. Auch wenn sehr viel darüber geklagt wird, daß die Bevölkerung zuviel nach dem Auto strebe und zu wenig sich den kulturellen Dingen zuneige, so hat auch dies zwei Seiten. Viele Menschen haben gerade dadurch, daß sie beweglicher geworden sind, viele Kulturgüter gesehen, die sie sonst nie zu Gesicht bekommen hätten. Mit einem Wort, eine gute Wirtschaft sichert nicht nur das tägliche Brot, sondern sie bietet auch sehr viele Voraussetzungen dafür, daß das Leben wirklich schöner, inhaltsvoller und auf einer höheren Ebene gestaltet werden kann.

Für eine Gebietskörperschaft wie das Land Steiermark bedeutet rein finanztechnisch gesehen: Erfolgreiche Wirtschaft = mehr Geld. Nun können wir aber seit Jahren folgendes feststellen. Wenn Rückgänge zu erwarten sind, weil man befürchten muß, daß die Lebendigkeit der Wirtschaft nachläßt, beginnt man zu überlegen, wo man Kürzungen platz-

greifen lassen kann. Gewöhnlich führt diese Entwicklung zu Kürzungen der Förderungsmaßnahmen. Schauen Sie, meine Damen und Herren, gerade dann, wenn zu befürchten ist, daß die Lebendigkeit der Wirtschaft nachläßt, dürfte man die Förderungsbestrebungen nicht einschränken, gerade dann sollte man durch eine besondere Förderung der Wirtschaft Rückschläge auffangen, aber nicht noch die Rückschläge durch eine Kürzung der Förderung beschleunigen und vergrößern.

Diese Entwicklung gilt rückgreifend besonders für den Fremdenverkehr. Durch eine Förderung des Fremdenverkehrs und eine Steigerung desselben könnte mancher Nachteil wettgemacht werden, der aus sonstigen Rückschlägen in der Wirtschaft entsteht. Das vorliegende Budget trägt solchen Überlegungen leider nicht Rechnung. Ich hoffe aber, daß das künftig der Fall sein wird und ich glaube, wir sollten bald damit beginnen, in dieser Einstellung eine Umkehr zu vollziehen. Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird uns doch da und dort auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Ertragssektor Ausfälle bescheren, die wir mit dem Fremdenverkehr doch ein bißchen wettmachen können. Ich glaube, daß das Land sich nicht weiter von der Förderungstätigkeit entfernen sollte, sondern ganz im Gegenteil ihr wieder nähertreten sollte.

Die Steiermark hat bei vielen guten wirtschaftlichen Voraussetzungen natürlich auch einige noch lange nicht gelöste Wirtschaftsprobleme. Wir müssen vor allem unsere verkehrspolitische Benachteiligung so rasch als möglich überwinden. Daher oberstes Gebot: Straßen bauen und nochmals Straßen bauen! Auf dem Energiesektor werden die Umschichtungen immer deutlicher. Die Kohle tritt als unmittelbarer Energiefaktor immer mehr in den Hintergrund. Es muß rechtzeitig dafür gesorgt werden, daß die steirische Kohle Rohstoff für die Energiebereitung bleibt. Gas und Strom sind Dinge, die aus steirischer Kohle erzeugt werden können. Das Land wird dieser Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit folgen müssen. Man hört jetzt viel von Bohrungen nach Erdgas und Erdöl. Erdöl und Erdgas wären ein wichtiger Faktor zur Verbesserung unserer Energiesituation. Immer wird davon geredet, man sollte im steirischen Grenzland mehr Betriebe errichten. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, daß genügend Energie vorhanden ist. In Graz haben wir die Energie nicht, die wir brauchen würden, wenn sich wirklich eine Anzahl größerer Betriebe hier niederließe. Diese Probleme sind daher von einer Gebietskörperschaft wie vom Land Steiermark initiativ und gestaltend zu verfolgen. Wir können nicht warten, was uns als Segen von oben zukommt, sondern wir müssen selbst die Initiative ergreifen.

Nun, meine Damen und Herren, wenn auch die Wirtschaftsförderung nach der Landesverfassung nur zum Teil Landesaufgabe ist, so glaube ich, müßten diese formellen Grenzen überschritten werden. Wir überschreiten sie ja auch auf anderen Sektoren, auf dem Gebiete der Wohnbauförderung, auf dem Gebiete der Fürsorge usw. Wenn wir davon reden, daß menschliche, soziale und geistige Gründe

dies rechtfertigen, dann gelten diese Gründe auch für die Förderung der Wirtschaft. Denn mehr Hilfe kann nur durch den Mehrertrag aus der Wirtschaft gewährleistet werden. Die Wirtschaftsförderung des Landes kann im übrigen nicht nur von dem Gesichtspunkt aus betrachtet werden, daß Aufträge an die Wirtschaft erteilt werden. Der Straßenbau belebt die Wirtschaft sehr, er schafft Arbeitsplätze, aber die Straße selbst ist das angestrebte Ziel und sie dient der Wirtschaft noch viel mehr als ihre Entstehung und Herstellung. Dieses Beispiel gilt für eine ganze Menge von Bauvorhaben, die die öffentliche Hand durchführt. Wenn wir an Wien den Appell richten, es möge mit dem Bau der Autobahn Wien—Graz—Villach bald begonnen werden, so ist das nicht ein Vorwurf gegen den Handelsminister, sondern eher gerichtet an die Adresse der westlichen Bundesländer in dem Sinne: Wir Steirer sind auch noch da. Wir haben ein Recht darauf, zu fordern, daß auf diesem Gebiet mehr getan wird. Ich glaube, daß diese Straße mehr Menschen verbindet und ihre Verhältnisse bessert, als wenn noch so viel Geld auf anderen Sektoren angelegt werden sollte. (Beifall.) Der Herr Bundeskanzler hat bereits angekündigt, daß in Bälde mit dem Bau der Autobahn begonnen werden wird und ich glaube, daß ihm dafür Dank zu sagen ist.

Wir haben als weiteres, noch keineswegs gelöstes Wirtschaftsproblem die Grenzlandfrage vor uns, zu der noch besonders Stellung genommen werden wird.

Ein Problem völlig anderer Art, das sich aber immer deutlicher abzeichnet, besteht darin, daß wir auch bei den gewerblichen Betrieben eine gewisse Landflucht feststellen müssen bzw. andererseits viele Klein- und Mittelbetriebe vom flachen Land verschwinden, weil sie häufig durch das Ausscheiden ihrer Inhaber infolge Alters nicht mehr ersetzt werden. Wir haben im gesamten gesehen in der Steiermark keine Verringerung der Zahl der Betriebe festzustellen, aber wir finden eine deutliche Verlagerung der Produktionsstätten vom Land in die Stadt. Eine Fortsetzung dieser Entwicklung wird die Steuerkraft in den Landgemeinden herabsetzen und auch die Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Lande schmälern. Glücklicherweise diese Entwicklung nicht, man wird sie bannen und, wo es geht, auffangen müssen. Die Alten hinterlassen einen Betrieb, der nicht mehr den modernen Erfordernissen entspricht und die Jungen haben oft nicht das Geld, einen modernen Betrieb dafür hinzustellen. Wir sollten daher alles tun, was nur möglich ist, um jenen, die einen Betrieb errichten wollen, zu helfen. Wir können gar nicht genug Menschen haben, die tätig sind, die arbeiten können und die bereit sind, auch ein Risiko auf sich zu nehmen. Wir haben ohnehin genug Menschen, die sich vor einem Risiko fürchten und nur der Sicherheit zustreben. Das Land Steiermark muß mehr als bisher mithelfen, daß die Existenz der Mittel- und Kleinbetriebe gefestigt und gesichert wird. Der Resolutionsantrag auf Einschaltung der Bürgschaftsgenossenschaften zur Verbürgung von Investitionskrediten dient diesem Zweck. Für die Förderung der Wirtschaft vom Bau der Landesstraßen bis zur Förderung eines kleinen

Betriebes bestehen so viele Notwendigkeiten, daß die Leistungen des Landes, auch wenn sie in die Millionen gehen, nicht als ausreichend bezeichnet werden können.

Wir leben in einem Zeitabschnitt, in dem man glaubt, es muß alles an einem Tag geschehen. Alle wollen alles sofort. Viele wollen möglichst vieles natürlich vom Staat. Wenn alle diese Wünsche Erfüllung finden sollen, dann muß der Staat mehr Geld bekommen und wenn er mehr Geld bekommen will, dann muß er entweder dem Staatsbürger höhere Steuern aus der Tasche ziehen — damit wären wir bei der Katze, die sich in den Schwanz beißt — oder es gelingt, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, das Sozialprodukt zu vergrößern und die Anteile des Staates dadurch zu vergrößern. Wir sind für die zweite These und aus diesem Grund scheint uns eine Förderung der Wirtschaft zweckmäßig, sinnvoll und gerechtfertigt. Wir wollen ja nicht, daß die Wirtschaft vom Staat lebt, sondern wir wollen ja nur, daß der Staat besser von der Wirtschaft lebt. Weil wir gerade bei den Forderungen an den Staat sind! Uns allen ist klar, daß sehr viel vom Staat gefordert wird. Es gibt welche, die meinen, daß man zuviel fordert. Wir haben gehört, wer schuld daran ist, daß das nicht in Erfüllung geht. Der Herr Finanzminister ist schuld, daß wir in Graz zu wenig Mittelschulen haben, weil er kein Geld hergibt; der Herr Finanzminister ist schuld, daß wir für das Schauspielhaus nur 2 Millionen Schilling bekommen haben, er ist geizig, er gibt nicht mehr her. Wenn man es so betrachtet, ist er der reinste Kulturfeind. (Abg. R ö s c h : „Habt Ihr ihn gelobt, weil er zuviel gegeben hat?“) Auch in diesem Hohen Haus ist gesagt worden, der Herr Finanzminister sei schuld, daß Land und Gemeinden im Wege des Finanzausgleiches zu wenig erhalten. Der Herr Finanzminister ist schuld, daß die Kriegsschadensvergütung so gering ausgefallen ist, der Herr Finanzminister ist schuld, daß die Krankenkassen noch nicht saniert sind. (Zwischenruf bei SPC: „Das ist richtig!“)

Haben Sie das nicht auch gesagt, Herr Abg. Sebastian, der Herr Finanzminister sei schuld, daß der 14. Monatsgehalt noch nicht bezahlt wurde? Eine kleine Parallele! Schauen Sie, im Land Steiermark besteht die Notwendigkeit, die Wohnbauförderung noch mehr zu betreiben. Haben wir jemals behauptet, daß der Finanzreferent schuld ist, daß für diesen Zweck zu wenig Geld da ist? Das haben wir nie gesagt. (Abg. R ö s c h : „Sechsmal allein ist das hier behauptet worden!“) Aber nicht, daß er schuld ist. (1. LH.-St. H o r v a t e k : „Was denn?“) Wir haben nie behauptet, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Horvatek schuld sei, daß der Operationstrakt noch nicht besteht, weil er dafür kein Geld hergibt, daß er schuld ist, daß der Fremdenverkehr zu wenig gefördert wird, weil er kein Geld hergibt. Haben wir gesagt, daß er schuld ist? (Abg. R ö s c h : „Daß die Feuerwehr zu wenig bekommt, hat Landesrat Prirsch gesagt.“ (1. LH.-St. H o r v a t e k : „Gestern hat Abg. Koch fünfmal behauptet, ich sei schuld.“) Der Vorwurf der 500.000 S liegt auf einer anderen Ebene. Der Ansatz auf die 500.000 S erfolgte vom Herrn Finanzreferenten, das

ist richtig. (Abg. R ö s c h : „Also doch der Finanzreferent ist schuld!“) Der Finanzreferent war der Meinung, man könne mit 500.000 S genügend Kreditvolumen schaffen, weil die Rückflüsse so reichlich sind, daß ohnehin genügend Gelder da sind. Diese Auffassung hat er selbst vertreten. (1. LH.-St. H o r v a t e k : „Nachdem Landesrat Brunner sie gedeckt und den Abänderungsantrag gestellt hat.“) Wir sind der Meinung, daß man hier eine andere Auffassung haben kann. Wir haben nicht gesagt, daß Sie deshalb weniger Geld eingesetzt haben, sondern weil Sie gemeint haben, hier sei genügend Geld vorhanden. (1. LH.-St. H o r v a t e k : „Für jede Kürzung muß man eine Begründung haben, bei jeder Kürzung muß man überlegen, ob sie möglich sein kann, sonst kann man nicht kürzen!“) Stehen Sie zur Begründung, die Sie ausgesprochen haben! Das ist eine Verdrehung der Dinge, merken Sie das nicht? Der Landeshauptmannstellvertreter hat dort 500.000 S gekürzt, weil er gemeint hat, es sei genügend Geld vorhanden. Haben Sie vielleicht gehört, daß der Finanzminister gesagt hat, er gibt den Krankenkassen deshalb kein Geld, weil sie selbst genügend haben? Weil sie selbst Ordnung machen sollten und weil nicht genügend Geld da ist! Diese Begründung bei den 500.000 S habe ich nicht gehört. (Zwischenruf bei SPO: „Wie man es braucht, Herr Stöffler!“) Ihr Herr Vizekanzler Dr. Pittermann bemüht sich immer, offen und versteckt, dem Finanzminister die Schuld an allem, was nicht erfüllt wird, zuzuschreiben. (Abg. R ö s c h : „Wenn man immer vom Raab-Kamitz-Kurs spricht!“) Ich kann dem Herrn Vizekanzler, der dauernd auf den Finanzminister losgeht, nur eine Äußerung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Horvatek entgegenhalten. Er hat gesagt: „Es geht mir genau so wie dem Finanzminister, er ist nicht zu beglückwünschen zu seiner Tätigkeit. Er kann kein Geld herbeischaffen und nur das ausgeben, was vorhanden ist.“ Man kann sich nicht hinter jeden stellen, der vom Staat etwas fordert, wie „Plaudermann“, man kann nicht jede Forderung unterstützen und sich mit Versprechungen hinter jeden stellen, wie Herr Dr. Pittermann, sonst gilt das Wort, das von Ihnen stammt: „Ich bin berechtigt in Sorge.“ Ich habe auf einem Bogen Papier zusammengeschrieben, wem und was Dr. Pittermann alles schon versprochen hat und bin darauf gekommen, daß er als Finanzminister niemals das erfüllen könnte, was er heute vom Finanzminister verlangt. Daher stimmt: Dr. Plaudermann. (Abg. S e b a s t i a n : „Ihr malt ja immer die Inflation an die Wand.“)

In der Generaldebatte hat Herr Abg. Sebastian gesagt, ich darf mir erlauben, wenn es sich um Wirtschaftsförderung handelt, zu diesem Begriff der Wirtschaft auch diese Dinge zu erwähnen. Wie sagte es der Herr Kollege Sebastian? „Wir, die wir die Verantwortung zu tragen haben, dürfen nicht die Augen vor den Tatsachen verschließen“ und er sagte, „daß durch unser Handeln, ausschließlich durch unser Verhalten, den Rückschlägen begegnet werden könne.“ Er bedauert, daß die ÖVP in Wien sich nicht dazu verstehen konnte, dem 14. Gehalt zuzustimmen. Das arbeitende Volk könne nicht verstehen, daß diese läppischen 400 Millionen eine Gefährdung der Währung darstellen. Und Ihre Zei-

tungen schreiben darüber, daß es lächerlich sei, zu behaupten, die Währung würde gefährdet, wenn ein paar hundert Millionen für die Krankenkassen dazukommen würden. Wenn das Wort des Herrn Landesfinanzreferenten gilt, als er sagte: „Ich bin berechtigt in Sorge“, dann gilt dies auch für Ihre Taktik, die Sie da üben. Schauen Sie, es kann nicht alles an einem Tag geschehen, Sie wissen das auch selbst sehr genau, aber Sie tun immer so, als ob das alles von heute auf morgen erreichbar wäre. Es wird damit nur Unsicherheit und Unzufriedenheit erreicht. Man kann damit zwar keine gute Politik machen, aber man kann damit gut Politik machen! Sie sind ja auf dem Gebiet der Erzielung der Unzufriedenheit viel gerissener und geschulter als die FPÖ. Der Sprecher der FPÖ hat geradezu mit sadistischem Defaitismus und in mystischer Weise versucht, ein Schreckensbild für die Zukunft zu malen.

Im letzten Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes ... (Abg. DDr. Hueber: „Fangen Sie schon wieder damit an?! Sie letzter Ritter hier in diesem Hohen Haus, denken Sie an die Ritterlichkeit!“) (2. Präsident Opershall: „Wir sind bei der Wirtschaftsförderung!“) Ich darf doch die Berichte des Wirtschaftsforschungsinstitutes bringen. Wollen Sie mir verbieten, daß ich darüber spreche? (2. Präsident Opershall: „Ich mache Sie aufmerksam, daß es sich nicht darauf bezieht, was Sie sagen wollen, sondern was Sie gesagt haben. Der 14. Monatsgehalt steht nicht auf der Tagesordnung.“) Aber er steht mit der Wirtschaft im Zusammenhang. Ich darf also das „Schreckensbild“ der Zukunft nochmals zeichnen. In der Zeitung stand zu lesen, es sei eine langfristige Konjunkturbelebung in Sicht. Das ist keine Sensationsmeldung eines Politikers, sondern das schrieb das Institut für Wirtschaftsforschung. Es ist auch keine sensationelle Meldung, denn jeder, der die Wirtschaftsentwicklung verfolgt, weiß, daß dieser Bericht kommen mußte. In den ersten Monaten des Jahres hieß es, ein Nachlassen der Konjunktur führe zu einem verlangsamten Wachstum, aber immerhin zu einem Wachstum des Nationalproduktes. Im Juni lautete der Bericht, daß die allgemeine Wirtschaftslage zur Zeit durch eine kräftige Belebung des Arbeitsmarktes gekennzeichnet sei. Im August lasen wir: „Die österreichische Wirtschaft ist gekennzeichnet durch einen besonders hohen Beschäftigungsstand und durch ein hohes Niveau der industriellen Gütererzeugung gegenüber dem Vorjahr mit plus 5% und durch eine besonders kräftige Bautätigkeit.“ Im September wird berichtet, die österreichische Wirtschaft habe in den Sommermonaten eine günstige Entwicklung genommen, wobei das Lohn- und Preisniveau bei höherer Beschäftigung unverändert blieb. Der Reiseverkehr brachte Rekordgewinne. Der Außenhandel zeigte infolge der Rückwirkungen der in den USA festzustellenden Rezession eine leicht rückläufige Tendenz. Dann hieß es weiter: „Die konjunkturdämpfenden ausländischen Einflüsse konnten unsere Wirtschaft nicht entscheidend tangieren.“ Im Oktober heißt es, der Außenhandelsindex sei mit 242 Punkten gleich geblieben wie im Vorjahr. Und schließlich finden wir, daß wir im Außenhandel nur mehr um 2% hinter der Ziffer Oktober 1957 zu-

rückliegen. Meine Damen und Herren, dann heißt es in diesem Bericht des Institutes für Wirtschaftsforschung, daß eine günstige Prognose gestellt werden kann. Es sei eine Exportbelebung festzustellen, die Nachfrage nach Konsumgütern steige, die Investitionen nehmen zu und die Liquidität der Wirtschaft sei geeignet, günstige Konjunktüreinflüsse zu fördern. Noch etwas steht da: Vor einer Überforderung des Staates wird gewarnt!

Meine Damen und Herren, ist das ein Schreckensbild? Oder gibt uns das die Berechtigung zu sagen, daß die Äußerungen des Redners der FPÖ vollkommen unrecht waren! Ich muß schon sagen, Gott sei Dank finden diese Parolen und der Geist, der daraus spricht, keine Unterstützung aus dem Ausland mehr. Das war einmal, das kommt Gott sei Dank nicht wieder. (Abg. DDr. Hueber: „Den Zweckoptimismus des Institutes für Wirtschaftsforschung, den kennen Sie genau so wie wir, wir wissen doch, daß diese Berichte bestellt sind!“) (Verschiedene Zwischenrufe.) (Abg. DDr. Hueber: „Wir führen alles nur so an, wie es den Tatsachen entspricht als verantwortungsbewußte Opposition!“) Ich möchte diesem Zweckoptimismus nur Ihren Zweckpessimismus gegenüberstellen. Sie haben es ja notwendig, ihn zu erzeugen, denn mit den Leistungen Ihrer Partei können Sie nicht auf Wählerfang ausgehen. Sie können immer nur hoffen, daß die Menschen mit den bestehenden anderen Parteien unzufrieden sind. (Abg. Weggart: „So sind Sie aufgetaucht und so werden Sie auch verschwinden!“)

Die SPÖ macht dies — wie schon gesagt — viel geschickter. Sie trägt nicht so dick auf, sie macht das auf längere Sicht, aber aus all ihren Handlungen ist der rote Faden zu erkennen, „Unzufriedenheit“ zu erzeugen. Sie geht so weit, daß sie z. B. bei der Mitteilung über die Ziffern, die das Arbeitspotential betreffen, immer das Negative in den Schlagzeilen berichtet. Nicht, daß sie berichtet, das Arbeitspotential sei größer, sondern sie sagt, es seien mehr Arbeitslose und mehr Arbeitslosigkeit, obgleich zu gleicher Zeit mehr Arbeitende da sind als je zuvor. (Zur SPÖ) Das spricht für den Geist, mit dem Sie die Dinge betrachten. Daß Sie diesen Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes nicht bringen, ist klar, weil er Ihrer Tendenz nicht entspricht, alles grau zu färben.

Wir sind weit davon entfernt, einem unberechtigten Optimismus Auftrieb zu verleihen, wir verfolgen mit viel Aufmerksamkeit alle sich anbahnenden Schwierigkeiten, ob ihre Ursachen im In- oder im Ausland liegen, aber wir beschränken uns nicht darauf und vor allem, wir glauben, daß in der Publizistik über diese Dinge ein gewisses Maß zu halten ist. Auf der anderen Seite sind wir gerade in Zeiten, in denen sich Schwierigkeiten befürchten lassen, bemüht, Auswege zu finden und alle Gelegenheiten zu beobachten, die eine Belebung der Wirtschaft nach sich ziehen könnten. Wir sind nicht daran interessiert, daß Unzufriedenheit entsteht, weil bei dieser Einstellung der Bevölkerung jedes Maß der Beurteilung verloren geht und es besser wäre, wenn dieses Maß gefunden werden würde. Wir, die wir die Verantwortung zu tragen haben, Herr Kollege Sebastian, wir müssen auch den Mut finden, die

Dinge so zu sehen, wie sie sind und das aber auch zu sagen. Wir dürfen nicht um eines billigen Augenblickserfolges für die politische Partei mehr versprechen als wir halten können, weil sonst nicht Rückschläge aufgefangen, sondern Rückschläge erzeugt werden.

Wir werden Ihnen auf diesem Weg der Plaudereien und Versprechungen nicht folgen: Der ist schuld, weil er an der Kasse sitzt und kein Geld hergibt. Wir werden jede Gelegenheit wahrnehmen, um darnach zu streben, daß mehr Geld in die Kasse kommt, damit in Zukunft herangetragene Wünsche erfüllt werden können. Ich habe einmal schon festgestellt: Fragen Sie den Mann auf der Straße. Erinnern Sie sich, was mir von Ihrer Seite entgegnet wurde? Es sei nicht wahr, daß es uns besser geht, heute müssen Sie es zugeben, daß es uns besser geht. Sie knüpfen aber daran die Frage, wie lange noch? Es wird solange gut gehen, solange durch Ihre Versprechungen und Plaudereien nicht ernstlicher Schaden angerichtet werden kann und wir statt übertriebener Versprechungen das richtige und gerechte Maß finden. (Abg. Sebastian: „Es hat Zeiten gegeben, wo die Sozialisten nicht hier sprechen konnten, weil sie eingesperrt waren!“) Solange wird es uns gut gehen, solange wir bemüht sind, unsere Chancen wahrzunehmen. Die Chancen liegen nicht in der Planwirtschaft, die Chancen liegen in einem richtigen Verstehen der Wirtschaft, in einer Befreiung der Wirtschaft von Lasten und in einer sinnvollen Förderung der Wirtschaft. Das ist die Voraussetzung dafür, daß wir besser und schöner leben können und daß wir uns Wohlstand zu erarbeiten vermögen. Das ist aber auch die Voraussetzung dafür, daß wir den Gebrechlichen und Alten und den Hilfsbedürftigen, denen die Chance nicht gegeben ist, durch ihre Arbeit zu Wohlstand zu kommen, im Wege der Wohlfahrt helfen. (Starker Beifall bei ÖVP.)

Abg. Dr. Stephan: Die etwas in fortissimo gehaltenen Präludien zum Wahlkampf 1959 sind verebbt. Ich glaube, daß das alles, was in den letzten beiden Tagen hier gesagt wurde, vielfach aus dem Blickwinkel auf die im Herbst, vielleicht auch im Frühjahr des kommenden Jahres stattfindenden Nationalratswahlen zu betrachten ist. (Zwischenruf bei ÖVP: „Was hat das mit dem zu tun?“) Es ist Aufassungssache. Es ist ganz selbstverständlich und ich verstehe es, daß aus einem solchen Anlaß jede politische Partei ihre Stellung bezieht und eine möglichst günstige Ausgangsposition für die Wahlkämpfe haben will. Ich habe daraus niemand einen Vorwurf gemacht, sondern lediglich eine Feststellung getroffen. (Abg. Wegart: „Sie tun das nicht!“) (Abg. DDr. Hueber: „Sie sind schon sehr in Wahlfieber.“)

Wenn das ursprünglich geplante Konzept, die Budgetverhandlungen bereits gestern abend abzuschließen, durchgeführt worden wäre, bin ich überzeugt, daß nicht so viel falsche Mitteilungen vorhanden wären, um sich das gegenseitig schwer zu machen. Ich will von vornherein nicht von der Voraussetzung ausgehen, auf jeden Fall jemanden anschießen zu wollen, im Gegenteil, ich treffe mei-

stens, und wie ich mir einbilde, sachliche Feststellungen, sie mögen nicht mit denen übereinstimmen, die andere machen, das ist das Wesen einer Demokratie. Es ist Pflicht jedes einzelnen Abgeordneten einer Partei, einer anderen Meinung in Ruhe entgegenzutreten, dabei aber nicht in eine Art zu verfallen, die, sagen wir, ohne ausfällig zu werden, verschieden beurteilt werden kann. Wir wahren vor allem die Würde dieses Hohen Hauses, was bei anderen nicht immer zutrifft. Wenn heute wenige Zuhörer auf der Galerie sitzen, mag Ihre Art hingegen, aber Sie werden mich kaum so in Rage bringen, daß ich Ihnen mit den gleichen Waffen entgegentrete. Ich bitte Sie nur um eines, bevor Sie irgend jemandem unbedingt etwas an den Kopf werfen wollen, erst darüber nachzudenken.

Zu dieser ganzen Frage, die heute Herr Präsident Wallner und Abg. Stöffler im Zusammenhang mit der Gruppe 7 des Landesvoranschlages aufgeworfen haben, die aber auch schon in den vergangenen Stunden und Tagen berührt worden ist, möchte ich eine Bemerkung, die ich in den letzten Wochen und Monaten und auch schon im vergangenen Jahre gemacht habe, zum besten geben. Ich habe festgestellt, und viele meiner Freunde mit mir, daß der Gegensatz zwischen den Bewohnern der Stadt und am Lande zu unserem großen Bedauern wieder erheblich größer geworden ist. An und für sich wissen wir alle, daß wir einer vom anderen abhängen, der Bauer, der Arbeiter, der Intelligenzler genau die gleichen Aufgaben in Bezug auf die Erhaltung dieses Staates haben, daß alle miteinander Verpflichtungen gegenüber diesem Staat haben und daß es nicht zum Besten der Allgemeinheit ist, wenn einer auf dem Rücken des anderen einen Vorteil zu erringen versucht. Es ist leider so, daß nicht einmal der so oft zitierte Klassengegensatz „Arbeiter gegen Bauern“ sich allzu oft bemerkbar macht, der ist eher im Schwinden. Ich habe hauptsächlich in den Intelligenzkreisen der Stadt ein schwindendes Verständnis für den Bauernstand festgestellt. Wir müssen den Leuten zutrauen können, daß sie über die Lage jedes ihrer Mitbürger nachdenken.

Wenn man heute die Diskussionen über das nicht erledigte Landwirtschaftsgesetz gehört hat, könnte man sich an den Kopf greifen, wieviel Dummheit verzapft wird, daß die eine oder die andere Partei oder der eine oder der andere Mann schuld sei und überhaupt das Gesetz nicht notwendig sei. Im wesentlichen ist es nicht von Bedeutung, wer schuld daran ist, daß das Landwirtschaftsgesetz nicht gekommen ist. Wir halten es für unrichtig, wenn heute in der Öffentlichkeit diskutiert wird, daß ein Junktim, eine Verbindung zwischen zwei vollständig verschiedenen Dingen, Landwirtschaft auf der einen und Sanierung der Krankenkasse auf der anderen Seite, von den Sozialisten herbeigeführt wird. Ein Landwirtschaftsgesetz ist nicht dazu da, um irgend einen Vorteil auf einem ganz anderen Gebiet mit einzuhandeln, sondern es müßte dazu da sein — und es war auch so in seinem ursprünglichen Entwurf — um der Landwirtschaft zu helfen und sonst gar nichts. Wenn nun ein Bund, nämlich der Wirtschaftsbund nach

dem 5. oder 6. Entwurf behauptet: „Wir können ohne Sorge dem Landwirtschaftsgesetz entgegensehen, denn wir haben ihm die Giftzähne genommen“, und wenn dann später auf der anderen Seite eine andere Partei die Gesetzwerdung verhindert, dann sind beide daran schuld, daß die ursprüngliche gute Meinung nicht zum Durchbruch gekommen ist. Sie alle wissen, daß der letzte Entwurf dieses Gesetzes ja schon so schlecht und dürftig war, daß vielleicht der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft froh war, daß er abgelehnt worden ist. Denn dieses schwächliche Gerüst eines Landwirtschaftsgesetzes hätte die Zustimmung der Betroffenen ja nicht einmal mehr gefunden. Es ist, wie ich mir habe sagen lassen, ja nur mehr die Zusammenfassung der drei Wirtschaftsgesetze gewesen, die wir sowieso wieder bekommen haben, und im übrigen war von den Grundideen, von denen das Gesetz vor einigen Jahren ausgegangen ist, wenig oder gar nichts mehr enthalten.

Es ist also, um wieder auf die Ausgangsposition zurückzukommen, notwendig, daß alle Bevölkerungsschichten unseres Landes sich gegenseitig verstehen, daß auch der Städter wieder das Gefühl dafür bekommt, was dem Bauern wichtig und richtig ist. Wenn man heute Städter oft sprechen hört, so heißt es, es hat jeder zweite Bauer ein Auto. Ja, das mit Auto verhält sich vielfach so, daß irgendeinem gutgläubigen Bauern, der unter Umständen 1 bis 2 ha Wald hat, den er erst wieder in 100 Jahren schlagen kann, ein alter Wagen angedreht wird, mit dem er 3 bis 4 Jahre fahren kann, dann muß er ihn wegschmeißen. Der Wald ist aber in der Zwischenzeit nicht nachgewachsen. Es ist auch hier die Lage der Landwirtschaft ganz verschieden. Sie können auch einen Bauern in Obersteiermark mit einigen 100 Joch nicht mit einem Landwirt in der Oststeiermark mit 5 Joch vergleichen. Man muß die Gegebenheiten des einzelnen in Betracht ziehen. Es ist die Fürsorge und die Betreuung der Landwirtschaft ein wesentlich schwereres Unterfangen als die Betreuung irgend eines anderen Standes in unserem Lande. Und zwar deshalb, weil die Voraussetzungen so verschieden sind. Wenn Sie sich unser Land vorstellen, von Mürzzuschlag bis Radkersburg und von Leutschach bis Hartberg, so sind da schon ganz verschiedene Voraussetzungen für die Landwirtschaft gegeben und der Herr Präsident Wallner hat heute teilweise die Bemühungen angeführt, die von allen Seiten gemacht werden, um diesen Verschiedenheiten gerecht zu werden. Man fragt sich nur, warum im Parlament unter diesen Umständen nicht mehr Verständnis für diese Dinge aufgebracht wird und warum man z. B. nicht den mehrfach geforderten grünen Bericht, der allen vielleicht die Situation der Landwirtschaft im Verhältnis zu anderen Wirtschaftszweigen erläutern könnte, herausbringen will. Man fragt sich, warum man nicht berücksichtigt, daß in Österreich 22 Prozent der Bevölkerung bei einem Arbeitsaufwand von 32 Prozent der Arbeitszeit nur 13 Prozent des Volkseinkommens verdienen. Ich glaube, daß das allein Beweis genug sein müßte, daß hier etwas geschehen muß. Es wurde schon darauf hingewiesen, und ich kann es

mir ersparen, es noch einmal zu tun, welche Belebung der Wirtschaft sich ergeben würde, wenn der Bauer selbst die Möglichkeit hätte, Investitionen vorzunehmen. Es hat einmal ein Sprichwort gegeben, das heute bestimmt auch noch Geltung hat, und dieses heißt: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt!“

Ich darf ganz kurz in diesem Zusammenhang noch einmal darauf zurückkommen, was mein Klubkamerad Dr. Hueber in der Generaldebatte in bezug auf die europäische Wirtschaftsgemeinschaft gesagt hat. Ich will nicht bestreiten, daß bestimmte Voraussetzungen vielleicht gefehlt haben, um a priori in diese Gemeinschaft hineinzugehen. Ich weiß es zwar nicht, welche, denn sie sind uns nicht mitgeteilt worden. Sollten sie sich als nicht existent herausstellen oder zu beseitigen sein, dann wäre es wohl notwendig, so bald als möglich dieser europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beizutreten. Ich darf darauf hinweisen, daß die europäische Wirtschaftsgemeinschaft die Gründung einer Bank vorsieht, einer Investitionsbank mit 1 Milliarde Dollar Kapital und mit einem Aktionsradius von 2½ Milliarden Dollar. Und dieser Bank soll die Fürsorge bzw. der Aufbau für unterentwickelte Gebiete ihres Bereiches obliegen. Stellen Sie sich einmal vor, wie da einzelnen Gebieten unserer Landwirtschaft geholfen werden könnte! Wenn diese europäische Wirtschaftsgemeinschaft über diese Investitionsbank — und es handelt sich dabei um ca. 70 Milliarden Schilling — diese 70 Milliarden in die unterentwickelten Wirtschaftsgebiete Ihres Bereiches hinausgeben könnte, dann würde sicher auch für die Oststeiermark oder die Untersteiermark und die Grenzgebiete etwas übrig bleiben. Es würde darüber hinaus noch unseren Gewerbetreibenden, auf die ich noch später zu sprechen komme, oder auch der einen oder anderen notleidenden Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt auf die Dauer erhalten bleiben. Wir haben in der Landwirtschaft in den letzten Monaten, vielleicht auch in den letzten 1½ Jahren einige Dinge festzustellen, die uns das Leben nicht leichter machen. Sie wissen, daß der Holzpreis rückläufig ist. Ich weiß, daß der Papierexport auf Schwierigkeiten stößt und darunter auch natürlich die Abnahme von Holz durch die Papierindustrie leidet. Sie wissen auch, daß durch die rückläufigen Holzexporte unsere Sägeindustrie in Schwierigkeiten gekommen ist.

Sie wissen auch, daß auf einem anderen Sektor, nämlich auf dem Sektor der Mastviehzucht- und Milchwirtschaft und überhaupt der Viehwirtschaft große Schwierigkeiten aufgetreten sind. Die Milch wurde in einer Menge erzeugt, die vom österreichischen Konsum nicht aufgenommen wurde, weder als Frischmilch, noch als Butter oder Käse. Daher sind viele Betriebe von der Milchproduktion in letzter Zeit abgegangen und haben sich der Mast von Vieh zugewendet. Aber auch das Mastvieh, das in der österreichischen Landwirtschaft erzeugt wird, kann vom Inland nicht mehr aufgenommen werden und ich habe mich in den letzten drei Monaten dafür interessiert, wohin unser Mastvieh exportierbar war. Es hat sich herausgestellt, daß

es im großen und ganzen nur allein Italien war, das ohne bindende Zusagen auf dauernde Abnahme sich bereit erklärt hat, Mastvieh abzunehmen. Das kann aber täglich, aber zumindest innerhalb von kurzer Zeit abreißen, weil die Italiener aus irgend einem anderen Land, z. B. Dänemark oder Holland oder mit Flugzeugen auch aus Argentinien Frischfleisch importieren können und wir dann glatt abgeschnitten werden. Sagen Sie nun einem Landwirt, was er da tun soll! Man kann die Rindermast oder Rinderzucht nicht in 14 Tagen, nicht in einem halben Jahr einrichten, dazu gehört eine Entwicklung von 3, 4, 5 Jahren. Man kann auch die Milchproduktion nicht aufziehen innerhalb von 3 Wochen oder von 2 Monaten, sondern man braucht mindestens vier Jahre vom Kalb bis zur Milchkuh gerechnet. Neue Milchkuhe oder Mastvieh herzustellen ist wesentlich schwerer. Nehmen Sie dazu die Schwierigkeiten der statistischen Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion bei dieser Unmenge von 10.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Österreich! Die Produktion statistisch zu erfassen ist wesentlich leichter bei einer Anzahl von größeren Industrien, wo ich die Möglichkeit habe, in die Buchhaltung zu gehen und dort die Einnahmen und Ausgaben, die Bestellungen und die Konten zu studieren und festzustellen, was im nächsten Jahr geschehen wird, falls dort für den großen Weltmarkt Exportmöglichkeiten bestehen.

Gestern ist in diesem Hohen Hause nicht nur im Zusammenhang mit der Landwirtschaft, sondern auch mit Industrie und Gewerbe von der Katastrophe 1958 gesprochen worden. Aus eigener Anschauung weiß ich, daß es bei uns in der Steiermark entsetzlich ausgesehen hat, daß die Leute sehr arm waren, ja ärmer als nach der Katastrophe, die etwas früher in Millstatt gewesen ist. Bei der Katastrophe in Millstatt hat man den dort geschädigten Ausländern die sofortige Zusage gemacht, daß sie voll und ganz entschädigt werden würden. Man kann es sich als Fremdenverkehrsland eben nicht leisten, wenn Ausländer zu Schaden kommen und diese es anderen sagen würden, daß der österreichische Staat nicht imstande gewesen wäre, die Ausländer voll zu entschädigen. Was mich aber dabei wundert, ist etwas anderes. Wenn die Ausländer 100%ig entschädigt werden, ist zu sagen, das wird für alle Inländer nicht möglich sein, denn der gesamte Schaden wird auf 195 bis 200 Millionen Schilling geschätzt, wovon auf Steiermark 150 bis 160 Millionen Schilling fallen. Dem Vernehmen nach soll der Finanzminister einen etwaigen Betrag von 10 Millionen Schilling für alle Katastrophengebiete, das wären in erster Linie Steiermark und Kärnten, aber auch für kleinere Katastrophen in Tirol und Salzburg in Aussicht genommen haben. Der Betrag ist zwar noch nicht festgelegt, aber wie mir von Mitgliedern der Nationalratsfraktion gesagt wurde, wird er sich in der Größenordnung von 10 Millionen Schilling bewegen. Für die Hinausgabe dieser Beträge soll der Finanzminister gesagt haben: Nur soviel, als das Land hergibt. Die alte Leier! (Landeshauptmann Krainer: „Das hat der Finanzminister nicht gesagt, sondern das ist von sozialistischer Seite behauptet worden.“)

Der Antrag unseres Nationalrates Dr. Kandutsch, diese Relation umzuwandeln von 1 : 1 auf 2 : 1 ist von den Leuten im Finanzausschusse des Parlamentes als Minderheitsantrag abgelehnt worden. Es ist von unseren Leuten im Parlament gefordert worden, daß vom Bund nicht nur physische, sondern auch juristische Personen entschädigt werden sollen. Der Bund hat das abgelehnt, die übrigen Ausschußmitglieder haben das abgelehnt. Es werden vom Finanzminister nur die physischen Personen entschädigt werden. Mir wird gesagt, daß das für das Land nicht gilt. Es wurde eine Erfüllung dieser Katastrophen-Wiedergutmachungsbeträge gefordert von unserem Lande und dem nicht stattgegeben.

In dem Zusammenhange erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß der Herr Finanzminister auch noch die Bildung eines Katastrophenfonds auf Bundesebene mit dem Hinweis abgelehnt hat, daß das Landessache sei. Er mag recht haben. Ich will auf noch etwas zurückkommen, was Ihnen sicherlich in Erinnerung sein wird. Vor einigen Jahren wurde einer von uns eingebrachten Resolution Ihre Zustimmung gegeben, einen Katastrophenfonds im Lande zu gründen bzw. die Regierung aufgefordert, die Anlagemöglichkeit eines solchen Fonds zu prüfen. Wir bekamen zu Beginn dieser Legislaturperiode auf unsere Frage zur Antwort, daß der Katastrophenfonds nicht gegründet wurde. Schade, daß uns diese Katastrophe des Jahres 1958 daran erinnern mußte, wie schwer dieser Katastrophenfonds uns abgeht!

Ich darf nun auf die Worte meines Vorredners, des Herrn Stadtrates Stöffler, zurückkommen, der von der Landflucht im Kleingewerbe gesprochen hat. Das stimmt. Ich darf darauf hinweisen, daß das Kleingewerbe in wirtschaftlicher Hinsicht sich in einer noch prekäreren Lage als die Landwirtschaft deswegen befindet, da seine Konkurrenz im Inlande durch die verschiedene Konstruktion in der steuerlichen Behandlung gefördert wird. Es haben große Betriebe, also Industriebetriebe, ich will schweigen von den vertikalen Konzernen, ungeheure Umsatzsteuerersparungen, Vorteile der Investitionsbegünstigungen durch Abschreibungen, die Bewertungsfreiheit usw., die mehr dem Großen als dem Kleinen zugutekommen, weshalb der Kleingewerbetreibende am Lande und in der Stadt zu wenig Einkommen hat.

Das gilt auch für den Kleinhandel. Wir dürfen den Kulturwert des Kleingewerbes und des Handwerkes ebenso wenig unterschätzen wie den der Bauern. Ich glaube, daß man nicht immer nach materiellem Wert, nach dem materiellen Erfolg einen Stand beurteilen kann. Wir müssen sozialpolitisch, aber auch kulturpolitisch die Bedeutung eines Standes wie es unser Gewerbe- und Handwerkerstand ist, berücksichtigen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch bemerken, wenn ich an das Erzherrzog-Johann-Jahr denke, daß beide Stände, die Bauern und die Handwerker, das volkserhaltende Element in der Zukunft bilden werden. Damit ist selbstverständlich nichts gegen andere Stände und

gegen die Stadt gesagt. Die Stadt und andere Stände leben nicht nur biologisch, sondern kulturell aus der Tradition heraus sicher von diesen beiden schon lange vorhandenen kulturalten Ständen. Was der Kleinhandel besonders brauchen würde, hat auch schon Stadtrat Stöffler gesagt: Billige Kredite. Er hat gesagt, in der Schweiz bekommt man Kredite um 3 Prozent. Ich darf daran erinnern, daß der Herr Bundesminister a. D. Dr. Illig seinerzeit eine Kleingewerbekreditaktion ins Leben gerufen hat, die im Jahr 1958 noch mit 20 Millionen dotiert war. Für 1959 sind dafür 11,2 Millionen, also um 8,8 Millionen weniger vorgesehen und davon sind 9,6 Millionen Rückzahlungen, so daß der Herr Bundesminister für Finanzen tatsächlich nur 2,6 Millionen hineinzuzahlen braucht. Es ist so, daß man leider auch hier nicht davon ausgeht, was notwendig und für die Wirtschaft nützlich wäre und daß man Sparten einschränkt, wo man es nicht tun sollte und dafür auf der anderen Seite Geld ausgibt, wo man es vielleicht nicht unbedingt ausgeben müßte.

Entschuldigen Sie abermals — der Herr Abgeordnete Wegart ist Gott sei Dank nicht da —, aber ich halte es für notwendig, daß Feststellungen zu diesem Punkt, wie zu vielen anderen, gerade von uns getroffen werden. Auch bei Ihnen gibt es bestimmt viele Abgeordnete im Nationalrat und Landtag, die in diesem oder einem anderen Punkt der gleichen Meinung sind wie wir, nur ist es bei Ihnen schwer, sich außerhalb der Partei damit bemerkbar zu machen. Es ist für jede regierende Partei günstig, wenn es eine Oppositionspartei gibt — und Wegart hat uns sogar darauf aufmerksam gemacht auf diese unsere Pflicht —, die den Mut hat, den Finger auf offene Wunden zu legen, um damit zumindest eine genauere Betrachtung dieses oder jenes Gegenstandes in die Wege zu leiten.

Ich darf zu dem Streit, wer an etwas Schuld hat, ob der Finanzminister oder der Finanzreferent und ob dieser und warum er etwas nicht hergibt oder hergeben kann, von uns aus nur folgendes sagen. Uns scheint, daß das Koalitionssystem, das auf der Bundesebene herrscht, Hemmungen auf Hemmungen verursacht. Uns scheinen diese Hemmungen Ausmaße anzunehmen, die eben eine klaglose Abwicklung der Wirtschaftspolitik in Österreich derart erschweren, daß daraus vielleicht da und dort wirklich berechnete Klagen über die Maßnahmen des einen oder anderen Vertretungskörpers oder Mandatars entstehen müssen. Können wir zurück zu freien parlamentarischen Gebräuchen und sagen wir, entweder müssen wir die Verfassung ändern, um dem gegenwärtigen System eine Rechtfertigung zu geben oder wir müssen das System ändern, um der Verfassung gerecht zu werden. (Beifall bei FPÖ.)

Abg. Pichler: Hohes Haus! Ich habe wieder die Ehre, in Vertretung des Landesverbandes der freiwilligen Feuerwehren dem Hohen Haus und der Landesregierung den Dank zum Ausdruck zu bringen, daß auch im heurigen Budget der volle Ertrag der Feuerschutzsteuer dem Zweck zugeführt wird, der ja dem Namen nach vorausgesetzt wird. Ich bin

überzeugt, daß die bewährte Persönlichkeit unseres Referenten in der Landesregierung viel dazu beigetragen hat, auch den Herrn Finanzreferenten zu bewegen, sein Budget so zu erstellen, daß diese Lösung möglich war. (Abg. R ö s c h : „Gut, daß der Herr Stöffler nicht da ist!“)

Ich bin auch davon überzeugt, daß es vor allem die Leistungen der freiwilligen Feuerwehren anlässlich der Katastrophen im August waren, die allen Regierungsmitgliedern vor Augen geführt haben, wie notwendig es ist, diese rein auf Freiwilligkeit basierende Organisation in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Bevor ich mich mit den Ziffern über diesen Einsatz besonders befassen will, möchte ich doch einen kurzen Tätigkeitsbericht über die sogenannte normale Tätigkeit der Feuerwehren bringen. Ich habe hier die Ziffern der letzten 9 Monate vor mir. Die Feuerwehren mußten zu 630 Bränden ausrücken, die einen Gesamtschaden von über 18 Millionen verursachten, wobei durch die unmittelbare Rettungstätigkeit der Feuerwehren ein Wert von ungefähr 60 Millionen — darunter über 200 Stück wertvolles Vieh — gerettet werden konnte. Aber es ist auch eine Tatsache, die immer mehr in Erscheinung tritt, daß beinahe eben so viele Ausrückungen notwendig waren, um bei anderen Ereignissen helfend einzugreifen. Hier ist vor allem zu nennen die Bergung von Kraftfahrzeugen, die allein 135 Ausrückungen verursachte. Der zunehmende Verkehr und die damit verbundene größere Anzahl von Unglücksfällen auf den Straßen machen es immer wieder notwendig, daß größere Einsatztruppen zur Verfügung stehen, weil die Bergungsgesellschaften, die eigentlich damit beauftragt sind, diese Aufgabe allein nicht mehr bewältigen können.

Aber auch zu anderen Hilfeleistungen sind die Wehren herangezogen worden. So z. B. zu 24 Einsätzen bei Lawinengefahr und außer dem großen Hochwassereinsatz zu 11 Einsätzen bei Vermurungen, zu 7 Einsätzen bei Ertrinkungsgefahr und auch von der Bundesbahn wurden sie zu verschiedenen Hilfeleistungen herangezogen.

Wenn ich nun auf den Großeinsatz am 12. August zu sprechen komme, so möchte ich hier gleich von vornherein feststellen, daß sicher die Tätigkeit des Bundesheeres eine weit intensivere war, weil dieses ja im Dauereinsatz stand, während man doch von den Freiwilligen Feuerwehren nicht verlangen konnte, daß sie so lange Zeit zur Verfügung gestanden hätten. Aber trotzdem war vielleicht der erste Einsatz der Freiwilligen Feuerwehren der entscheidende.

Wenn Sie unmittelbar nach dem Katastrophen-tag in das Gebiet gekommen sind, dann werden Sie gesehen haben, mit welcher Dankbarkeit die Leute gegenüber den Feuerwehren erfüllt waren, weil sie die ersten waren, die gekommen sind und dann konnten Sie auch sehen, daß nicht nur der materielle Einsatz wichtig war, sondern auch die seelische Betreuung der Betroffenen, weil sie den Leuten das Gefühl gegeben hat, daß Hilfe da ist. Als

unmittelbar nach dem Hereinbrechen der Katastrophe die örtlichen Wehren erkennen mußten, daß ihre Hilfe allein nicht mehr ausreichte und Katastrophengroßalarm gegeben wurde, sind innerhalb von 1½ Stunden 1400 Feuerwehrleute aus der Umgebung in das betroffene Gebiet unterwegs gewesen, um Hilfe zu bringen. In den folgenden Tagen hat sich dann das ganze Land an diesen Aktionen beteiligt und von Aussee bis Radkersburg sind die Feuerwehrkameraden zu Hilfe gekommen, um den dort wirklich schwer Betroffenen beizustehen. Es sind insgesamt nahezu 9000 Feuerwehrkameraden in das Katastrophengebiet gekommen und etwa 90.000 freiwillige Arbeitsstunden wurden unbezahlt von ihnen dort geleistet. Es ist nicht nur diese Ziffer, die uns die große Achtung abringt, die Feuerwehrkameraden haben außer diesem Einsatz an Arbeit noch persönlich Zeugnis abgelegt für ihre ideale Einstellung, denn im Laufe dieses Jahres wurden 110 Feuerwehrkameraden verletzt, teils durch Rauchvergiftung, teils durch andere Gesundheitsschädigungen und 2 Kameraden mußten ihren idealen Einsatz mit dem Leben bezahlen.

Der Großeinsatz hat uns eine weitere unangenehme Tatsache vor Augen geführt: Die Fahrzeuge unserer Feuerwehren sind an den Unglücksstellen oft nicht in voller Zahl erschienen, weil sie unterwegs liegengelassen sind. Eine Untersuchung dieses Zustandes hat ergeben, daß von 890 Kraftfahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehren 4% aus Erzeugungsjahren vor 1930 stammen, 20% aus der Zeit 1930 bis 1940, 61% zwischen 1940 und 1950 und nur 15% sind neuen Datums. Unter diesen 15% sind große Tankwagen enthalten, deren Anschaffungspreis weit höher ist als der eines normalen Fahrzeuges. Es ist hier notwendig, eine entsprechende Hilfe zu geben, damit die Feuerwehrkameraden, die ihre Zeit und Arbeitskraft zur Verfügung stellen, nicht zusätzlich der Gefahr ausgesetzt werden, mit einem Fahrzeug fahren zu müssen, dessen Verwendung zu normalen Zwecken von jeder Behörde sicher verboten würde. Diese alten Feuerwehrfahrzeuge sind technisch nicht mehr in Ordnung und außerdem überbelastet. Wenn nun die Fahrer, die normal mit einem modernen Fahrzeug zu fahren gewohnt sind, auf diese Wagen kommen, ist es fraglich, ob ihnen gerade im Gefahrenmoment zum Bewußtsein kommt, daß sie so ein altes Vehikel vor sich haben und erhöht sich die Gefahr dadurch ganz besonders.

Ich habe am Anfang meiner Rede den Dank der Wehren an das Hohe Haus und an die Landesregierung gesetzt. Ich glaube aber, daß Sie mit mir übereinstimmen, daß wir auch den Wehren den Dank für ihre Einsatzbereitschaft zum Ausdruck bringen. Es ist nicht möglich, die Leistungen unserer Feuerwehren Ihnen nur in trockenen Worten zu schildern, weil der ideelle Wert sich hinter den nüchternen Zahlen verbirgt und mit Worten nicht auszudrücken ist. Unsere Feuerwehren sind ein Beweis dafür, daß trotz unseres nüchternen Zeitalters sich glücklicherweise auch Idealisten unter der Jugend befinden, die den Dienst am Nächsten, wenn er in Not gerät, als selbstverständlich finden und sich so im wahrsten Sinne des Wortes als „Mensch“ bewähren. Ich gebe

der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Gedanke weiter in unserem Volke erhalten bleibt zum Wohle unserer von allen geliebten Heimat. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Abg. **Scheer**: Hoher Landtag! Es ist bedauerlich, daß weder der Fremdenverkehrsreferent noch Oberregierungsrat Dr. Gaisbacher da sind. (Landesrat **Prirsch**: „Ich vertrete sie.“) Das Problem des steirischen Fremdenverkehrs wurde von Stadtrat **Stöffler** zum Teil behandelt. Ich will nicht Wasser in die Mühle tragen und verschiedene Dinge wiederholen, die schon besprochen worden sind. In den vergangenen Jahren haben wir uns über dieses Problem einige Male unterhalten.

Ich will nur einiges Neue hier vorbringen, so etwa die Tatsache, daß die Fremdenverkehrswerbung im Laufe der Zeit dahin geratet ist, wo sich sämtliche Werbeexperten der Erde bemühen, den Anforderungen so gut als möglich gerecht zu werden. Aber wer kann in der Winter- oder Sommersaison nach Bedarf seine Stätten erweitern? Der Tatsache, daß das beinahe unmöglich scheint, sehen sich verschiedene Fremdenverkehrsorte gegenüber. Sie haben daher den Versuch unternommen, dieses Problem so zu lösen, daß sie andere Fremdenverkehrsgebiete neu erschließen. Die einzelnen Reisebüros und sonstigen Stellen, die sich mit der Werbung für den Fremdenverkehr befassen, haben eine Flut von Papieren über ihre Fremdenverkehrsgebiete organisiert und an die einzelnen Betriebe in aller Welt versandt, um für ihr Gebiet zu werben. Es ist erwiesen, daß eine Werbemethode sich als erfolgreich erweist, wenn man einzelne Orte oder Länder aufsucht, hinfährt in Gegenden, woher man Besuche erwartet, um in einer örtlichen Aussprache, durch Filmvorträge, durch persönliches Aufsuchen der entsprechenden Fremdenverkehrsexperten einen Erfolg zu erzielen, der sich auch effektiv einstellt, wenn man möglichst eindringlich diesen Leuten alles mögliche verspricht.

Es ist gewiß schwierig, auf dem Fremdenverkehrssektor eine wirklich gute Werbung zu machen. Wenn man die Prospekte für verschiedene Fremdenverkehrsorte durchliest, gibt es keine Gegend, die nicht ein Paradies auf Erden darstellt, überall ist es am schönsten und besten. Man versetze sich nun in die Lage eines Reisebürobeamten in Hamburg, der die österreichischen Fremdenverkehrsorte überprüfen würde, vom Burgenland beginnend bis hinüber nach Ferlach würde er überall finden, daß jeder der vielen Orte der schönste Ort Österreichs ist, den es gibt. Nun aber herauszufinden, was daran wahr oder nicht wahr ist, das ist ein Kunststück, das nicht jeder zu meistern imstande ist. Fährt aber ein Fremdenverkehrsfachmann der Steiermark nach Hamburg und ist er in der Lage, über die einzelnen Orte und deren Vorzüge authentisch Auskunft zu geben, wird er entsprechenden Erfolg haben. Er wird dem Fremdenverkehrsmann in Hamburg oder sonstwo Auskunft über jene Orte, die mehr bieten, geben können, und zwar wahrheitsgemäß, denn jeder Ort hat zweifellos irgendwelche Vorzüge. Auf der einen Seite sind es alle Vergnügungsbetriebe, die man sich nur vorstellen kann, auf der anderen

Seite zwar keine Vergnügungsstätten, dafür aber Ruhe und Erholung in reichem Maße, was manch einer aus der Großstadt sucht und braucht. Zu diesen Werbemethoden möchte ich mir erlauben von der FPO aus eine Anregung zu machen, die vielleicht relativ wenig kostet und doch eine moderne und andere Methode darstellt als sonst üblich. Und zwar möchten wir anregen, daß jede Behörde, die Handelskammer, die Landwirtschaftskammer, alle im öffentlichen Leben stehenden Betriebe, die Landesfremdenverkehrsämter mit kleinem, extra für diesen Zweck erzeugtem Bild- und Propagandamaterial versorgt wird und daß jeder Brief, der in das Ausland geht, eine solche kleine Beilage erhält, etwa mit dem Text „Besuchen Sie die Steiermark“ oder etwas ähnliches. Das ist eine Propaganda, die wenig kostet, denn das Blatt würde ganz dünn sein und nur ein paar kurze Schlagworte enthalten, die auf unser steirisches Land aufmerksam machen. Es bedarf keiner zusätzlichen Geldmittel, es wäre nur ein dünner Papierstreifen, den man da beilegt und der kurz einige Hinweise enthält in der Art „Besuchen Sie das Fremdenverkehrsland Steiermark im Sommer und im Winter“. Wenn das jedes Amt macht, nur bei Briefen, die in das Ausland gehen selbstverständlich, so ist dann das etwas, wovon wir mit Recht behaupten können, einen neuen Weg in der Fremdenverkehrswerbung beschritten zu haben.

Ich möchte dann noch darauf verweisen, daß jede Werbung nur dann einen Sinn hat, wenn wir die Voraussetzungen dafür schaffen, die notwendig sind, um den Fremden zu uns zu bringen und das ist ja ein Anliegen, das uns jedes Jahr hier beschäftigt, daß wir nämlich die Zufahrtswege zur Steiermark entsprechend gestalten, weil wir ja bereits wissen, daß sich der Fremdenverkehr zu zwei Dritteln auf der Straße und nur zu einem Drittel auf der Schiene abspielt. Die beiden Wege, die uns dabei besonders am Herzen liegen, sind der Pötschen-Paß und der Mandling-Paß, beide sind noch immer nicht ausgebaut. Das sind noch wunde Stellen in unserem Straßennetz, die schon lange einer Verbesserung harren und wo überhaupt nichts weiter geht. Der Pötschen-Paß ist immer noch in einem kleinen Teilstück im Ausbau und es dauert bestimmt noch Jahre, bis man sagen kann, er ist befahrbar. Zur Zeit ist es so, daß dies noch immer eine der letzten Bergstraßen Österreichs von Bedeutung ist, die noch nicht ausgebaut wurde. Darauf unser Augenmerk zu lenken ist wohl das mindeste was man tun muß.

Über die Kredite ist bereits gesprochen worden. Das ist auch ein Anliegen, das den Fremdenverkehr berührt. Der Export in der österreichischen Wirtschaft wird schon seit Jahren in jeder Hinsicht begünstigt durch Umsatzsteuerrückvergütungen usw., nur beim Fremdenverkehr, der ja auch ein Hauptkontingent des Exportes darstellt, ist man noch nicht so weit, daß man von seiten des Bundes her eine entsprechende Unterstützung in dieser Hinsicht zuwege bringt. Es ist ja bekannt, daß insbesondere im Fremdenverkehr die Saisonbetriebe weitaus größere Lasten zu tragen haben als die Jahresbetriebe und daß daher eine Umsatzsteuerrückvergü-

tung zur Hebung dieser Betriebe unbedingt anzustreben ist.

Das sind unsere Anregungen, die ich zum Kapitel Fremdenverkehr zu bringen habe und wir hoffen, daß insbesondere, was die Anregung hinsichtlich der Werbung nach dem Ausland betrifft, und was dazu die Ämter zu unternehmen haben, auf fruchtbaren Boden gefallen ist. (Beifall.)

Abg. Edlinger: Hohes Haus! Ich muß anknüpfen die Ausführungen unseres Generaldebattenredners, welcher sich bei Kapitel 7, Landwirtschaft, mit Recht darüber beschwert hat, daß die ÖVP, und vor allem der steirische Bauernbund, sich seit Jahren und insbesondere in letzter Zeit in gehässiger Form über die Sozialisten auslassen. Er hat unter anderem erklärt, es grenze dies bereits an Brunnenvergiftung. Ich muß ihm beipflichten. Es ist nichts unklüger, als wenn man den Bauern gegen den Arbeiter hetzt und die Stadt gegen das Land. Es kann doch zu nichts Gutem führen, wenn der Produzent den Konsumenten beschimpft, wenn der Kaufmann nichts anderes zu tun hat als über seinen Kunden herzufallen. Irgendwo und irgendwann muß sich das ungünstig auswirken. Unser Debattenredner hat unter anderem erklärt, daß das Land, und vor allem der Landtag mit seinem Finanzreferenten sehr wohl die Nöte und Belange der Landwirtschaft kennt und ihnen auch Rechnung trägt. Er hat angeführt, daß im Jahre 1958 68 Millionen für landwirtschaftliche Zwecke vom Land und den gesamten Steuerträgern für die Landwirtschaft gegeben wurden. Wenn man einen Vergleich zieht mit den Ziffern anderer Agrarländer und dabei auf diese 68 Millionen hinweist, so kann man feststellen, daß wir in der Steiermark für die Landwirtschaft viel mehr übrig haben als z. B. Oberösterreich oder Niederösterreich, die als Agrarländer bekannt sind. Doktor Kaan verlangte Informationen zu diesen Aufwendungen und Beträgen. Ich will es machen. Ich nenne immer nur die Tausender, weil die Hunderter nicht mehr ins Gewicht fallen.

Steiermark hat 79.000 landwirtschaftliche Betriebe, Oberösterreich 78.000, Niederösterreich hat 133.000 landwirtschaftliche Betriebe. Steiermark hat 68 Millionen für die Förderung der Landwirtschaft gegeben, Oberösterreich 43 Millionen und Niederösterreich 51 Millionen.

Und nun, Herr Landesrat, möchte ich darauf antworten, daß dort größere Bauern sind. Betriebe unter 5 ha sind in der Steiermark 35.000, das sind 44 Prozent, Oberösterreich hat 36.000 solcher Betriebe, das sind 48 Prozent, Niederösterreich hat 67.000 Kleinbetriebe, das sind 50 Prozent. Herr Landesrat, ich glaube, Ihre Annahme ist nicht richtig. Man sieht doch, daß die Steiermark weniger Kleinbetriebe hat als Niederösterreich. Wie schaut nun der Anteil pro landwirtschaftlichen Betrieb aus, die diese Landesregierungen den Landwirtschaften zuwenden? Steiermark gibt pro Betriebseinheit 859 S, Oberösterreich 549 S und Niederösterreich 304 S. Also man sieht, daß Steiermark in der landwirtschaftlichen Förderung erheblich an der Spitze marschiert, was an Unterstützungen und Beihilfen von

öffentlicher Seite her getan werden kann. Natürlich marschiert für die Bauernkammer an der Spitze die steir. Umlage, das möchte ich auch unterstreichen, die Kammerumlage, die man unseren Bauern anlastet. Wir in der Steiermark haben eine Umlage von 220 Prozent, Oberösterreich 150 Prozent und Niederösterreich 200 Prozent. Ich habe nachgeschaut und habe feststellen können, daß wir in der Steiermark von allen Bundesländern die höchsten Umlagen haben. Infolgedessen glaube ich, daß die Behauptung unseres Debattenredners, daß wir für landwirtschaftliche Belange Verständnis haben, richtig ist. Unsere Forderung... (Landesrat Prirsich: „Sie hätten die Grundsteuermeßbeträge dazugeben sollen!“) Das hat meines Wissens mit der Umlage wenig zu tun. Wenn wir die Beträge, die wir haben, durch die bestehenden Betriebe dividieren, kommt man auf den Betrag der Stützung pro Betrieb. Wir haben auch Gegenden, wo sehr wenig... (Zwischenruf: „5 ha in Langenlois ist etwas anderes als 5 ha in Soboth!“) Wenn Sie vielleicht etwas wissen wollen, ich werde mich bemühen, in der Statistik nachzuschauen. Das Argument, das unser Debattenredner gebracht hat, ist richtig.

Von unserem Präsidenten ist vor allem beanstandet worden, daß das Landwirtschaftsgesetz nicht in der Form verabschiedet würde, wie es vielleicht vom Bauernbund gewünscht worden wäre. Schauen Sie, ich möchte da bezüglich der Milch folgendes sagen: Für die Milch haben wir einen Garantiepreis. Im Jahre 1956 sind im beiderseitigen Einvernehmen und Zustimmung 1'90 S per Liter festgelegt worden. Wenn Sie jetzt sagen, wir sind gegen eine Milchpreiserhöhung, muß ich sagen, daß der Milchbauer, der die Milch liefert, nicht einmal die 1'90 S ausbezahlt erhält. Wogegen sich die Bauern wenden, sind die ungesetzlichen Abzüge, der Krisenfonds, für das Aufbauen und Umbauen, Abzüge sind bei der Molkerei sogar einmal für den Wahlfonds gemacht worden. Es ist natürlich, daß dann die Bauern unzufrieden sind, wenn sie den ihnen gesetzlich zugestandenen Milchpreis nicht erhalten.

Marktordnung heißt nun jetzt das Landwirtschaftsgesetz. Wenn Präsident Dr. Stephan erklärt hat, er habe den Eindruck, daß das Landwirtschaftsgesetz nicht durchgegangen und Landwirtschaftsminister Thoma darüber froh ist, muß ich ihm beipflichten. Wie ich bei der letzten Vollversammlung in der Bauernkammer war, wurde auch angespielt auf das Landwirtschaftsgesetz und erklärt, man kann dem Gesetz nicht einen Namen geben, der nicht richtig ist, und man hat verlangt, daß dieses Landwirtschaftsgesetz nicht Landwirtschaftsgesetz heißen soll, sondern Marktordnung, die die Wirtschaftsgesetze vom Vorjahre auch heuer in verbesserter Form enthält und mit Zustimmung der ÖVP-Bauernverbände beschlossen worden sind. Man muß annehmen, daß die ÖVP recht zufrieden war, daß sie beim Hintertürl hat hinauskönnen, die andern sind froh, daß es so gekommen ist. Das wissen die Sozialisten schon, daß das Landwirtschaftsgesetz gefallen ist. Jahrelang ist das der Wunsch vieler gewesen, jahrelang hat es so ausgesehen, als ob nur das Landwirtschaftsgesetz den Bauern retten kann, die Existenz des Bauern sichern kann. Bis-

her haben wir Wirtschaftsgesetze gehabt. Es ist bei der Bauernkammer-Vollversammlung einstimmig festgestellt worden, mit den Gesetzen hat man das ganze Jahr über gleichbleibende Preise gehabt und es waren keine großen Schwankungen trotz der seinerzeitigen Gefahr, daß durch die Trockenheit im Frühjahr die Viehpreise abfallen werden. Wir haben kein Jahr gehabt, wo wirklich so einheitliche Schweinepreise waren. Wir waren mit den Wirtschaftsgesetzen gut zufrieden. Wenn sie Verbesserungen bringen sollen, kann man nicht Bedenken haben. Man kann nicht sagen, daß der Bauer zugrundegehen muß, weil das Landwirtschaftsgesetz nicht zum Tragen kommt, nicht in der Form, wie Sie das immer uns vorhalten und uns vorgesagt worden ist. Dieses Argument den Sozialisten immer vorzuhalten, daß sie Bauernfeinde sind, ist nicht richtig, und wenn wir beschuldigt worden sind, daß wir uns erlaubt haben, Flugschriften hinauszugeben, worin wir hinwiesen, daß diese Anschuldigungen unwahr und unrichtig sind... (Landesrat Prirsich: „Sie haben also die Flugschrift hinausgegeben!“) Ich glaube, daß Ihnen das Flugblatt unangenehm war, weil wir uns das erste Mal erlaubt haben, auf unrichtige Beschuldigungen wirklich öffentlich zu antworten. Ich glaube, es wird notwendig sein, daß man auch in Zukunft diesen Weg geht. Es ist nicht gut, wenn man immer und immer wieder ungerecht und einseitig alles beurteilt und wenn immer gesagt wird, nur die bösen Sozialisten sind schuld, daß bei der Landwirtschaft nichts weitergeht.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich möchte noch auf etwas aufmerksam machen. Es ist nicht nur notwendig, daß wir einen gesicherten Absatz haben für unsere Produkte und einen angemessenen Preis erhalten, sondern es ist auch notwendig, daß wir für die kleinen Besitzer etwas tun, damit man ihnen ihre Produktion erleichtert und damit sie auch billiger produzieren können. Ich habe schon einmal über die Maschinenhöfe gesprochen. Damals wurde ich ausgelacht. Es ist unsere Ansicht nicht geteilt worden, man hat uns alles Schlechte und Ungute vorausgesagt, man konnte sich nicht hineindenken, daß man mit einem kommunalen Maschinenhof auch wirklich eine Leistung vollbringen kann, daß man damit dem kleinen Mann helfen kann und man auch dadurch dem kleinen Mann die Technik zugänglich machen kann. Es ist eine Binsenwahrheit, daß sich Maschinen, die verhältnismäßig viel kosten, der kleine Mann nicht anschaffen kann, zumal er sie vielleicht nur ein oder zweimal im Jahr braucht, wie z. B. eine Dreschgarnitur. Wenn man nun in einer Gemeinde Geräte anschafft, wie eine Gülleanlage, Kartoffellegemaschine oder Kartoffelroder und viele andere, so kann ich mir schon denken, daß man damit für die kleinen Besitzer wirklich etwas getan hat, was Kopf und Fuß hat. Ich kann nur sagen, daß von diesen 37 Maschinenhöfen, die wir leider nur in Gemeinden aufstellen konnten, die eine sozialistische Mehrheit haben, weil wir dafür Geld von unserem Referenten Landesrat Matzner bekommen, es keinen Maschinenhof gibt, der nicht sehr verständnisvoll ausgenützt und betrieben wird. Alle sind bereit, für die Land-

wirtschaft etwas zu leisten und sie arbeiten alle sehr gut. Ich möchte nur empfehlen, daß auch die OVP von ihrem Referat aus solche Maschinenhöfe für die Landwirtschaft einrichtet.

Ich möchte auch bitten, daß die Mittel, die unter der Haushaltspost 731—781 aufscheinen, daß diese 100.000 S, die da widmungsmäßig für kommunale Maschinenhöfe zu vergeben sind, auch wirklich diesen Maschinenhöfen zugewendet werden. Ich konnte leider in den letzten vier Jahren feststellen, daß diese Beträge nur zum geringeren Teil den kommunalen Maschinenhöfen und zum größeren Teil Gemeinden zugewiesen wurden, die keinen kommunalen Maschinenhof besitzen. (Landesrat Prirsch: „Das ist mir nicht bekannt!“) Es ist nicht der Platz hier im offenen Haus, darüber zu sprechen, ich werde aber noch Gelegenheit haben, mit Ihnen persönlich über diese sehr ungunstigen Dinge zu sprechen. Ich glaube, daß dieser Betrag dort angewendet werden soll, wo er am richtigen Platze ist.

Als Grenzlandbauer, Hohes Haus, möchte ich auch meinen Dank dafür aussprechen, daß wieder 2 Millionen gegeben werden für Aufbaugebiete im Grenzland, und daß dieser Betrag heuer wieder im Voranschlag aufscheint. (Landesrat Prirsch: „Sie haben 4 Millionen verlangt!“) Ich glaube, daß unser Finanzreferent das spontan von sich aus wieder in den Voranschlag aufgenommen hat, denn mir ist nicht bekannt, daß wir oder daß die Kammer sich heuer weiß Gott wie bemüht haben darum und daß er daher spontan im Interesse der Aufbaugebiete des Grenzlandes das gemacht hat. (Beifall.)

Abg. Gottfried Brandl: Hohes Haus! Wenn die Herren Vorredner zum Kapitel Landwirtschaft bereits darauf hingewiesen haben, unter welchen besonderen Schwierigkeiten die landwirtschaftliche Produktion bei steigenden Ausgaben und ständig gleichbleibenden Einnahmen vor sich geht, dann fühle ich mich verpflichtet, ein paar Worte über die bäuerlichen Arbeitnehmer, über die Landarbeiter und Landarbeiterinnen zu sprechen.

Die Statistik der landwirtschaftlichen Krankenkasse für Steiermark weist einen Rückgang an Versicherten auf, der mehr oder weniger ausschließlich der Gruppe der Landarbeiter anzulasten ist. Wenn im Jahre 1954 in der Steiermark noch 45.848 Land- und Forstarbeiter und Angestellte beschäftigt waren, so waren es im Jahre 1955 nur mehr 43.814, im Jahre 1956 42.028 und im Jahre 1957 40.581. Dieser Abgang geht ausschließlich zu Lasten der Landwirtschaft. Bei den Forstarbeitern und Angestellten ist im Gegenteil noch ein leichtes Ansteigen der Beschäftigten zu verzeichnen. Man kann diese Tatsache einfach hinnehmen als eine unangenehme Begleiterscheinung der günstigen Konjunktur in der übrigen Wirtschaft, weil sich eben jeder Arbeiter jene Beschäftigung aussucht, die ihm den meisten Ertrag bringt. Man kann diese Zahlen aber auch als eine Folge des Fortschrittes und der Mechanisierung bezeichnen, weil man sich dadurch vielfach Arbeiter und Angestellte erspart. Daß die Maschinen nicht alles ersetzen können ist klar, sie müssen ja auch bedient und betreut werden und wir wissen ja auch,

daß gerade zur Zeit der Arbeitsspitze im Frühjahr ein großer Bedarf und eine große Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften herrscht. Die Erkenntnisse, die wir aus der Statistik der landwirtschaftlichen Sozialversicherung gewinnen, sind nicht nur eine natürliche Folge der Konjunktur und der fortschreitenden Mechanisierung, sondern die Ursache muß auch noch anderswo liegen. Es ist heute schon darauf hingewiesen worden, daß der bescheidene Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen daran vielfach die Schuld trägt. Ein Fünftel der Bevölkerung, das noch von der Landwirtschaft lebt und 30 Prozent aller Berufstätigen stellt, verfügt nur über rund 13 Prozent des Volkseinkommens. Dieser bescheidene Anteil geht aber noch ständig zurück, während der Anteil anderer Berufsgruppen oder Wirtschaftszweige immer mehr und mehr steigt. Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert. Das ist ein altes Sprichwort. Dieses scheint aber für die Landwirtschaft keine Bedeutung zu haben. Hier fehlen immer noch die kostendeckenden Preise. Trotzdem und vielleicht gerade gezwungen durch diesen Mangel hat die Landwirtschaft nicht nur das Volumen ihrer Tätigkeit um 100 Prozent der Vorkriegszeit erhöht, sondern sie hat auch ihre Arbeitsproduktivität um 130 Prozent erhöht. Diese großartige Leistung ist nicht allein durch die Mechanisierung zu erklären, sondern dahinter steckt, dem Rechenstift des Statistikers verborgen, der rücksichtslose Einsatz aller in dieser Wirtschaftsgruppe tätigen Personen, oft genug bis zur physischen Erschöpfung die Hintanstellung persönlicher Wünsche und Ansprüche. Die vor allem längere Arbeitszeit, die harten Lebensbedingungen am Lande, die schlechten Wohnverhältnisse und damit auch die Erschwerung der Familiengründung sind die Hauptursache des immer kleiner werdenden Kreises der Landarbeiter und Landarbeiterinnen. Man kann vom Landarbeiter nicht verlangen, daß er nur aus Liebe zur Landwirtschaft mehr arbeite, länger arbeite und weniger als ein Arbeiter einer anderen Sparte verdiene.

Der Durchschnittsverdienst des Landarbeiters liegt weit hinter dem des Industriearbeiters zurück, wenn auch die Löhne der Landarbeiter 10 bis 18 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind. Mit einem Durchschnittslohn von 675 bis 825 S sind die meisten Landarbeiter heute zur Versicherung gemeldet. Der gewerbliche durchschnittliche Monatslohn ist zwischen 1400 und 1500 S. Bei der Entscheidung zwischen mehr Verdienst oder Treue zur Landwirtschaft, zu bestimmten Betrieben, stellt sich immer wieder heraus, daß die Aussicht auf mehr Geld obsiegt, und der Berufswechsel, die Abwanderung der Landarbeiter ist vollzogen.

Eine weitere Zunahme der Arbeiterflucht würde eine Verschärfung des Geburtenrückganges, eine unzureichende Bewirtschaftung in der Landwirtschaft bedeuten, würde die Nichtausnutzung der vorhandenen Produktionsmittel mit sich bringen und eine überstürzte Mechanisierung der Landwirtschaft durch Anschaffung von Maschinen auslösen. Eine weitere Zunahme der Landarbeiterflucht würde die Ernährung unseres Landes gefährden. Es ist daher ungenügend, wenn der Steiermärkische Land-

tag bei einem gesamten Budget von über 1 Milliarde S für die Förderung des Wohnungsbaues der Landarbeiter, für die Förderung der Berufsausbildung nur einen Betrag von etwas über 1 Million S eingesetzt hat. Wo die eigenen Kräfte der Landwirtschaft nicht ausreichen, wo die Maßnahmen der Landarbeiterkammer als gesetzliche Interessenvertretung nicht eingesetzt werden können, wäre es Aufgabe des Landes, hier dringend zu helfen. Es geht nicht nur um die Interessen der Landwirtschaft, nicht nur um die Interessen der Landarbeiter, sondern wenn man die Bedeutung der Landwirtschaft nicht übersehen will, um eine Lebensfrage unseres gesamten steirischen Volkes.

In diesem Sinne darf ich heute schon für das kommende Jahr Wünsche der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer der Steiermark ankündigen und der Erwartung Ausdruck geben, daß diese budgetmäßig berücksichtigt werden können. (Beifall.)

Abg. **Hans Brandl**: Hoher Landtag! Wenn der Voranschlag 1959 in seinen Ansätzen unverändert geblieben ist, weil Erhöhungsanträge bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation nicht zu vertreten sind, so wurden doch im Finanzausschuß bei den Beratungen zu den einzelnen Gruppen und vor allem Unterabschnitten von einzelnen Abgeordneten Verschiebungsanträge gestellt, die nur deshalb nichts geändert haben, weil von den betreffenden Abgeordneten die Ansicht dabei vertreten wurde, daß ein besserer Zweck damit erfüllt werden könnte.

Gestatten Sie mir, daß ich zur Gruppe 7 und vor allem zum Unterabschnitt 731, der sich mit den allgemeinen Förderungsmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, der auch die Mittel für die Landwirtschaftskammer und die Landarbeiterkammer beinhaltet, einiges sage. Ich habe mir erlaubt, im Finanzausschuß den Antrag zu stellen, daß ein gewisser Anteil der Mittel, die für den Wohnungsbau der Dienstnehmer sowohl vom Lande her als auch von der Landwirtschaftskammer, also auch von Arbeitgeberseite zur Verfügung gestellt wird, herausgenommen werden und der Landarbeiterkammer überantwortet werden soll. Es sind 3½ Millionen S vorgesehen, weiters sind für diese Zwecke noch 1 Million S für Darlehen drinnen. Die Landwirtschaftskammer behält für den Wohnungsbau für die Dienstnehmer ½ Million S, während die Landarbeiterkammer für Beihilfen für Eigenheimwohnungsbauten nur 800.000 S erhält. Ich sage das deshalb, weil ich aus Erfahrung weiß, daß durchschnittlich für Eigenheimwohnungsbauten Beträge in der Höhe von 12.000 bis 14.000 S gegeben werden und weil es selbstverständlich bekannt ist, daß ein solcher Betrag, gemessen an den Eigenkosten gering und bescheiden ist und diese Maßnahme als ausgesprochen ungenügend angesehen werden muß. Aus dem Tätigkeitsbericht der Landarbeiterkammer von 1957 können wir entnehmen, daß die Kammer Beihilfen für 219 Dienstnehmer gegeben hat, das entspricht 2 Prozent der gesamten Land- und Forstarbeiter, also gewiß ein sehr bescheidener Anteil.

Erschwert wird dieser Umstand auch dadurch, daß wir den jüngsten Budgetverhandlungen im Nationalrat entnehmen konnten, daß die Mittel für Eigenheimbauten vom Bunde her eingeschränkt wurden, so daß für 1959 nicht so wie im Jahre 1958 17 Millionen S, sondern nur 12 Millionen bereitgestellt sind, das heißt, daß man eine 30prozentige Kürzung vorgenommen hat. Daß das natürlich in Anbetracht der an und für sich schlechten Wohnverhältnisse am flachen Lande Schwierigkeiten bringen muß, ist begreiflich. Wir können in Österreich feststellen, daß rund 100.000 Landarbeiter in Ledigenquartieren untergebracht sind und für sehr viele Menschen, die sich der Landarbeit zur Verfügung stellen, überhaupt keine Möglichkeit besteht, eine Familie zu gründen, weil die primitivste Voraussetzung, die Schaffung einer Wohnung, fehlt.

Mein Namenskollege Präsident Brandl hat sich in seinen Ausführungen bereits mit den Lohnverhältnissen beschäftigt. Ich kann nur ergänzend feststellen, daß über 70 Prozent der Land- und Forstarbeiter in Österreich einen Monatsbruttolohn unter 1000 S haben und daß rund 33 Prozent mit ihrem Lohn sich unter 800 S bewegen. Ich glaube, meine Damen und Herren, schon aus diesen Erwägungen heraus müßte das Landwirtschaftsministerium sowohl als auch der Hohe Landtag alles daran setzen, die notwendigen sozialpolitischen Forderungen in einem entsprechenden Ausmaß durchzuführen.

Wenn hier von einigen Abgeordneten auch über das Landwirtschaftsgesetz gesprochen wurde und wenn die Frage des Landwirtschaftsgesetzes in der jüngsten Zeit in Zusammenhang mit der Kompetenzänderung der Verfassung für die Dienstnehmer der Land- und Forstwirtschaft gebracht wurde, so möchte ich dazu feststellen, daß dies keine Forderung von heute ist, sondern daß die Verfassungsänderung, die Gleichstellung der Land- und Forstarbeiter mit den übrigen Arbeitern und Angestellten in Österreich eine uralte gewerkschaftliche Forderung ist, für die wir uns immer wieder einsetzen werden, und daß es unserer Auffassung nach genau so wie im Sozialrecht und auch im Arbeitsrecht Möglichkeiten geben müßte, eine Angleichung herbeizuführen. Wir dürfen hier offen feststellen, daß das Landwirtschaftsgesetz nicht nur daran gescheitert ist, weil die Sozialisten sich zu diesem Zwangsgesetz nicht verstehen konnten, sondern daß dies wohl in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß von seiten der ÖVP durch den Widerstand der Bundeshandelskammer in erster Linie es zu diesen Schwierigkeiten gekommen ist und daß man diese Dinge offen aufzeigen und sagen sollte, daß der Großteil der Abgeordneten im Parlament sich über den Entwurf dieses Gesetzes nicht einigen konnte. (Landesrat Prirsch: „Wenn es nur in das Parlament gekommen wäre, dann wäre es schon gegangen. Das ist ja die Schwäche der Koalition, Herr Brandl!“) Ich kann mich aus der Praxis erinnern, daß verschiedene Gesetzesentwürfe von den zuständigen Referenten eingebracht wurden und daß diese Entwürfe sehr wesentlich geändert wurden und daß dann etwas ganz anderes von der

gesetzgebenden Körperschaft beschlossen wurde. Ich glaube, bei der Zusammenfassung all dieser Lenkungsgesetze in dem jüngst beschlossenen Marktordnungsgesetz hätte man auch das Landwirtschaftsgesetz mit verbinden können. Aber man wollte von der OVP aus mit einem gewissen Schlag aufwarten, nur um sagen zu können, die Sozialisten waren dagegen, weil man damit rechnete, daß man nach außen hin diese Begriffe nicht auseinanderhalten kann. (Abg. DDR. Hueber: „Es kommt nicht auf den Titel an, sondern auf den Inhalt!“)

Ich darf nun, meine Damen und Herren, nach diesem kurzen Ausflug zum Landwirtschaftsgesetz doch wieder zu den Sorgen der Land- und Forstarbeiter zurückkehren. Es war immer unsere Auffassung, daß bei dieser Lage und bei diesen Schwierigkeiten, die im Wohnungswesen bestehen, auch das Land Steiermark eine gewisse Verpflichtung hat, und daß es ohne weiteres innerhalb der vorgesehenen Positionen möglich gewesen wäre, eine Verschiebung durchzuführen. Unser Antrag hätte dem Wohnungsbau für Dienstnehmer einen Betrag von 2½ Millionen zur Verfügung gestellt und die Landarbeiterkammer wäre dann leichter in der Lage gewesen, wirklich eine entsprechende Förderung durchzuführen. Ich darf nach meiner persönlichen Auffassung dazu sagen, daß die Landarbeiterkammer, wenn es ja auch sonst manchmal Schwierigkeiten gibt, ein besserer Garant wäre als das zuständige Referat oder auch die Landwirtschaftskammer, die Mittel für den Wohnungsbau der Land- und Forstarbeiter gerechter zu verwalten, weil wir wissen, daß dort eine gewisse Kontrollmöglichkeit besteht. Ich kann mich nämlich erinnern, daß ich mich einmal im Finanzausschuß vergeblich bemüht habe, von Ihnen, Herr Landesrat Pirsch, eine konkrete Auskunft darüber zu erhalten, wie viel Mittel dem Landarbeiterwohnungsbau zugeführt worden sind und daß Sie sich damals sehr geschickt ausgedrückt haben und sagten, es wird schon wieder etwas gegeben werden, man kann aber nie sagen wieviel. Wir haben daher, sehr geehrte Damen und Herren, im Finanzausschuß dieses Hauses für diese so dringende familienpolitische und notwendige Förderung kein Gehör gefunden und bedauern dies tief. Es war und ist unsere feste Überzeugung als Sozialisten, und die Entwicklung hat uns dies bestätigt, daß jede Diskussion über Landflucht solange eine theoretische Erörterung bleibt, bis es uns gelingt, wirklich ernsthaft bedeutende Verbesserungen in arbeitsrechtlicher, lohnrechtlicher und wohnungsmäßiger Hinsicht für die Land- und Forstarbeiter durchzusetzen. Solange diese von mir aufgezeigten Lohnunterschiede bestehen, wird die Abwanderung vom Lande in die Stadt unaufhaltsam weitergehen, so wie sie seit Jahren von uns festgestellt werden konnte.

Durchschnittlich 3 bis 4 Prozent Dienstnehmer in der Steiermark verlassen jährlich ihren Beruf, sind abgewandert, mit anderen Worten, seit 1950 hat sich der Beschäftigtenstand in der Land- und Forstwirtschaft von 50.000 auf 40.000 gesenkt. Angesichts dieser Entwicklung, die besonders unsere po-

litischen Mandatare mit sehr ernster Sorge erfüllen muß, haben wir alle mitsammen die Verpflichtung, Maßnahmen vorzuschlagen, die hier Abhilfe schaffen. Die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft haben lange genug Gelegenheit gehabt, das Verständnis und sagen wir auch die Nächstenliebe im patriarchalischen Dienstverhältnis kennenzulernen. Die vergangene Gesindeordnung ist ein beredtes Zeugnis dafür. Die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft haben diese Fessel schon zum größten Teil abgestreift. Sie kämpfen heute genau so wie der Arbeiter in der Industrie und im Gewerbe um ihren gerechten Lohnanteil. Sie kämpfen genau so darum, daß Technisierung, Mechanisierung und Rationalisierung sie nicht von ihrem Arbeitsplatz verdrängen und wünschen für sich nichts anderes als gerecht bezahlte Arbeit und ein bescheidenes Glück in der Familie. Diese Bestrebungen werden von den Sozialisten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln in der Demokratie unterstützt und wir hoffen dabei, das Verständnis aller verantwortlichen Menschen in diesem Staate zu finden, die sich den sozialen Aufstieg zum Ziele gesetzt haben. (Beifall.)

Abg. Ertl: Hoher Landtag! Wenn wir den Vorschlag in der Gruppe 7 durchsehen, so müssen wir doch sagen, daß trotz Einsparungen hier in einzelnen Positionen eine kleine Erhöhung durchgeführt wurde und das ist besonders die Erhöhung auf dem Sektor 7, Wegebau, und ich weiß, daß speziell auf diesem Gebiete die erhöhten Beträge wirklich fruchtbringend angelegt werden, weil gerade der Güterwegbau die erfolgreichste Bergbaucnhilfe darstellt.

Ich darf im Zusammenhang mit der Behandlung der Gruppe 7 die derzeitige Wirtschaftslage in der Landwirtschaft schildern. Sie gestatten mir einen kurzen Rückblick. Wenn wir zurückdenken an das Ende des Weltkrieges, so war am Ernährungssektor eine schwere und harte Zeit durchzumachen gewesen. Die Zeit der Kalorienberechnungen, die jedem Menschen die Ernährung in bescheidenem Maße vorgeschrieben hat, die Zeit der fleischlosen Tage haben viele Menschen vergessen. Der unermüdlige Fleiß und das hohe Pflichtbewußtsein der Bauernschaft hat es ermöglicht, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die Ernährungsbasis bedeutend erweitert werden konnte. Man hat es förmlich übersehen, als die Zeit gekommen war, wo durch den Fleiß der Bauern der magere Tisch wieder ausreichend und abwechslungsreich gedeckt werden konnte.

Wir haben eigentlich auch am Landwirtschaftssektor in den vergangenen 10 bis 15 Jahren eine förmliche Umwälzung durchzumachen gehabt. Aus dem seinerzeitigen Agrarstaat ist ein Industriestaat geworden und hat sich besonders in der Landwirtschaft der katastrophale Arbeitermangel, die Abwanderung usw. abgezeichnet. Heute ist schon Verschiedenes über diese Tatsache gesprochen worden. Ich glaube, Abg. Brandl hat das sehr treffend geschildert. Er hat nur leider nicht gesagt, daß man zu seiner Forderung, den landwirtschaftlichen Arbeiter in dieselben Lohn- und in dieselben sozialen

Verhältnisse zu stellen wie andere Berufsgruppen, auch der Landwirtschaft auf diesem Gebiete die wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen zuerkennen muß, daß man, wie heute schon zum Ausdruck gebracht wurde, der Landwirtschaft aus der erzeugten Produktion die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter zu stellen hat. Seit 1952 hat sich da mehr oder weniger nichts geändert. Wir mußten in dieser Zeitspanne alljährlich, ich möchte fast sagen monatlich, zur Kenntnis nehmen, daß die Bedarfsartikel, die der Bauer zu seiner Wirtschaft braucht, laufend gestiegen sind. Ich muß wiederholen, die landwirtschaftlichen Buchführungsstellen, die Statistik hat nachgewiesen und auch das Institut für Wirtschaftsforschung im letzten Berichte, daß effektiv der Bauer für seine Ausgaben zur Beschaffung der Bedarfsartikel um 27 Prozent mehr auszugeben hat, als er durch den Erlös seiner Produkte einnimmt.

Ich habe den Eindruck, daß ein Großteil der Bevölkerung in der letzten Zeit für verschiedene Dinge das richtige Maß verloren hat. Wir können über solche aufscheinende Tatsachen nicht ohne weiteres hinweg. Wir müssen im Zusammenhange mit der Landarbeiterfrage auch daran denken, daß wir selbstverständlich im ureigensten Interesse der Bauernschaft am Hofe auch zufriedene Landarbeiter haben wollen und daß es hier leider dem Bauern nicht möglich ist, dieselben Löhne, dieselben Stundensätze zuzuerkennen, wie sie in der Industrie üblich sind.

Da kann ich ein Beispiel anführen, das ich im heurigen Herbste erlebt habe. Meine Heimatgemeinde hat einen Kartoffelroder gekauft. Gesprächsweise sage ich zum Bürgermeister: „Wenn Ihr 14 Stunden Lohn verlangt für die Benützung, habe ich nichts dagegen, ich bin froh, daß die Gemeinde ihn hat, der muß sich schön amortisieren.“ „Sie haben eine Vorstellung!“ war die Antwort. „Dem Mann, den ich beistelle zur Betreuung für den Roder, muß ich einen 8-Stunden-Lohn zahlen und bei einem längeren Geschäft Überstunden. Dann geht der ganze Erlös für diesen Roder für die Entschädigung dieses Herrn drauf. Die Arbeitnehmer aus der Landwirtschaft haben sich mit einem Stundenlohn von 1 bis 2 S begnügt.“ Wieso dann hier ein derart krasser Gegensatz? Da hat er gesagt: „Sie lebten halt immer so.“ Diese Erkenntnis kann ich nicht teilen. Wir haben in der Zeit der Arbeitslosigkeit den industriellen Arbeitnehmer, den Industriearbeiter auf der Straße gehen sehen, der ist zum Bauern gekommen und hat gesagt: „Ich bin hungrig“, heute sehen wir diesen katastrophalen Gegensatz und wir müssen es offen und ehrlich sagen, wie soll man einem Menschen da noch zumuten, daß er in der Landwirtschaft bleibt, wo er 14 bis 16 Stunden im Tage arbeiten muß, keinen Sonntag und keinen Feiertag hat, an den Urlaub nicht denken kann, weil man keine Ersatzkraft hat. Wir dürfen die Auswirkung dieser bedauerlichen Lage nicht verkennen. Wir haben im heurigen Jahr Alpengebiete ohne Viehbesatz gehabt, weil kein Mensch sich hergibt, das Vieh auf der Alpe zu betreuen.

Es ist aber eine irrierte Ansicht, wenn man glaubt, wir sind ernährungsmäßig restlos gesichert. Hier möchte ich wirklich schon sagen, daß gerade im letzten und vorletzten Monat ein katastrophaler Rückgang der Milchanlieferung in der Obersteiermark war. Die Milchanlieferung ist in den letzten 2 Monaten um 30% zurückgegangen, und zwar zum größten Teil aus Arbeitskräftemangel.

Man stellt sich wieder um. Es ist schon zum Ausdruck gebracht worden, daß das auf dem Getreidebau der Fall ist. Mit der Maschine wird das Getreide gesät, dann kommt im Herbst der Mährescher, und mit viel weniger Arbeitsaufwand wird die Ernte eingebracht. Wir müssen ganz allgemein trachten, daß wir hier einen Ausgleich finden. Im übrigen geht man auch über die Tatsache zu leicht hinweg, daß die Auswirkungen des Arbeitskräftemangels den Bauern gezwungen haben, sich zu motorisieren und zu mechanisieren. Die Statistik weist nach, daß seit dem Jahre 1946 der Maschineneinsatz in der Landwirtschaft ständig zunahm. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Landwirtschaft in diesem Fall ein ausschlaggebender Faktor in der Gesamtwirtschaft ist, weil sie in dieser Hinsicht als großer Konsument für die industriellen Erzeugnisse aufscheint. Ich darf noch betonen, daß leider auch auf anderen Gebieten die Bauernschaft sehr belastet wird. Man hat früher verschiedentlich hören können, der Bauer zahle keine Steuer. Heute ist die Produktion stark angestiegen und nun kommt die Sache mit den Einheitswerten. Wir Bauern sind dankbar, daß das Finanzamt eine Überprüfung und Neufestsetzung der Einheitswerte durchgeführt hat. Nach den bisherigen Ergebnissen können wir schon sagen, daß die ganze Überprüfung und Neufestsetzung sogar eine kleine Herabsetzung der Einheitswerte zur Folge hat.

Ich muß nur mit Bedauern feststellen, daß einige Bezirksfinanzämter die Weisungen des Finanzministeriums scheinbar nicht richtig erfaßt haben und speziell bei uns in einem ausgesprochenen Gebirgsbauerngebiet den Bergbauern Einheitswertbescheide vorgelegt haben, die sie unmöglich ertragen hätten. Wir haben Gelegenheit gehabt, beim Landesfinanzamt vorzusprechen und ich darf hier die Gelegenheit benützen, dem Präsidenten der Finanz-Landesdirektion den Dank auszusprechen, daß er für unsere berechtigten Einwände Verständnis gehabt hat und eine Kommission eingesetzt hat, um die Bescheide zu überprüfen. Sie ergab im Schnitt eine 50%ige Herabsetzung. Also waren unsere Einwendungen berechtigt.

Hohes Haus, ich darf auch noch kurz betonen, daß wir in der Steiermark 79.207 landwirtschaftliche Betriebe haben, davon sind 67.000 unter 20 ha, also Klein- und Kleinstbetriebe, die trotz schwerster Arbeit einen schweren Existenzkampf zu führen haben und die Lebenshaltung dieser Berufsgruppe ist mit der gesamten sozialen Betreuung der anderen Bevölkerungsgruppen nicht mehr in Einklang zu bringen.

Ich darf besonders hervorheben die einmaligen Leistungen der wenigen Landarbeiter, die wir noch

haben, und die vereint mit unseren Bauernsöhnen und -töchtern mit einem unermüdlichen Pflichtbewußtsein diese große Arbeit verrichten. Besonders liegt es mir heute am Herzen, die Leistungen unserer kleinen Bergbauernfamilien besonders hervorzuheben. Die Bergbäuerinnen haben nicht nur die Aufgabe, die Familie zu betreuen, sie müssen nicht nur den Haushalt führen, sondern sind in den meisten Fällen noch genötigt, bei der Stall- und Feldarbeit mitzuhelfen. Unseren Bäuerinnen wird in den meisten Fällen der Tag zu kurz für die viele Arbeit. Ich will nicht überheblich sein, aber unsere Bergbäuerinnen sind im wahrsten Sinne des Wortes Heldinnen der Heimat. Es ist eine vordringliche Aufgabe der Öffentlichkeit, diese Leistungen anzuerkennen und auch entsprechend zu werten. Im nächsten Jahr werden wir uns noch einmal damit befassen müssen, wenigstens Urlaubsheime für die Bäuerinnen zu schaffen. In vielen Fällen wird es dann möglich sein, daß heranwachsende Töchter den Haushalt betreuen und die Bäuerinnen sich eine kleine Erholungszeit leisten können.

Schwer beeindruckt hat mich die Tatsache, daß bei den Musterungen für die neue Wehrmacht gerade unter den Bauernsöhnen eine große Anzahl untauglich war. Das ist ein großer Gegensatz zu früheren Zeiten, wo die bäuerliche Bevölkerung die beste und gesündeste Wehrmacht stellte. Das ist nur damit zu begründen, daß die Bauernschaft genötigt ist, viel zu früh ihre eigenen Kinder zur schwersten Arbeit heranzuziehen.

Meine sehr Verehrten, ich darf noch etwas kurz betonen. Ich habe vorgestern Gelegenheit genommen, die „Neue Zeit“ anzusehen und da ist mir aufgefallen, daß Dr. Pittermann über das Ergebnis der Arbeit der sozialistischen Parlamentarier im Jahre 1958 folgendes ausführte: „Die sozialistische Parlamentsfraktion hat heuer im Sinne unseres neuen Parteiprogrammes die Interessen der einzelnen kleinen Leute unseres Landes entscheidend und erfolgreich vertreten. Sie haben sich dabei von der überholten Unterstützung zum Segen der Unselbständigen abgewendet, in der richtigen Erkenntnis, daß jedem arbeitenden Menschen der gerechte Anteil am Volkseinkommen gesichert werden soll.“ Als ich diesen Bericht gelesen habe, habe ich sofort an den Herrn Landesrat Matzner gedacht und mir gesagt, nach dem Bericht des Vizekanzlers braucht er sich keine so großen Sorgen zu machen, wenn wirklich im Rahmen der Beihilfen für Landarbeiterwohnungen einmal der eine oder andere Bauernsohn selbst in einem der neu eingerichteten Zimmer untergebracht ist.

Ich habe mich dann auch erinnert, daß ich erst kürzlich eine Broschüre von Dr. Kautsky gelesen habe, er schreibt: „Die Partei hat nicht die geringste Ursache gefunden, im neuen Programm an den sozialen Grundsätzen etwas zu ändern. Der Klassenkampf geht weiter und kompromißlos strebt die SPÖ die Vergesellschaftung der Wirtschaft an.“ (Abg. R ö s c h : „Der Maleta hat wieder das Gegenteil gesagt!“) Meine Verehrten, es ist wirklich bedauerlich, daß kein geringerer Mann als der Herr Vizekanzler die wirklich einmaligen Leistungen der

Landwirtschaft seit Ende des Krieges anerkennt und daß er damit dann die Bauernschaft zum besten halten will. Es ist diese Taktik, die der Herr Vizekanzler an den Tag legt, eine Entehrung und Entwürdigung des gesamten Bauernstandes. Wir können ihm nur die eine Antwort geben mit aller Deutlichkeit und allem Nachdruck, und die lautet: „Der Bauer ist kein Spielzeug!“

Abschließend darf ich mir erlauben, für die weitere Tätigkeit im nächsten Jahr in unserem Hohen Haus einige Grundsätze in Erinnerung zu bringen. Der eine Grundsatz lautet: Eine gesunde Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik; und der zweite Grundsatz lautet: Ein lebensfähiger und produktionsfähiger Bauernstand ist das Fundament eines geordneten Staates. Ich bin mir bewußt, wenn wir weiter nach diesen Grundsätzen handeln, wird auch im 15. Jahre die Tätigkeit in unserem steiermärkischen Landtag von vollem Erfolg begleitet sein. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Abg. Dr. Pittermann: Ich will mir, um ein Beispiel zu geben, selbst eine Redezeit von 5 Minuten auferlegen. Ich bitte, mir etwas Gehör zu schenken. Es ist viel vom Gesundheitsdienst gesprochen worden, ein Problem, dem wir selbstverständlich voll und ganz beipflichten. Aber die moderne Entwicklung und die wissenschaftliche Forschung haben ergeben, daß die Gesundheit des Menschen nicht zuletzt von der Gesundheit der Tiere abhängt. Die wissenschaftlichen Ergebnisse haben Wechselbeziehungen zwischen beiden Problemen aufgezeigt, daß so und so viele Krankheiten, die beim Tiere vorkommen, auf den Menschen übertragen werden können, wie Tuberkulose, Milzbrand, Rotlauf und neben vielen anderen Krankheiten auch Hautkrankheiten. Allerdings ist hier insofern eine kleine Verschiebung eingetreten, als die Tuberkulose durch die in den letzten Jahren systematisch durchgeführten Bekämpfungsmaßnahmen der Rindertuberkulose im Abnehmen begriffen ist. Der Weltgesundheitsdienst der NATO hat festgestellt, daß sich die Rangordnung jener Krankheiten, die auf den Menschen übertragbar sind, verschoben hat. An erster Stelle steht das Karzinom (der Krebs), dann die Poliomyelitis, als drittes die sogenannte Brucellose, oder Abortus Bang, das seuchenhafte Verwerfen der Rinder. Dieser Erkenntnis haben bereits alle Kulturstaaten Rechnung getragen und eine systematische Bekämpfung des seuchenhaften Verwerfens beim Rind in die Wege geleitet. Auch der österreichische Staat konnte sich aus diesem Problem nicht verschließen, der noch dazu im internationalen wirtschaftlichen Verkehr, auf dem Viehsektor, eine Rolle spielt. Heute wird der Export auf dem Tiersektor maßgeblich von der Gesundheit des exportierten Tieres abhängig gemacht. Es ist kein Geheimnis, daß uns in der österreichischen Volkswirtschaft auf diesem Gebiet für das kommende Jahr eine größere Konkurrenz bevorsteht, da Ungarn und Jugoslawien und selbst die Beneluxstaaten wie Belgien uns hier Konkurrenz machen. Der können wir nur begegnen, daß wir durch Verstärkung des Tiergesundheitswesens zur Qualitätssteigerung beitragen.

Das Land hat für die Tuberkulose- und Bang-Bekämpfung entsprechende Mittel bereitgestellt, die

nach dem bekannten Junktim zwischen Land und Bund abgestimmt werden. Ungefähr 21 Millionen Schilling sind für die Tuberkulosebekämpfung von 1952 bis heute im Lande ausgegeben worden, 1958 sind weitere 24.178 Betriebe mit 192.000 Rindern in die Tuberkulosebekämpfung einbezogen worden. Hinsichtlich der Bang-Bekämpfung sind 2 Sektoren zu unterscheiden, die amtliche Bekämpfung, entsprechend dem Bang-Gesetz, und die nichtamtliche, sogenannte freiwillige Bekämpfung in den Zuchtverbänden. Seit Inkrafttreten des Gesetzes wurden in Steiermark 6805 Betriebe überprüft und bei einer entsprechenden Anzahl von Betrieben konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß der Prozentsatz an Bang-Tieren nicht sehr groß ist. Die bisherigen Gesamtkosten beliefen sich auf 17 Millionen Schilling, davon Bundesmittel 14 Millionen Schilling, Landesmittel 100.000 S. Die Besitzer brachten ungefähr 200.000 S auf.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf das Opfer hinweisen, das die Bauernschaft trägt, denn meistens handelt es sich um wertvolle Zuchttiere, die ausgeschlachtet werden und die sehr schwer zu ersetzen sind. In der nichtamtlichen Bekämpfung stehen weit über 1900 Betriebe mit 9400 Rindern unter Kontrolle. Bei diesen Bekämpfungsmaßnahmen sind auf verwaltungstechnischem Gebiet Mehrarbeiten erforderlich, auf die ich mit Nachdruck hinweisen möchte. Die Veterinärbehörde hatte durch die Bang-Bekämpfung im Jahre 1958 10.000 Einzelelaborate zu bearbeiten, und zwar mit dem bisherigen Personalstand. Ein unmöglicher Zustand. Wenn Sie bedenken, daß im kommenden Jahr 1959 auf Grund der Ausweitung der Maßnahmen weitere 24.000 Elaborate von der Abteilung 13 behandelt werden müssen, so kann man sich vorstellen, daß die gesetzliche Auswirkung dieser Bekämpfung unserer Tierseuchen auch eine entsprechende Belastung auf dem Personalsektor nach sich ziehen wird.

Ich bedauere, feststellen zu müssen, daß auch auf diesem an und für sich unpolitischen Sektor Politik getrieben wird. So konnte ich feststellen, daß vorgestern in der unmittelbaren Nähe meines Heimatortes eine Versammlung des Arbeits-Bauernbundes stattgefunden hat. Dort wurde vom Redner allen Ernstes behauptet, daß jene Million Schilling, die für die Tuberkulosebekämpfung ausgegeben wurde, viel besser zur Aufbesserung des Milchpreises verwendet worden wäre. Das ist wirklich eine politische Brunnenvergiftung, wofür es keine Entschuldigung gibt. Ich bitte Sie, sich auf diesem Gebiet doch jeder politischen Polemik zu enthalten. Man wird vielleicht diese Mitteilung als ein Mißverständnis hinstellen, aber das geht ja hinterher sehr leicht. Die Bekämpfung der Tierseuchen soll nicht als politisches Kampffeld benützt werden. Zum Schluß hätte ich nur die Bitte, daß die nachfolgenden Redner sich hinsichtlich der Zeitbeschränkung meinem Beispiel anschließen.

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis 13 Uhr. (Die Sitzung wird um 11 Uhr 55 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr wieder aufgenommen.)

2. **Präsident Operschall:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zum Wort gemeldet hat sich Abg. R ö s c h. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Rösch:** Hohes Haus! Bevor ich auf einige landwirtschaftliche Fragen der Gruppe 7 eingehe, gestatten Sie mir, daß ich ein paar Bemerkungen zu der Generaldebattenrede des Abg. Stöffler mache. Abg. Stöffler hat einige Fragen aufgeworfen, die einer weiteren Erörterung bedürfen.

Abg. Stöffler war zuerst der Auffassung, daß der gesamten Wirtschaft, der Budgetpolitik des Landes, zu wenig Initiative inne wohne und zu wenig Neues. Schauen Sie, es tut mir leid, daß er jetzt nicht da ist. Der Abg. Stöffler hätte nämlich wirklich Gelegenheit gehabt, alles in die Tat umzusetzen, wenn er für Graz das Finanzreferat übernommen hätte, dann würden diese Sachen schon ganz anders klingen. Dann könnte er sagen, schaut einmal, wie ich es mache, macht Ihr es anderswo ebenso. Ich glaube aber, daß seine Darstellungen etwas einseitig waren und etwas voreingenommen.

Er ist sehr beunruhigt darüber, daß wir, das heißt der Vertreter unserer Partei, der Vizekanzler, gewisse Forderungen in der letzten Zeit aufgestellt hat, indem er erklärte, auch für die Kriegsbeschädigten sei zu wenig da und für die Kassensanierung würde etwas in das Budget hineingehören und eine Menge solcher ähnlicher Fragen. Er hat daran eine Frage geknüpft und erklärt, daß er sehr besorgt ist, daß wir nur Forderungen aufstellen, ohne Rücksicht darauf, ob es das Budget aushalten würde. Er hat dann erklärt, „wir“, also die ÖVP, machen so etwas nicht.

Meine Damen und Herren, ich darf nur die „Tagespost“ von gestern und heute hernehmen und Ihnen vorlesen, was in diesem Haus gesprochen wurde:

1. Dr. Kaan: „Die zur Förderung dieser Gruppe zur Verfügung stehenden Mittel sind ungenügend. Dasselbe gilt für den Straßenbau.“

2. DDr. Stepantschitz erklärte: „Von der Forderung, daß endlich ein entsprechender Betrag für die Grazer Kinderklinik flüssiggestellt wird, können wir nicht mehr abgehen.“

3. Abg. Egger: „Wir wollen im a.-o. Haushalt mehr bedeckte Beträge für Schulneubauten.“

Um 11.10 Uhr sagt Brandl: „Mehr Beträge für die Landarbeiter werden für das nächste Budget angemeldet.“ (Abg. Dr. Kaan: „Ja für das nächste Jahr, nicht gleich nach Schluß der Budgetdebatte!“)

Ich stelle nur fest, diese Forderungen und Wünsche scheinen doch zur Praxis geworden zu sein, denn sie werden von allen gestellt. Aber der Grund, warum an den Herrn Finanzminister immer neue Forderungen gestellt werden, der liegt ganz wo anders. Seit 5 Jahren sagen Sie in Bild, Ton und Wort: „Raab und Kamitz, das sind die großen Genies, die können alles, sie tun alles, sie machen alles.“ Sie sind die reinsten Zauberer. Wundern Sie sich dann, wenn die Begehrlichkeit wächst und jeder sich sagt, wenn Ihr alles könnt, dann macht eben

alles und zahlt alles, wir haben diese und jene Wünsche. Das ist die selbstverständliche Folge dieser Propaganda. Das Wirtschaftswunder wurde groß geschrieben und die Begehrlichkeit aller wurde geweckt. Man kann sagen, es geht Ihnen so wie dem Zauberlehrling: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nicht mehr los.“ (LR. Prirsch: „Wenn Sie damit den Dr. Pittermann meinen, dann haben Sie recht!“) Der ist aber kein Geist, der ist sehr lebendig und aktiv. Ich glaube also, wenn der Herr Abgeordnete Stöffler die Auffassung vertritt, daß alle Forderungen in einem gewissen Rahmen bleiben sollten, teilen wir diese Auffassung. Aber was für die eine Seite gilt, das muß auch für die andere gelten. Man kann nur im Rahmen der Möglichkeiten handeln, darüber hinaus kann niemand etwas tun.

Und nun noch einige kurze Bemerkungen zum Kapitel 7. Ich beginne mit der Rede des Herrn Präsidenten Wallner, der in sehr ernsten Worten einige, wie uns scheint, beachtenswerte Auffassungen gebracht hat. Ich möchte als wesentlich herausgreifen, daß der Herr Präsident sich sicherlich mit Recht auf den Standpunkt gestellt hat, wenn verantwortungsvolle Funktionäre angegriffen werden, so muß man das ablehnen. Das gilt auch für beide Seiten. Ich will gar nicht eingehen auf das, was der Herr Abgeordnete Sebastian aus dem „Bauernbündler“ verlesen hat. Ich will auch gar nicht sprechen von den weingeistreichen Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Ertl (1. Präsident Wallner: „Der trinkt nur Milch!“), der ja am vorgestrigen Abend mit sehr eigenartigen Zwischenrufen reagiert hat. Sogar als der Herr Abgeordnete Sebastian die Bauernschaft zu den positiven Kräften unseres Volkes zählte, faßte er das als eine Beleidigung für die Bauernschaft auf. Das sind alles Angriffe auf Funktionäre und es ist berechtigt, daß man so etwas ablehnt, aber das sollte man auf beiden Seiten einhalten. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß von unserer Seite niemand angegriffen werden würde, wenn sich das nicht schon so eingebürgert hätte. Ich will gar nicht untersuchen, von wo der Anfang gekommen ist. (Zwischenruf bei ÖVP: „Wie zartfühlend!“) Ich stelle nur fest, daß Herr Präsident Wallner das ex cathedra festgestellt hat und ich nehme es zur Kenntnis. Wenn alle Seiten nach diesem Appell des Herrn Präsidenten Wallner vorgehen würden, dann knüpfe ich meine Bitte vor allem, wie im Vorjahr, daran, man möge zu allererst auf die Redaktion des „Bauernbündler“ entsprechend einwirken. Voriges Jahr hat ja auch der „Bauernbündler“ damit geantwortet, daß er schrieb: „Der rote Hetzer beklagt sich, daß man ihn angreift!“ (Abg. Węgart: „Dann rufen Sie einmal in Wien den Pollak an, daß er bei der „Arbeiterzeitung“ dasselbe macht!“) Sie versprechen uns schon seit 2 Tagen 1 Kilo Arbeiterzeitungen. (Abg. Węgart: „Reizen Sie mich ja nicht, die sind gleich bei der Hand!“) Man kann es natürlich auch mit Witz machen, oder so, wie es der „Bauernbündler“ macht, daß man bissig darüber hinweggeht oder humorvoll und dann genauso weiterschreibt. Ob damit der Sache gedient ist, wage ich zu bezweifeln.

Der Herr Präsident Wallner hat mit Recht auf einen gewissen Unterschied hingewiesen. Die Arbei-

terschaft kann, wenn sie Forderungen hat, diesen einen gewissen gewerkschaftlichen Nachdruck geben. Die Landwirtschaft, sagte er, müsse aber auf das Verständnis aller hoffen. Glauben Sie, meine Damen und Herren, daß man das Verständnis mit provozierender Gehässigkeit erreichen wird? Es ist ja bei Ihnen schon zur Regel geworden, in dem Augenblick, in dem ein sozialistischer Abgeordneter zur Gruppe 7 spricht, ruft einer der drei agrarischen Abgeordneten der ÖVP sofort „Sie verstehen nichts davon“ oder „ein Wolf im Schafspelz“ usw. Ja, es braucht einer nur von uns zu sagen, er spreche zur Gruppe 7, dann hört man schon, wie das Echo in den Bergen, diese Einwürfe. Glauben Sie damit das Verständnis zu heben? Glauben Sie damit dazu beizutragen, was der Herr Präsident Wallner von allen in seinen Ausführungen gefordert hat?

Ich glaube, es ist falsch, wirklich falsch, daß der österreichische Bauernbund und die ÖVP die Auffassung vertreten, die Vertretung der Interessen der Bauernschaft sei ein Monopol ihrer Partei (LH. Krainer: „Es ist einmal so!“) (Abg. Dr. Pittermann: „Vor ungefähr 2 Stunden hat Abg. Bammer Dr. Stepantschitz vorgeworfen, er schätze ihn als Arzt, aber von etwas anderem verstehe er nichts.“) Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es zurück. (Abg. Scheer: „Das stimmt!“) Ich komme in die Versuchung, ihr steirisches Parteiblatt zu verlesen, das Zwischenrufe Abg. Ertls verzeichnet und sich freut, wie wirkungsvoll er in die Debatte eingegriffen hat mit unsachlichen Anwürfen. Wir brauchen nur ein paar Minuten warten und es werden wieder ähnliche Zwischenrufe kommen. Ich glaube, daß dieses Bestreben, für diese Frage sich ein Monopol anzumaßen, unrichtig ist.

Es wurde auch hier von verschiedenen Rednern aller Parteien festgehalten, daß sowohl die Bauern wie auch die Arbeiterschaft gegenseitig Produzenten und Konsumenten sind, gemeinsame Interessen haben. Müßte ich da nicht fragen, warum versucht man die Kluft zu erweitern und der Partei, die aus der Natur der Dinge heraus stark auf die Interessen der Arbeiterschaft festgelegt ist, deswegen Gehässigkeit vorzuwerfen, das Recht abzusprechen, Vorschläge mit zu diskutieren. Das führt zu nichts. Ich halte das nicht für zweckmäßig (LH. Krainer: „Welche Vorschläge?“) Ich komme dann darauf zu sprechen, Herr Landeshauptmann, man muß mir nur ein paar Minuten Zeit geben. Ich kann da nicht vorgreifen. (Landesrat Prirsch: „Nur systematisch!“) Ich weiß, daß Sie kein Freund der Planwirtschaft sind. Wir sind jetzt in der Landwirtschaftsdebatte.

Darf ich also 2 Beispiele herausgreifen, die in der Generaldebatte eine gewisse Rolle gespielt haben, das eine ist die Frage des Landwirtschaftsgesetzes, die mit vehementer Weise begonnen hat, aber dann immer wieder abflaut. Der Landeshauptmann hat sofort den Zwischenruf hineingerufen: „Jawohl, Ihr seid es, die das verhindert haben.“ (Abg. Węgart: „Es steht ja in der sozialistischen Korrespondenz, daß das Landwirtschaftsgesetz in seiner ursprünglichen Form endgiltig abgelehnt wurde.“) (Zwischenruf.) Ich bekenne mich dazu, ich werde

Ihnen detailliert die Gründe sagen, warum, wenn Sie ein bißerl Geduld haben und weniger nervös sind.

Es waren da 3 Gesichtspunkte maßgebend, um die es gegangen ist, den einen hat Abg. Sebastian angeschnitten, es sind zuviel Lenkungsmaßnahmen drinnen. Ich will mir ersparen, auf alle die Details einzugehen, sie wurden von Ihnen selbst nicht gutgeheißen und herausgestrichen. Da war die Genehmigungspflicht der Geflügelhalter bei einer gewissen Geflügelzahl. Das sind persönliche Eingriffe. Ich muß schon sagen, es würde dieser zu starke Eingriff, den man als Kollektivismus bezeichnet, zu einem System führen, dem wir nicht zustimmen könnten. Das, was Sie jetzt anstreben, ist das, was Sie uns jahrelang, jahrzehntelang vorgeworfen haben. Die zweite Frage, rechtlich genommen, ist die Regelung dieser Materie, sie würde nach Artikel 12 der Bundesverfassung in die Kompetenz der Länder fallen, soweit es sich um das Marktordnungsgesetz handelt. (1. Präs. Wallner: „Die Marktordnung kann nur Sache der Länder sein!“) Es bedürfte also einer Verfassungsänderung. Man wollte das Recht für die bäuerlich Selbständigen aus der Kompetenz der Länder heraus in die Kompetenz des Bundes übertragen. Ich betone ausdrücklich, mit Ausnahme der Marktordnungsbestimmungen, die sind Bundes-sache, sind alle anderen Bestimmungen Landessache, deswegen haben wir ein eigenes Agrarreferat, es sind Pflichtaufgaben des Landes. Ich nehme an, eine solche Regelung ist zweckmäßig. Dann ergibt sich zunächst folgendes: Wenn ich das Recht für die bäuerlich Selbständigen aus der Landeskompetenz herausnehme und dem Bund übertrage, muß ich dasselbe auch für die Unselbständigen, also für die Landarbeiter tun. Natürlich, man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß es nicht notwendig ist, das Recht für die Bediensteten in der Landwirtschaft, das regeln wir auf neunfach verschiedene Weise, das Recht für den Arbeitgeber regeln wir zentral. Das war Ihr Standpunkt, das ist Ihre Auffassung gewesen und war unsere Auffassung nicht. Sie können der Meinung sein, daß Ihre Auffassung richtig ist, Sie konnten uns aber nicht überzeugen, daß das zweckmäßig ist. (Abg. Wegart: „Die Landarbeiter sind eine Harpune im roten Speck und die möchten Sie herausziehen.“) Ich darf nochmals festhalten, wir waren und sind der Meinung, wenn das Recht für die eine Seite in die Bundeskompetenz übertragen wird, müßte auch das Recht der anderen in die Bundeskompetenz übertragen werden. Darüber ist es zu keiner gemeinsamen Auffassung gekommen.

Vielleicht dazu eine ganz kleine Bemerkung, die ein wenig mit der Koalition zu tun hat. Die ÖVP ohne Koalition braucht für diese Bestimmungen eine qualifizierte Mehrheit im Nationalrat, allein hätte sie es nicht machen können, auch nicht mit der Proporzdemokratie des Herrn Kollegen Dr. Rainer. Es hätte einer Verfassungsänderung bedurft. (1. Präsident Wallner: „Bei der Regierungserklärung zum Landwirtschaftsgesetz ist die Frage des Landwirtschaftsrechtes überhaupt nicht zur Debatte gestanden.“) Bekanntlich aber im Laufe der Verhandlungen. Ich betone noch einmal, ich habe nicht

die Absicht, Sie zu unserer Auffassung zu überreden. Ich stelle fest, daß Ihre Haltung in dieser Frage nie unsere Meinung ändern wird, daß wir dieser Verfassungsänderung nicht unsere Zustimmung geben könnten. Herr Landesrat, es wird wieder die Frage von gestern angeschnitten, wollen Sie eine Zusammenarbeit, oder bilden Sie sich ein, daß es so ist, daß wir nur das zu machen haben, was Sie wollen? Nach unserer Auffassung ist das ein Komplex ... (Abg. Wegart: „Haben Sie 82 Mandate oder wir?“) Sie haben um einiges weniger als die Mehrheit! (Abg. Wegart: „Sie wollen aber mit 74 so viel reden wie wir mit 82! Dann brauchen wir ja keine Demokratie!“) (Abg. Dr. Rainer: „Wir wollen auch keine Diktatur der Minderheit, wir wollen überhaupt keine Diktatur!“) (1. LH.-St. Horvatek: „Ja, Sie wollen die Diktatur der Mehrheit!“) (LR. Prirsch: „Was aber Herr Rösch sagt, beweist die Diktatur der Minderheit!“) (Noch verschiedene Zwischenrufe.) (Unruhe.) Ich darf festhalten, die ÖVP wehrt sich dagegen, daß wir, weil wir weniger Mandate haben, ein gleiches Anrecht hätten, mit Ihnen in die Regierung zu gehen. Das ist aber der wahre Sinn der Koalition. Auf dieser Grundlage ist die Regierung gebildet. Das ist die Vereinbarung der Koalition, nachdem Sie allein nicht regieren hätten können. Daher sind die beiden großen Parteien zusammengegangen. Jetzt bestreiten Sie das und wollen alles umdrehen und aus der seinerzeitigen Koalitionsvereinbarung heraus und wollen zu einem Majoritätsprinzip gelangen. (Abg. Scheer: „Vor jeder Wahl ist die ÖVP gegen die Koalition.“) Bitte, das würde die Grundlage für eine neue Vereinbarung geben. Aber so lange die alte Vereinbarung besteht, werden wir uns daran halten und werden auch verlangen, daß Sie sich daran halten. Daher unser „Nein“.

Nun der dritte Punkt. Er wurde schon in einem Zwischenruf angeführt. Der sogenannte grüne Bericht. Der Herr Präsident Wallner hat darüber nicht gesprochen. Aber gerade dieser grüne Bericht war einer der wesentlichsten Punkte neben der Verfassungsbestimmung, warum wir nicht zusammengelassen sind. Wir sind nämlich der Auffassung, wenn für einen Stand so ein grüner Bericht gefordert wird, so müßte das für jeden Stand gelten. Dieses Prinzip hat der Herr Bundeskanzler abgelehnt. (Abg. Dr. Rainer: „Nein, er hat gesagt, machen wir halt auch einen roten Bericht!“) (Zwischenruf: „Herr Rösch, Sie haben wahrscheinlich seine Radiorede nicht gehört, er hat ausdrücklich gesagt, dann kommen Sie zum Schluß womöglich noch mit einem roten Bericht!“) (Abg. Dr. Rainer: „Der war schon da, der rote Bericht über die Sozialversicherung!“) Die ÖVP. kann uns doch nicht vorschreiben, was wir vorlegen wollen. Denn was wir vorgelegt haben, wurde abgelehnt. Das war etwas, was sich auch so ausgewirkt hätte wie der grüne Bericht. Was wollte der grüne Bericht? Er sagte, es sollte das Landwirtschaftsministerium einen Bericht erstellen über die wirtschaftliche Lage nach der Kostenseite. Ergibt sich ein Defizit, dann hat das Budget des kommenden Jahres zwingend den Ausgleich zu beinhalten. (LH. Krainer: „Ja, aber nur nach den finanziel-

len Möglichkeiten!") Es war aber eine Verpflichtung. (LH. Krainer: „Es war einmal in einer Vorlage drinnen, aber es ist nie darüber verhandelt worden!") Sie haben einige Dinge abgeschwächt, aber die Situation war so, wie ich sie geschildert habe. Die Situation war so, daß für eine Gruppe das Budgetrecht durch einen Bericht des Landwirtschaftsministers hätte eingeeengt werden sollen. Dem konnten wir nicht zustimmen. Wir haben aber den berechtigten und notwendigen Wünschen der Landwirtschaft Rechnung tragend allen in der neuen Marktordnung enthaltenen Bestimmungen ohne weiteres unsere Zustimmung gegeben. Sie wurden ja auch wieder zusammengefaßt verlaublich auf 1 Jahr, damit weiter verhandelt werden kann. (LR. Prirsich: „Ja, damit der Kuhhandel weitergeht!") (LH. Krainer: „Das ist keine Landwirtschaftsfreundlichkeit, wenn man ein solches Gesetz immer wieder auf 1 Jahr verschiebt!") Was ist denn dann mit dem Mietengesetz? (Abg. Dr. Pittermann: „Sie sind ja genau unterrichtet, Sie wissen ja ganz genau, daß es reformbedürftig ist!") (Weitere Zwischenrufe.) Ich warte ganz gern, bis Sie Ihre Zwischenrufe beendet haben, das sind schon keine Zwischenrufe mehr, das sind schon Zwischenreden!

Es ist jedenfalls so, daß diese Gesetze, so weit sie für die Landwirtschaft von Bedeutung sind, verlängert wurden. Der Einwand, „nur auf 1 Jahr, um den Kuhhandel weiter zu führen“, war nicht berechtigt, sondern es geschah deshalb, um die Verhandlungen weiterzuführen und das ist schließlich das Wesen der Demokratie. (LR. Prirsich: „Diese Form muß man aber so bezeichnen!")

Und nun die zweite Geschichte. Das sagte ich deshalb, weil der Herr Landeshauptmann verlangt hat, ich soll Beispiele bringen, ob wir auch schon Vorschläge gemacht haben. Da ist einmal die Frage mit der Butter. Der Herr Präsident Wallner hat darauf hingewiesen, daß früher einmal eine Aktion für Rentner und Arbeitslose gemacht wurde und dann hat er einen eigenartigen Schluß daraus gezogen, er hat gesagt, wir haben die Butter verbilligt abgegeben, aber es wurde über diese Aktion hinaus nichts mehr abgesetzt. Ich frage nur: Bei wem? Hätten Sie auch für die übrige Bevölkerung den Preis herabgesetzt, dann wäre auch mehr abgesetzt worden. LH. Krainer: „Auf die Hälfte wurde der Preis herabgesetzt und trotzdem wurde die Butter nicht verkauft!“ (Abg. Wegart: „Die Landwirtschaft soll ihre Produktion einschränken und wahrscheinlich von der Luft leben!") Diese Ansicht von der „Bauernfeindlichkeit“ wird dann noch unterstrichen von der „Kleinen Zeitung“, weil dort scheinbar auch lauter Sozialisten drinnen sitzen. Gestatten Sie, daß ich den Artikel von gestern verlese, ich wundere mich, daß der Herr Präsident kein Wort darüber verloren hat. (Abg. Wegart: „Die Kleine Zeitung geht uns nichts an!") Die darf bauernfeindlich sein, Ihrer Meinung nach. (LH. Krainer: „Mit der sitzen wir ja nicht in in einem Schiff, die geht uns gar nichts an!")

Auf jeden Fall, die „Kleine Zeitung“ bringt genau dasselbe, was ich zuvor angeführt habe. Sie

teilt mit, Schweden hat das bereits so gemacht, den Butterpreis verbilligt, zum Schluß dann den gewaltigen Überschuß weggebracht und gewaltige Inlandsabsätze gehabt. Jetzt ziehen die Preise an, sie sind um rund 20% hinaufgesetzt worden, der Einbruch in das Reich der Surrogate gelang und im Frühjahr, mit Beginn der neuen Butterschwemme, wird Schweden mit dem Butterpreis wieder heruntergehen. Zuerst erklären sie unsere Auffassung über die Butterfrage als ein typisches Zeichen der SPÖ-Bauernfeindlichkeit (Zwischenruf: „Wollen Sie dieses Rezept auf Kohle auch anwenden?“) und nun rufen Sie: was ist mit der Kohle? Das was wir wollen, es ist eine Feststellung, wir kennen die Zusammenhänge. Es heißt hier zum Schluß: „Wenn doch in das starre Denken unserer Agrarbürokraten sich auch einmal die Einsicht Platz verschaffen könnte, daß das Pendel von Angebot und Nachfrage viel Besseres vermag, als wie die so wenig logischen Steuermaßnahmen auf Kosten der Konsumenten!“ Die Meinung höre ich seit Jahren von Ihren Bänken. Laßt doch endlich die freie Wirtschaft, das Pendel von Angebot und Nachfrage! Heute sind Sie mit leidenschaftlichen Worten dafür eingetreten, jetzt auf einmal wollen Sie nichts wissen davon, jetzt kommt das Einbekenntnis des totalen Versagens der freien Wirtschaft auf diesem Sektor. (Abg. Dr. Kaan: „Auch in Schweden?“) In Schweden ist ja die Planung (Abg. Dr. Kaan: „Also keine freie Wirtschaft!“) (Abg. Stöffler: „Herr Rösch, Sie haben schon besser geredet!“) (Abg. Ertl: „Wenn wir heute am Milchsektor freie Wirtschaft haben, haben wir in Leoben viel zu wenig Milch. Muß doch auf das ganze Wirtschaftsgebiet verteilt sein!“) (Abg. Wegart: „Sie treiben eine Laus um den Äquator.“) Ich bin erst jetzt wieder aufmerksam gemacht worden auf das „Echo von Leoben“ und jetzt höre ich, damit treibt man eine Laus um den Äquator. (Abg. Ertl: „Die ganze Umgebung von Leoben kann kaum die Hälfte des Milchverbrauches der Stadt decken, da muß man eine Verteilung der Milch auf das ganze Wirtschaftsgebiet veranlassen, es ist undenkbar am Milchsektor eine freie Wirtschaft.“) Ja, ich wollte nur hören, daß Sie auf diesem Sektor die freie Wirtschaft ablehnen und das haben Sie getan.

Ich darf weiter fortsetzen: weil nun der Herr Landeshauptmann erklärt hat, ob wir schon jemals Vorschläge gemacht haben. Wir haben ihnen vorgeschlagen, die Rentenbutteraktion weiterzuführen und auf die Arbeitslosen auszudehnen über das ganze Jahr. Die Vertreter im Milchwirtschaftsfonds haben erklärt, sie werden sich mit dem Finanzministerium in Verbindung setzen, ob das technisch möglich ist. Der Finanzminister hat abgelehnt. Wir haben dann mit dem Sozialminister geredet, der sagte: „Jawohl, es geht!“ und was war nun die Antwort des Vertreters der ÖVP? Nein, das wird dann eine rote Geschichte. Es ist schon so, daß man Vorschläge von einer Seite macht und die werden dann abgelehnt. (Zwischenruf: „Mit den Mitteln des Krisenfonds.“) Mit diesen Mitteln des Krisenfonds. Das war das Stichwort zum zweiten Teil: Schauen Sie, mit diesem Krisenfonds, mit dem Ihr die Butter in das Ausland subventioniert, hätten wir die Rentner und

Arbeitslosenaktion weiterführen können. Sie brauchen nur die Zustimmung zu geben und schon kann das morgen durchgeführt werden. (1. Präs. Wallner: „Ja, das wäre ein ständiger Abfall des Milchpreises.“) Ob Sie das Geld nun so hingeben, oder für die Subvention ins Ausland! (Zwischenruf: „Nun ist sie eingestellt.“) Einstweilen ist sie noch nicht eingestellt. Probieren Sie es doch einmal! Der Herr Präsident hat ja gesagt, daß der Absatz gleich geblieben ist, doch nur weil die Verbilligung nur für die Rentner war. (Abg. Dr. Kaan: „Hätte man für alle Generaldirektoren auch verbilligen sollen? Das sind doch wirklich nicht mehr volkswirtschaftliche Erwägungen.“) Ich betone noch einmal ... (Unruhe.)

(2. Präsident Operschall: „Darf ich feststellen, daß Abg. Rösch das Wort hat?“)

Abg. Rösch (fortfahrend): Aus Ihren Zwischenrufen geht doch die ganze Zwiespältigkeit hervor, während der eine sagt, wir haben das gemacht für die Rentner, für die wir das verschenken, sagt der andere, es ist eine volkswirtschaftliche Unmöglichkeit. Darauf, glaube ich, kommt es an, daß man nicht gewußt hat, was man tun will; man hat experimentiert, einmal so und einmal so, man konnte sich nicht auf einer Linie einigen. Wenn andere Vorschläge gemacht worden sind, wurden sie wenigstens einmal ausprobiert. Bei Ihnen werden sie abgelehnt, und zwar unter dem Motto, daß das eine rote Angelegenheit sei.

Darf ich noch zu einer Frage Stellung nehmen, die hier in Form einer Resolution aufgeworfen wurde. Die Resolution betrifft den Appell an die Bundesregierung, die Apfelsäfte sollen von der Getränkesteuer freigestellt werden. Diese Resolution wird sicherlich heute oder morgen im Hohen Haus angenommen werden, und zwar ohne unsere Stimmen, wir werden dagegen stimmen. Die Begründung werde ich Ihnen sofort geben. Grundsätzlich möchte ich festhalten, daß wir für alle Maßnahmen sind, die zur Verbilligung alkoholfreier Getränke führen und daß diese von uns begrüßt werden. Auch anlässlich der Debatte im Finanzausschuß haben wir gesagt, wir sind für alle Maßnahmen, die zu einer echten Verbilligung führen, schon aus dem Grunde, um irgendwie die Schäden des Alkoholkonsumes zu beseitigen oder zumindest abzuschwächen. Aber dieser Antrag, daß man den Apfelsaft von der Getränkesteuer freistellen soll, ist nur ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Die Getränkesteuer ist eine reine Gemeindesteuer nach dem Finanzverfassungsgesetz und nach dem Finanzausgleichsgesetz. Die Gemeinden können darüber bestimmen. Nun sollen wir an den Bund herantreten und sagen, „nimm den Gemeinden diese Steuer“. (1. Präs. Wallner: „Wieviel kommt denn da schon herein an dieser Steuer für den Apfelsaft?“) Eben darum. Der Bund soll aufgefordert werden, den Apfelsaft aus der Getränkesteuer herauszunehmen. Sie haben doch zu jeder Zeit die Auffassung vertreten, der Föderalismus ist das Grundprinzip der bundesstaatlichen Ordnung in Österreich. Aber der Föderalismus kann nicht bei den Ländern aufhören. Er muß sich auch auf die Gemeinden erstrecken. In diesem Falle aber wären Sie bereit, diesen Grundsatz aufzugeben und zuzustimmen, daß der Bund eine Maßnahme

trifft auf einem Sektor, für den nur die Gemeinden zuständig sind. Was würde dabei schon herauskommen? Die Einnahmen aus dem Apfelsaft sind sowieso beinahe Null. (Abg. Dr. Kaan: „Ja, dermalen!“) Was kostet 1 Liter Apfelsaft? Der kostet heute 8 bis 12 Schilling. Gehen Sie nun her und nehmen Sie die 10% weg, dann kostet er halt statt 8 S nur S 7'20 oder S 10'80. Die Äpfel dazu haben 30 Groschen gekostet. Hat es denn einen Sinn, bei den 80 Groschen Getränkesteuer anzufangen? Da müssen wir schon anderswo beginnen. (Abg. Pittermann: „Bei der Milch wird aber geschrien, wenn sie um ein paar Groschen teurer wird!“) Das Aufziehen von Säuglingen mit Apfelsaft ist aber schwieriger. Bei der Milch ist das ganz etwas anderes. Erwartung Sie aber doch nicht beim Apfelsaft einen höheren Konsum wegen 80 Groschen. (Abg. Dr. Rainer: „Die Säuglingsmilch eben billiger und die andere teurer!“) Ja, das ist der Vorschlag, den der Herr Dr. Pittermann gemacht hat und den Sie abgelehnt haben. (Abg. Dr. Rainer: „Trinkmilch und Säuglingsmilch, das ist ganz etwas anderes!“) (Weitere Zwischenrufe und Lärm.) (Glockenzeichen.) So sieht es also aus mit der Getränkesteuer. Das ist ein Antrag, mit dem in Wirklichkeit nichts erreicht wird. Das wissen Sie ja selbst genau so gut wie wir. Ich erinnere mich, daß der Herr Weidinger, als Mitglied des österr. Gemeindebundes vor 2 Jahren sogar dafür gestimmt hat, daß an der Getränkesteuer ja nicht gerüttelt werden darf. Das waren seine eigenen Worte. (Abg. Weidinger: „Aber vom Apfelsaft nehmen die Landgasthäuser sowieso nichts ein!“) Würde man darangehen, in Landgasthäusern Apfelsaft einzuführen, dann würde man den Konsum auch so heben. Aber vor 2 Jahren sagten Sie, nicht ein Groschen darf davon weggenommen werden und heute treten Sie dafür ein, daß der Apfelsaft ganz herausgenommen wird, weil Ihnen das augenblicklich gerade notwendig erscheint.

Noch eines! Der Herr Abgeordnete Ertl hat heute unter anderem erklärt, daß die Schuld an der Landflucht der gute Lohn der Arbeiter im Gewerbe und in der Industrie sei. Er hat sogar ein Beispiel zitiert, von einem Maschinenwärter, der in Pöls 8 S verdient, während der landwirtschaftliche Maschinenwärter nur 2 S bekommt. Soweit es sich um eine Ursachenfeststellung handelt, hat er recht. In dem Ton aber, wie er es gemeint hat, man sollte das Gefälle wegbringen, wäre das eine unmögliche Haltung. (LR. Prirsch: „Die anderen nachziehen!“) Ja, den niedrigeren nachziehen, das wäre eher ein Standpunkt. Ertl ist aber noch ein anderer Irrtum unterlaufen. Er hat erklärt, die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind seit dem Jahre 1952 unverändert geblieben. Ich glaube, der Herr Landesrat Prirsch wird in der Lage sein, die Preisentwicklung bekanntzugeben, das ist nämlich ein Irrtum. Ich nenne nur zwei Preise. Kalbfleisch ist um 37% gestiegen bis zum Jahre 1956 und Schweinefleisch um 6%, laut statistischen Nachrichten vom November 1958. Es handelt sich um Kleinhandelspreise, wobei es ohne weiteres möglich ist, daß die Produzentenpreise seit der Zeit gleichgeblieben sind. Aber auch hier wieder wäre es viel notwendiger, sich mit den

Vertretern der Arbeiterschaft zusammenzusetzen. Es ist auf jeden Fall interessant, Sie bekennen sich dazu, daß die Arbeiter als Konsumenten und Bauern als Produzenten gemeinsame Interessen haben. Aber wo es darum geht, diese gemeinsamen Interessen gegen einen Dritten zu vertreten, dann springen Sie sofort aus der Reihe und greifen den Arbeiter an. Ich frage wozu? Weil es eine propagandistische Vorsicht ist, weil es eine Gefahr wäre, zu einer gemeinsamen Interessenvertretung von Arbeitern und Bauern zu kommen.

Wir werden aber den Ansätzen der Gruppe 7 unsere Zustimmung geben. (Abg. Karl L a c k n e r : „Na, also, endlich!“) Ich wäre schon früher fertig geworden, wenn Sie nicht so viel Zwischenrufe gemacht hätten. Ich möchte noch einmal mit dem Appell abschließen, man möge doch wirklich einmal versuchen, zu einer gemeinsamen Interessenvertretung zu kommen. Versuchen Sie es einmal, vielleicht beim nächstjährigen Budget, einem sozialistischen Redner nicht gleich massiert mit 20 Zwischenreden entgegenzutreten in dem Augenblick, wo er etwas über die Landwirtschaft sagt. Versuchen Sie einmal eine gemeinsame Plattform zu sehen und wir würden über eine solche bestimmt zu einer Lösung kommen, die beiden Parteien, Arbeitern und Bauern zugute kommt. Es gibt Beispiele dafür in Europa, wo die Bevölkerung mit dieser Vorgangsweise nicht schlecht gefahren ist. Es gibt solche Beispiele für eine gemeinsame Interessenvertretung in Europa — ich meine natürlich das freie Europa — für Bauern und Arbeiter, die nicht nur diesen beiden Ständen, sondern dem ganzen Volk zugute gekommen sind.

Aber in dem Augenblick, wo man das sagt, wendet sich Abg. Hegenbarth dagegen und versucht, den Eindruck aufkommen zu lassen, Sie wären ohnehin bereit dazu, einen solchen Weg mit uns zu gehen. Versuchen Sie zur Eintracht zu kommen und es wird hier dem Bauernstand in einigen Jahren dann auch besser gehen. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. **Neumann**: Hoher Landtag! Der Abg. Edlinger hat sich für die Sozialisten zum Debattenredner für die Bauernschaft gemacht. Ich habe an ihn in diesem Zusammenhang zwei Fragen zu stellen. Er erklärte, die Landwirtschaftsförderung des Landes Steiermark pro Betriebseinheit beträgt 859 S, im Gegensatz zu Ober- und Niederösterreich, das über eine viel stärkere ÖVP-Mehrheit verfügt und wo die Landwirtschaftsförderung pro Betriebseinheit 459 S bzw. 304 S beträgt. Ich glaube, daß die hohe Dotierung der Landwirtschaft in Steiermark deshalb gerechtfertigt ist, da wir im Gegensatz zu Ober- und Niederösterreich über ausgesprochen alpine Verhältnisse verfügen und diese hinsichtlich ihrer Fruchtbarkeit weit hinter der Fruchtbarkeit des Bodens von Ober- und Niederösterreich zurückstehen, die ausgesprochene Agrarländer sind.

Ich möchte Sie fragen, wie hoch ist die Landwirtschaftsförderung im sozialistisch geführten Land Kärnten? Sie betrug 14 Millionen Schilling insgesamt! bei einem Budget von 500 Millionen und dies im Lande Kärnten, das über viele Kleinbetriebe und ganz alpine Verhältnisse verfügt. Sie haben den

Maschinenhöfen das Wort geredet, daß diese sich ausgesprochen erfolgreich ausgewirkt haben.

Ich möchte auch hier wieder das Land Kärnten als Beispiel erwähnen, u. zw. ist Kärnten nicht nur das Land der vielen Seen, der vielen Naturschönheiten, sondern auch das Land der vielen kommunalen Maschinenhöfe. Diese kommunalen Maschinenhöfe in Kärnten haben zweierlei erreicht: erstens ein gewaltiges Defizit im Lande Kärnten und zweitens eine große Unzufriedenheit innerhalb der Kärntner Bauernschaft. Ich war vor einiger Zeit in Sankt Leonhard und habe dort festgestellt, daß hier gegen das Stubalpengebiet noch ganze Bergbauerngebiete nicht durch Wege erschlossen sind. Ich habe da gefragt und meiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß dieses Gebiet noch nicht wegmäßig erschlossen ist. In der Steiermark ist kein einziges Gebiet, das wegmäßig so wenig erschlossen wäre. Ich habe mich darüber gewundert, weil Kärnten eine sehr bauernfreundliche Einstellung durch die Maschinenhöfe bewiesen hat. Uns wäre lieber, wurde mir gesagt, Kärnten täte nicht so viel für die Maschinenhöfe und würde etwas mehr für die Wege ausgeben. Von den Maschinenhöfen haben wir bis jetzt noch nichts bemerkt, daß sie uns Vorteile gebracht hätten. Ein Bauer dort hat mir erklärt, uns ist eigentlich bei den Gemeinderatswahlen in der sozialistischen Gemeinde auch einmal erklärt worden, daß wir einen Weg erhalten werden. Seither aber haben wir vom Wegbauen nichts mehr gehört. Im Bezirk Voitsberg gibt es auch einige sozialistisch geführte Landgemeinden. Vor einiger Zeit war ich in einer solchen Gemeinde bei einer Bauernversammlung. Da steht ein Gemeinderat auf und führt Beschwerde darüber, daß der Gemeindehaushalt für die Maschinenhöfe 32.000 S Ausgaben hatte und nur 18.000 S als Einnahmen für den Zweck zu verzeichnen waren. Ja, habe ich gesagt, das ist auch den Bauern zugute gekommen. Was hat er mir darauf zur Antwort gegeben? Ich habe den Maschinenhof das ganze Jahr überhaupt nicht beansprucht. Und der zweite und dritte der anwesenden Bauern sagte mir dasselbe. Der Maschinenhof und vor allem der Traktor werden von der Bauernschaft dieser Gemeinde kaum in Anspruch genommen. Und ich mußte feststellen, daß der Maschinenhof fast ausschließlich für die Beförderung von Kohle und zu gewerblichen Zwecken benützt wird. Hier haben Sie ein Beispiel, Herr Abg. Edlinger, wie die Bauern in der sozialistischen Gemeinde denken, das sind Ihre positiven Auswirkungen der Maschinenhöfe für die Bauernschaft.

Zum Schluß eine Anfrage an Herrn Abg. Hans Brandl, der erklärte, daß die Dotierungen für die Eigenheime der Landarbeiter mit 800.000 S gänzlich unbefriedigend und unzureichend sind. Die Dotierung ist sicherlich nicht hoch und könnte höher sein, wir sind damit jedoch einigermaßen zufrieden. Ich möchte Sie da noch fragen: Wieviel gibt die Arbeiterkammer, die über viel mehr Gelder verfügt, nachdem sie ein viel größeres Ausmaß hat, wieviel gibt diese für die Eigenheime der Arbeiter aus? Bei den Sprechstunden im Industriegebiet von Voitsberg, da kommen zu mir nicht nur Bauern und Landarbeiter, sondern auch Bergarbeiter, Bauarbei-

ter und andere. Wenn ein Landarbeiter zu mir kommt und sagt: Mir fehlen für den Ausbau noch ein paar tausend Schilling fünftausend oder zehntausend, ob ich ihm nicht helfen könne, ich wendete mich vertrauensvoll an Herrn Präsidenten Brandl, ich konnte feststellen, daß ich in jedem einzelnen Fall noch immer helfen konnte; fünftausend oder zehntausend Schilling und auch mehr hat der einzelne bekommen, und wenn ein Bergarbeiter zu mir kommt, ob ich nicht auch ihm helfen könnte, oder ein Bauarbeiter, der sich ein Eigenheim baut, so tue ich dies. Ich habe jedoch bei der Arbeiterkammer immer nur verschlossene Türen vorgefunden.

Hoher Landtag! Ein altes Sprichwort besagt, daß man von seinem Nächsten nur soviel an Leistungen verlangen kann, als man selbst in der Lage und bereit ist zu leisten und auf diese Leistungen der Sozialisten, auf die warten viele Arbeiter und vor allem die gesamte Bauernschaft bis heute noch vergebens. (Beifall bei ÖVP.)

Landesrat **Prirsch**: Hoher Landtag! Vorerst zum Unterabschnitt 716 einige Worte, nämlich über das Feuerwehrwesen! Der Herr Abg. Pichler hat bereits einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der steirischen Feuerwehren im laufenden Jahr gegeben. Ich möchte nicht versäumen zu bemerken, auch im Namen des Referates und der Landesregierung, daß wir diesen steirischen Feuerwehrmännern für ihre Einsatzbereitschaft im Katastrophengebiet überaus dankbar sein müssen und ich freue mich, daß diese Dankbarkeit auch im Budget sichtbar zum Ausdruck kommt, und zwar durch die Mehreingänge aus der so oft umstrittenen Feuerschutzsteuer. Es ist immerhin möglich gewesen, die Mittel für die Feuerwehren um fast 1½ Millionen zu erhöhen. Ich glaube, daß es damit auch möglich sein wird, die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß — wie der Herr. Abg. Pichler dargelegt hat — bei den Feuerwehren noch so viele alte und unzulängliche Fahrzeuge laufen, wenigstens zum Teil abzubauen.

Hoher Landtag, in dieser Gruppe 7 befinden sich auch die landwirtschaftlichen Schulen. Auf diesem Gebiet des landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildungswesens ist das Land Steiermark führend in Österreich. Es ist überaus erfreulich, daß in den letzten Jahren eine große Anzahl von Anstalten errichtet werden konnte und daß wir heuer den großen und schönen Bau von Grottenhof-Hardt der Benützung übergeben konnten. Ich möchte fast sagen, noch erfreulicher ist es, daß der Andrang zu diesen Bildungsstätten ein überaus großer ist. Wir haben jetzt in unseren Fachschulen — die Anstalten von St. Martin, die Landesrat Prof. Koren führt, gar nicht berücksichtigt — 540 Besucher angemeldet und mußten 210 Anmeldungen wegen Platzmangels abweisen. Das ist sicher auch ein gutes Zeichen dafür, daß die steirische Landjugend größten Wert auf eine entsprechende fachliche und charakterliche Ausbildung legt. Ich sage das dem Hohen Landtag natürlich mit dem Hintergedanken, daß wir, so schwer es uns auch fallen mag, doch auch noch für eine Ausweitung auf diesem Gebiet Sorge tragen müssen.

In diesen Rahmen fällt im a.-o. Voranschlag, wo die Post festgesetzt ist, der Ausbau von Grottenhof und Hafendorf.

Ich darf sagen, daß die Steiermark auch einen Maschinenhof als Lehrwerkstätte führt. Die Besucherzahlen für diese 3wöchigen oder 14tägigen Kurse sind nicht inbegriffen in dieser Zahl, die ich genannt habe. Die Lehrwerkstätte in Alt-Grottenhof wird sehr zahlreich besucht, vor allem werden diese Kurse veranstaltet in Zusammenarbeit mit der steirischen Landarbeiterkammer und es ist von dieser Seite nicht unberechtigt der Wunsch an mich herangetragen worden, daß wir auch hier für eine weitere Aufnahmemöglichkeit Vorsorge treffen sollen. Inwieweit sich dieser Wunsch erfüllen läßt, wird von der Budgetlage des Landes abhängen.

Nun zu der großen und allgemeinen Agrardebattelle! Der Herr Präsident Wallner hat in klarer und auch von allen Seiten anerkannter Form die wichtigsten Probleme — bei Gott aber nicht alle —, die die Land- und Forstwirtschaft beschäftigen, im Hohen Haus dargelegt. Es haben sich auch die übrigen Redner zum Teil sehr eingehend und zum Teil in Vermengung und begrifflicher Vermischung mit anderen Problemen mit diesen Einzelfragen beschäftigt. Wir haben die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, daß, und das ist niemals bestritten, durch die gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung die Landwirtschaft zwangsläufig — ich gebe zu, nicht nur bei uns, sondern in der gesamten freien Welt — in Schwierigkeiten kommt. Es ist eine Tatsache, daß sich der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung mehr und mehr senkt und das ist menschlich, ich möchte nicht sagen politisch, überaus begrifflich. Ich will gar nicht von Parteien und politischen Mehrheiten reden, aber es ist eine Tatsache, daß eine Minderheit, und das ist in diesem Fall der bäuerliche Lebenskreis, in eine wirtschaftlich schwierige Situation kommen muß.

Es hat auch der Herr Präsident Dr. Stephan sehr richtig darauf hingewiesen, daß es oft so ist, daß verhältnismäßig der sogenannte einfache Mensch, der kleine Mann, diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Gegebenheiten des Bauerntums und der Landwirtschaft oft sehr viel Verständnis entgegenbringt, daß aber gewisse gehobene Kreise — Dr. Stephan spricht von Intelligenzkreisen — der Landwirtschaft sehr ablehnend gegenüberstehen. Ich muß sagen, ich zweifle nicht, daß z. B. der Herr Abg. Edlinger es mit seinen Äußerungen sehr ehrlich meint, ich muß aber zugleich sagen, beim Abg. Rösch habe ich diese Meinung zwar auch noch, aber doch mit gewissen Einschränkungen. Ich bin der Auffassung, daß der Herr Abg. Rösch es vielleicht zum Teil ehrlich meint, zumindest dort, wo er sich bemüht, wirtschaftliche Fragen mit politischen zu koordinieren.

Wir haben da zuerst einmal das heiß umkämpfte Gebiet der Milch. Wenn man heute die Sozialisten hört — und wir haben ja heute dank Ihrer Bemühungen das Vergnügen und die Freude gehabt, diese Diskussionen zu führen — so ist es letzten Endes

doch eine Freude festzustellen, daß auch Sie an diesen Dingen einen solchen Anteil nehmen. Und damit glaube ich, Herr Kollege Rösch, nähere ich mich Ihren Ausführungen wenigstens zum Teil. Aber, meine Damen und Herren, Sie müssen uns doch zugeben, daß die breite Masse der Bevölkerung und vor allem jene Teile, die es betrifft, also Konsumenten und Produzenten, außer hören, Gott sei Dank auch denken können.

Wenn man heute die Dinge so hinstellt, als ob nur die politische Widerspenstigkeit oder die politische Engherzigkeit oder der Monopolanspruch des Bauernbundes oder der ÖVP diese Milchfrage und ihre Lösung verhindert hätten, dann muß ich schon sagen, dann muten Sie dem gesunden Menschenverstand etwas viel zu. Schauen Sie nur etwas zurück! Das sozialistische Organ der Steiermark hat am 1. Oktober 1955, also vor der letzten Milchpreiserhöhung im Jahre 1956, folgendes geschrieben, und zwar aus einer Rede des Herrn Vizekanzlers — damals noch Nationalrat — Dr. Pittermann: „Der Österreichische Bauernbund hat mit voller Unterstützung der ÖVP-Presse eine Erhöhung des Milchpreises verlangt. Die vom ÖVP-Bauernbund vorgeschlagene Milchpreiserhöhung würde daher der Landwirtschaft — o Schreck und Graus! — Mehreinnahmen verschaffen.“ Meinen Sie, daß wir Ihnen glauben können, derselbe Dr. Pittermann würde vor Sorge zerfließen, damit er unseren Milchpreis erhöhen kann? Das können Sie unserer Bevölkerung in Stadt und Land doch nicht zumuten. (Abg. Rösch: „Dr. Kamitz hat wörtlich dasselbe erklärt.“) Ich werde noch mehr vorlesen müssen. Sie dürften nicht die ganz richtigen Unterlagen haben. Sie haben die „Kleine Zeitung“ gehabt. Bei Ihnen ist die Landwirtschaft klein geschrieben.

Vielleicht darf ich da noch etwas sagen, ohne die Zeitungen zu bemühen. Sie haben z. B. ein Schreiben angeführt und haben gesagt, in Schweden sei die Milchfrage durch eine entsprechende Senkung des Milch- und Butterpreises für die Konsumenten zur Zufriedenheit aller gelöst worden. Ich kann das nicht überprüfen. Ich weiß aber aus sicherer Quelle, daß Schweden mit der sozialistischen Regierung heuer Butter um 3'20 Schwedenkronen nach England geliefert hat, während im Inland der Konsumentenpreis 7'45 Schwedenkronen betrug. Der Unterschied ist der, daß man in Schweden das nicht den Bauern angerechnet hat, sondern daß man hier durch staatliche Zuschüsse die Ausfuhr entsprechend subventioniert hat. Aber Sie werden natürlich sagen, die „Neue Zeit“ von 1955, das ist nicht mehr das Richtige, das ist schon lange vorbei. Ich habe mir daher den „Arbeitsbauernbündler“ vom 21. Juni 1958 hergenommen und was wird hier geschrieben? 1. Seite, offiziell von jenem Teil Ihrer Partei, der eigentlich die agrarpolitischen und wirtschaftlichen Fragen vertreten soll, der diese Dinge in Ihrem Kreis mundgerecht machen soll. Ich glaube, das soll die Aufgabe des „Arbeitsbauernbündlers“ sein. Was schreibt nun der österreichische „Arbeitsbauernbündler“? Er schreibt: „Vor Jahren, als der sogenannte Milchkrieg auf dem Höhepunkt stand, da haben wir den Vorschlag eines Milchpreises von

S 1'70 je Liter gemacht. Das war im Jahre 1956. Bei diesem Milchpreis wäre die mit dem Milchpreis von S 1'90 eingetretene Milchschwemme nie eingetreten. Heute ist es so weit, daß der Milchpreis für die Produzenten mit S 1'70 nach 2 Jahren praktisch Wirklichkeit wird.“ Sie können uns und der Bevölkerung doch nicht weismachen, daß Sie jetzt plötzlich Ihr Herz wegen des 15-Groschen-Krisenfonds entdeckt haben, während Sie im Juni dieses Jahres noch erklärten, man hätte den Bauern nie mehr geben dürfen als S 1'70. Wissen Sie, was diese 20 Groschen für die österreichische Bauernschaft seit 1956 ausmacht? Das macht 600 Millionen S aus, und Sie, lieber Herr Kollege Rösch und ich, werden noch auf diese noble Begründung zurückkommen. Sie sagen, jetzt müssen die armen Bauern 190 oder 170 Millionen Schilling zahlen. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, würden wir auch diese Milchschwemme gehabt haben, nur mit dem Unterschied, daß wir dann von den vom Arbeitsbund vertretenen S 1'70 auch noch die 15 g abziehen hätten müssen. Das ist doch die Wahrheit. (Zwischenruf: „Das ist eine Vermutung.“) Das ist keine Vermutung. Ich glaube deshalb, daß man hier in dieser Frage wirklich nicht allzu laut nur Propaganda machen soll, weil man damit nicht nur dem Arbeitsbauernbündler nicht nützt, sondern auch der Organisation und der Partei nicht nützt, wenn man wirklich unwahr ist.

Ich möchte bei der Gelegenheit auch auf eine zweite Frage eingehen, auf die Frage des Landwirtschaftsgesetzes. Auch hier wird versucht, die Dinge so darzustellen, als ob erstens die Uneinigkeit in der ÖVP das Gesetz wesentlich verhindert hätte und zweitens, die maßlosen Forderungen der ÖVP oder des Bauernbundes es mit sich gebracht hätten, daß die Sozialisten diesem Landwirtschaftsgesetz nicht zustimmen können. Nun, ich muß sagen, das Marktordnungsgesetz ist nicht mit dem letzten Entwurf identisch. Der letzte Entwurf, zu dem sich die ÖVP in ihrer Gesamtheit bekannt hat, würde der Landwirtschaft und damit der Volkswirtschaft Vorteile bieten. Daß sich der Landwirtschaftsminister gewehrt hat, daß praktisch die Verlängerung der bereits seit Jahren vorhandenen Wirtschaftsgesetze als Landwirtschaftsgesetz bezeichnet wird, ist selbstverständlich. (Abg. Rösch: „Aus optischen Gründen!“) Wir können der Bevölkerung mit Recht sagen, das Landwirtschaftsgesetz ist am Widerstand der Sozialistischen Partei gescheitert. Ich bin nicht so leichtgläubig wie die sozialistische Korrespondenz, die mit Stolz und Zynismus erklärt hat, „das Landwirtschaftsgesetz ist endgültig erledigt und abgelehnt“. Aber Sie reden beim Landwirtschaftsgesetz mit Vorliebe von den Marktordnungsparagrafen. Uns wäre es vor allem darauf angekommen und wird es darauf ankommen, daß auch der grüne Bericht in Österreich aufscheint. Ich weiß, Sie haben an der Planung und Bewirtschaftung nur so lange Interesse gehabt, so lange die Not war und so lange man mit diesem Gesetz die Not bekämpfen, aber auch der Landwirtschaft den gerechten Lohn und Preis vorenthalten konnte. Weil wir für die Not Verständnis gehabt haben, haben wir diese Bestimmungen mit beschlossen, und weil wir uns seit 1945 immer in dieser von Ihnen klar geschilderten

Zwangslage befunden haben. Vielleicht war es im allgemeinen gut so, für die Landwirtschaft jedenfalls brachte es nur Nachteile. Und wenn die sogenannte Koalition oder wie immer Sie diese Zusammenarbeit bezeichnen wollen, in Österreich zum Scheitern kommt, dann nicht zuletzt deshalb, weil das Opfer dieser Koalition seit Jahren, und nicht erst seit dem Landwirtschaftsgesetz, die österreichische Landwirtschaft ist.

Ich habe hier auch eine parteifreie Zeitung, den „Volksboten“. Ich glaube sie dürfte auf derselben Ebene liegen wie die „Kleine Zeitung“. Eine völlig freie und unabhängige Zeitung. Dieser Volksbote, der oft auch den Sozialisten sehr entgegenkommt, schreibt in seiner Nummer vom 4. Oktober: „2 Jahre lang bemühen sich die österreichischen Bauernvertreter um das Landwirtschaftsgesetz. 2 Jahre lang blockieren es die Sozialisten schon. Sie können sich nicht gut darauf ausreden, die Situation nicht zu kennen. Sie kennen auch die Notwendigkeit, zu der es gebieterisch drängt. Wann werden sie daraus die Konsequenzen ziehen? Wir hoffen, ehe es zu spät ist.“

Hohes Haus! Aber der „Arbeitsbündler“ schreibt am 15. November 1958 unter der großen Überschrift „Perserteppe in Bauernhäusern“ einen Artikel. Ich weiß nicht, ob das der Klimaverbesserung dient. (Abg. R ö s c h : „Da haben Sie recht, wie man in den Wald ruft, tönt es zurück!“) Ich weiß nicht, wo diese Zeitung gelesen wird. Wahrscheinlich nicht nur in Ihrer Partei. Ob da nicht in völliger Unschuld in den Reihen der Wiener Leitung der Eindruck entsteht, ja, wenn der „Arbeitsbauernbündler“ schon als Überschrift bringt, „Perserteppe in Bauernhäusern“, dann hört sich doch alles auf und da reden die Bauern noch immer davon, daß sie ihren Krisenfonds nicht zahlen wollen. Daß dann natürlich, Hohes Haus, noch die übliche klassenkämpferische Differenzierungsmethode folgt, entspricht das auch noch Ihren Gedankengängen, die Sie zum Ausdruck gebracht haben?

Nun, Hohes Haus, ich darf vielleicht auch noch auf eine Frage zurückkommen, die uns in der Steiermark große Sorgen bereitet und die überhaupt in Österreich in Hinblick auf die kommende europäische Wirtschaftsgemeinschaft viele Schwierigkeiten bringen wird, nämlich die Frage des Kleinbesitzers und die Frage der Bergbauern. Man kann sich zu dem Standpunkt bekennen, dieser Kleinbesitz — an dem Ihnen nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Edlinger scheinbar doch etwas liegt — hat heute im Zeitalter der Sputniks keine Berechtigung mehr. Die Besitze in schlechten Lagen haben auch keine Berechtigung mehr. Man kann sich, wie gesagt, zu dieser Auffassung bekennen, aber wenn man sich dazu bekennt, dann darf man für die übrige Wirtschaft nicht so düstere Prognosen stellen, wie das Ihr Generalredner gemacht hat, sondern man muß der festen Überzeugung sein, daß die übrige, die industrielle und gewerbliche Wirtschaft in der Lage sein werden, nicht morgen und übermorgen, sondern auch schon heute, entsprechende zusätzliche Kräfte aus der Landbevölkerung aufzunehmen. Dann dürfen wir unsere

Landjugend nicht mehr in landwirtschaftliche Schulen schicken. Wir müssen sie schließen und sagen, geht in die Fabriken, denn die österreichische Industrie und das österreichische Gewerbe sind derart krisenfest, daß einige tausend Arbeitskräfte mehr oder weniger gar keine Rolle spielen. Man kann diesen kleinen Existenzen das Wirtschaften nicht auf der einen Seite unmöglich machen und auf der anderen Seite von den kommenden Schwierigkeiten, die sicher auch zum Teil kommen werden, reden, und man kann nicht sprechen von der Wohnungsnot, wenn man die Leute von dort, wo Wohnungen sind, abwirbt und vertreibt. (Rufe: „Sehr richtig!“)

Wir müssen die Dinge immer im gesamten Zusammenhang betrachten und nicht nur von einer Seite. Deshalb muß ich wieder sagen, es schaudert mich, wenn ich die „Arbeiterzeitung“, Ihr offizielles Blatt vom 18. September 1958 in die Hand nehme; also in einer Zeit, wo die Milchfrage, wo das Landwirtschaftsgesetz, wo Dr. Pittermann seine Bemerkungen zur Landwirtschaft groß geschrieben hat, zur gleichen Zeit schreibt das offizielle Blatt der Sozialistischen Partei: „Bergbauernfrage ohne Mythos: Man wird diesen Leuten — gemeint sind die Bergbauern — die nur als Rentner der Gesamtheit bei schwerer Arbeit kärglich existieren können, einen besseren Dienst erweisen, wenn man sie in andere Produktionszweige hinüberführt, wo ihre Leistungen besser verwertet werden. Eine wohlorganisierte Aufforstung der von der Landwirtschaft aufgelassenen Böden unterbindet auch die Gefahr der Entwaldung und sichert eine weit ergiebigere Nutzung. Alle rührseligen Argumente von der „geheiligten Heimat“ und daß jeder Bergbauer als „Kinderproduzent“ und als „Standsschütze für die Freiheit“ erhalten werden muß, sind in Wirklichkeit nur Vorwände für den zynischen Versuch einer Minderheit, die Landleute einzuordnen; sie sollten leben, wie vor 200 Jahren. Auch das Argument, daß wir die Lohnarbeit der Bergbauernhöfe nicht entbehren können, wackelt sehr, da gerade die Bergbauern in ungünstiger Lage über ihre eigene Selbstversorgung hinaus nie etwas Nennenswertes auf den Markt liefern.“ Ich muß sagen, das ist nicht nur sozialistisch, das ist Materialismus und Marxismus in Reinkultur.

Hohes Haus! Ich muß die Klarheit und die Wahrheit, wie sie sich u n s zeigt, ins Licht stellen, vielleicht bringt das die Möglichkeit besseren Zusammenfindens, dies vor allem dann, wenn auch Sie hier, bevor Sie sich an uns wenden, ein e i g e n e s „mea culpa“ sprechen. In der „Zukunft“, einer sozialistischen Monatsschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, schreibt ein Herr Ernst Guggenbacher über „Die Grenzen der Landwirtschaft“. Er behandelt u. a. das Kapitel über Landflucht. „Käme man den Wünschen der Landwirtschaft nach einer verstärkten Produktion zu weit nach, so würde“ — hören Sie — „die segensreiche Landflucht noch mehr gedrosselt und eine Überproduktion tritt ein mit einem viel zu hohen Aufwand.“ Ich möchte nur wünschen, Hohes Haus, daß uns in Österreich auch in den kommenden Jahrzehnten die Sorge wegen der Überproduktion auf landwirtschaftlichem Gebiet

bedrängte und nicht einmal die Zeit, das Leben geht sehr rasch dahin, mit dem Gegenteil uns Sorgen bringt.

Hohes Haus! Wenn ich also hier diese Pressestimmen zusammenfasse, dann muß ich schon sagen, man wird es nicht nur uns, sondern der gesamten Bevölkerung in Stadt und Land sehr schwer machen, den Sozialisten zu glauben, daß sie nun ausgesprochene Bauernfreunde geworden sind. Es hat Präsident Wallner sich mit diesem Flugblatt „Steirisches Landvolk“ befaßt, ich bin Abg. Edlinger sehr dankbar, daß er gesagt hat, das haben wir gemacht, hier kommt das nicht zum Ausdruck. (Abg. Wegart: „Das ist der Gimpelfänger Rösch.“) (Abg. Rösch: Wir können doch die Bauern nicht als Gimpeln bezeichnen, Wegart!) Hier wird versucht, das ist nicht zu bestreiten, mit fliegenden Fahnen für die Parteipolitik Stimmung zu machen. Ich muß sagen, warum bleiben Sie nicht bei Ihrer bekannten Organisation? Warum nennen Sie sich jetzt „Steirisches Landvolk?“ Läßt das nicht auch gewisse Vermutungen offen? Haben Sie mit ihrem „Arbeitsbauernbund“ schon abgehaust, daß Sie es jetzt unter einer neuen Organisation versuchen. Die Prominenten sind ganz dieselben wie beim Arbeitsbauernbund. Ich will mich nicht in Ihre Sachen einmischen, es ist das einer so großen Partei, wie Sie es sind, unwürdig, daß Sie es immer wieder versuchen, durch sogenannte neutrale Organisationen Fuß zu fassen.

Hohes Haus! Ich bin der Meinung, daß erstens einmal die Frage der Milchwirtschaft einer entsprechenden Ordnung zugeführt werden muß. Ich würde nicht wünschen, daß wir bei der Milchwirtschaft nicht einen gewissen Exportüberschuß haben. Für die gesamte Versorgung Österreichs ist es immerhin besser, daß wir — selbst auf Kosten des hart errungenen Milchpreises — gewisse geringe Mengen ausführen. Nun zu einer Frage noch! Wir sind für jede Aktion zu haben und würden es begrüßen, wenn die Butter auf den Margarinepreis gesenkt werden könnte. Was wir aber verlangen müssen, ist, daß der Betrag von 1 Schilling 90, der der Bauernschaft offiziell zugestanden wurde, auch unter solchen Verhältnissen garantiert ist. Wenn Vizekanzler Dr. Pittermann erklärt — er erklärt auch sehr gerne —, wir garantieren der österreichischen Landwirtschaft die 1 Schilling 90, dann werden wir zu allem bereit sein. Dann kann der Herr Sozialminister oder die ganze Regierung die Butter verwerten, wie sie will. Bis jetzt, und da könnte ich Ihnen noch einige Zeitungsartikel zitieren, hat die ganze Spiegelfechtereie um den Milchpreis von Ihrer Seite nur einen Zweck gehabt: den Milchpreis von 1'90 herunterzudrücken, zumindestens auf Kosten, die der „Arbeitsbauernbündler“ uns noch im Juni als das Alpha und Omega angeboten hat, nämlich auf 1'70. Im übrigen würde ich doch bitten, daß sich der Herr Vizekanzler bei derartigen Fragen einen neuen Berater sucht. Herr Abgeordneter Rösch, ich habe fast die Vermutung, daß er dabei Ihnen in die Hände gefallen ist. Das würde ihn ja auch entschuldigen. Wäre er dem Edlinger in die Hände gefallen, würde er besser beraten sein. (Abg. Rösch:

„Aber eine Verdrehung muß hineinkommen!“) Wenn Sie sagen, Sie sind nicht dabei gewesen, dann will ich das gerne zur Kenntnis nehmen.

Hoher Landtag, darf ich noch ganz kurz auf die Ausführungen hinsichtlich der Landarbeiterkammer zurückkommen. Ich freue mich, daß der Abgeordnete Hans Brandl dem Abgeordneten Präsidenten Gottfried Brandl das Zeugnis ausgestellt hat, daß es in der Landarbeiterkammer korrekt zugeht. Aber das haben wir schon immer gewußt, auch schon vor der letzten Kammerwahl. Ich darf Ihnen versichern, Herr Abg. Hans Brandl, wir werden den Wohnungsbau der Landarbeiter so wie bisher auch weiterhin aus dem allgemeinen Fonds gern unterstützen. Es sind nicht wenige Land- und Forstarbeiter, die durch die Wohnbauförderung schon zu einem Häuschen gekommen sind. Wir werden diesen Weg gerne fortsetzen und wenn die Landarbeiterkammer auch verstärkte Wünsche hat, dann werden wir angesichts der Lage, die Sie geschildert haben, auch sicherlich die Dinge forcieren, denn ich bin überzeugt, daß wir so dem sozialen Wohnungsbau am besten dienen können. Aber wenn Sie einen Antrag gestellt haben, den Sie dann wieder fallen ließen, nämlich, die Mittel der Kleinlandwirtehilfe herauszunehmen, dann kann ich dazu nur sagen, daß man nicht einem armen Teufel etwas wegnehmen und es dafür dem anderen geben soll. Da müssen Sie sich schon bessere Objekte aussuchen als ausgerechnet die kleinen Landwirte. Ich habe schon im Ausschuß Gelegenheit gehabt, darüber zu sprechen. Ich glaube, daß ich das ausführlich getan habe. Wenn Sie sagen, daß Sie mir da nicht ganz trauen, so bedauere ich das aufrichtig, aber wie gesagt, ich darf versichern, wir bemühen uns wirklich, möglichst gerecht diese Mittel zu verwalten und zu verteilen. Der Durchschnittssatz beträgt bei diesen Kleinlandwirtebeihilfenempfängern 4900 S; damit kann man wirklich nicht allzu große Sprünge machen.

Hoher Landtag, lassen Sie mich abschließend noch einmal die Statistik zur Sprache bringen. Es ist festgestellt, daß die Landwirtschaft — der Herr Präsident Stephan behauptet 34%, nach meinen Zahlen sind es 38% — der in ganz Österreich geleisteten Arbeitsstunden verrichtet. Dafür erhält sie 13'2% des Volkseinkommens. Heute ist die Frage der Unterbewertung in der Landwirtschaft nicht mehr eine Frage der Wirtschaft, sondern sie ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit geworden. Ich glaube, daß man diese Dinge einmal von diesem Standpunkt aus betrachten soll. Wenn selbst im Parlament unwidersprochen hingenommen wurde, daß heute das Einkommen der in der Landwirtschaft als volle Arbeitskraft Tätigen — und ich darf sagen, daß die Bäuerin hier nur zur Hälfte gerechnet ist — mit einem Betrag von monatlich 685 S anzunehmen ist, Hohes Haus, dann müßte das eigentlich auch der Regierung ob mit oder ohne Koalition zu denken geben, und dann dürften solche Dinge, wie das Landwirtschaftsgesetz und die Milchfrage nicht zu einer Frage der politischen Haltung, sondern nur mehr zu einer solchen der sozialen Gerechtigkeit gemacht werden. Ich glaube, daß diese Zahl, diese 685 S als Einkommen für eine volle Arbeitskraft in der Landwirtschaft doch jedem zu denken geben muß.

Hoher Landtag, ich danke Ihnen allen für die Aufmerksamkeit und darf noch einmal darauf hinweisen, daß niemand so groß und so mächtig in diesem Land ist, daß er sich nicht auch mit diesen Problemen beschäftigen müßte und ich bin auch überzeugt, daß niemand so gering und so einflußlos im Lande ist, daß er nicht auch auf diesem Gebiet durch sein gutes Herz oder seinen klaren Verstand zur Lösung dieser schwierigen Fragen beitragen könnte. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Wurm**: Ich hätte mich nicht zu Worte gemeldet, wenn mich nicht Herr Abgeordneter Neumann herausgefordert hätte. Ich habe noch die Zeit in Erinnerung, wo die Vertreter der Landwirtschaft erklärten, die Löhne der Arbeiter seien viel zu hoch, es könne den Bauern nur besser gehen, wenn die Forderungen der Arbeiter unterbunden werden. Es wurden daraufhin die Löhne reduziert und die Arbeiter konnten noch viel weniger die Produkte des Bauern kaufen.

Diese Auseinandersetzungen zwischen den Bauern und den Arbeitern führten dann zu den Ereignissen des Jahres 1934. Ich kam damals zur Überzeugung, daß die Bauern und Arbeiter sich nicht bekämpfen sollten, sondern daß es notwendig ist, daß Bauern und Arbeiter zusammenstehen. Kann der Bauer seine Produkte absetzen, dann wird er umgekehrt der Industrie die Waren abkaufen und die Arbeiter haben Arbeit und Verdienst.

Wir haben uns im Hause schon einige Male mit Fragen der Landwirtschaft beschäftigt. Ich kann mich erinnern, daß Herr Landesrat Pirrsch schon einige Male die Schwierigkeiten, besonders der Bergbauern, aufzeigte und wie schwierig es ist, diesen Kleinbauern zu helfen. Früher war es möglich, daß die Bergbauern im Winter Loden erzeugten, jetzt ist auch das nicht mehr möglich, da die Fabriken den Loden wesentlich billiger herstellen können. Zu dem gleichen Preis müßten die Bauern verhungern. Die Frage, wie können wir den Bauern für die Dauer retten und ihm helfen, kann noch niemand beantworten. Im Bezirk Voitsberg, in dem ich aufgewachsen bin, gab es damals im Ort Köflach 15 große Bauernhöfe, die zur Gänze verschwunden sind. Die Bauern haben in der Industrie und im Gewerbe ihren Unterhalt gefunden und ihre Höfe aufgegeben. In der Gegend von Söding und Stallhofen habe ich bekannte Bauern. Von einem Hof sind die Eltern gestorben, nun haben 7 Kinder das Erbe übernommen und nun gibt es Schwierigkeiten bei der Teilung. Ich weiß noch nicht, wie dieser Streit enden wird und ob der Besitz in den Händen eines der Kinder verbleiben wird. Diese Teilung zerstückelt immer mehr landwirtschaftliche Betriebsflächen und zum Schluß bleibt nichts mehr übrig, was lebensfähig wäre. Es ist sicher ein ernstliches Problem, das wir zu behandeln haben und es müßte mit Überlegung behandelt werden.

Wenn wir zur Milchproduktion Stellung genommen haben, so deshalb, weil wir der Meinung sind, daß die Bauern, auf Bundesebene gesehen, nicht richtig planen. Ich könnte mir vorstellen, daß in Niederösterreich der Getreidebau forciert wird, wo-

gegen in der Steiermark die Viehzucht und die Milchproduktion zu fördern wäre. Gebirgsbauern können zum Großteil kein Getreide bauen, für sie bleiben nur die Viehzucht und die Milchwirtschaft. Wenn man die Statistiken ansieht, dann findet man, daß sowohl in Niederösterreich als auch in Oberösterreich die Milchproduktion ständig steigt. Nach meiner Auffassung wäre es möglich, sich doch zu einigen, daß der Gebirgsbauer Viehzucht betreibt und Milch produziert und im großen Ausmaße im flachen Gebiet Getreide gebaut wird.

Herr Abgeordneter Neumann wirft der Arbeiterkammer vor, daß sie keine Beträge für den Wohnhausbau zur Verfügung stellt. Ich stelle hiezu fest, daß die Arbeiterkammer noch keinen Groschen vom Land in irgendeiner Form erhalten hat und die Vertreter der Arbeiterkammer haben auch noch keine Unterstützung angefordert. Die Arbeiterkammer leistet auch für die steirische Wirtschaft Dienste, so wie die Gewerbekammer. Die Gewerbekammer bekommt hiefür auch ihre Anerkennung in Form von Unterstützungsbeträgen. Hier im Hause kann kein Abgeordneter den Vertretern der Arbeiterkammer den Vorwurf machen, daß die Geldmittel der Arbeiterkammer nicht richtig verwendet werden. Die Beiträge für die Kammerumlage werden von allen Fraktionsangehörigen, soweit sie kammerzugehörig sind, bezahlt, daher ist die stärkste Fraktion, und zwar die sozialistische Fraktion, der Meinung, daß auch alle ein Kontrollrecht über die Ausgaben haben. Es ist daher ein Kontrollsystem eingerichtet, in dem alle Fraktionen vertreten sind. Herr Landeshauptmann Krainer hat einmal zwangsläufig die Arbeiterkammer übernehmen müssen, er müßte mir bestätigen, daß die Kassengebarung in vollster Ordnung durchgeführt wurde. Hätten wir die notwendigen Geldmittel, dann möchten wir auch Mittel für den Wohnhausbau zur Verfügung stellen. (Abg. Dr. Rainer: „Ein Kammergebäude müssen Sie bauen!“) Ja, wir mußten Räume schaffen, damit wir Wohnungen frei bekommen. In Liezen machte man uns ja den Vorwurf, daß wir für unsere Kanzleiräume den Mietern Wohnungen nahmen. Auch in Leibnitz müssen wir ein Kammergebäude errichten, da wir derzeit in einem Gebäude sind, welches der Handelskammer gehört. Herr Kammeramtsdirektor Kurzbauer traf mit mir eine Vereinbarung, solange zuzuwarten, bis das kammereigene Gebäude fertiggestellt ist. In Kürze werden wir in Leibnitz ein Kammergebäude erbauen und der Handelskammer, die diese von uns heute benutzten Räume dringend benötigt, zurückstellen. Es wurde auch das Kammergebäude und das Saalgebäude in der Strauchergasse errichtet. Wir brauchen daher die Geldmittel, um Räume zu schaffen, die die Arbeiterbetreuung dringend benötigt. Sowohl die Landwirtschaftskammer als auch die Landarbeiterkammer bekommen vom Land Zuschüsse für den Zweck, daß sie Darlehen für Wohnhausbauten gewähren. Insgesamt sind dies 6,2 Millionen Schilling. Soweit wir die Finanzgebarung der Landwirtschaftskammer kennen, werden von den Mitgliedern 18 Millionen Schilling eingezahlt, wogegen die Personalkosten allein 21 Millionen Schilling betragen. Sie kann daher von den Mitteln, die sie von den Mitgliedern

einnimmt, überhaupt keine Zuschüsse bezahlen. Die Landarbeiterkammer nimmt insgesamt 2 Millionen Schilling ein, muß den Beamtenapparat bezahlen und gewährt Darlehenszuschüsse von rund 3'8 Millionen Schilling. Diese Beiträge stellt das Land zur Verfügung und die Landarbeiterkammer nimmt nur die Verteilung vor.

Ich möchte Herrn Abgeordneten Neumann nur sagen, daß es notwendig ist, daß Arbeiter und Bauern zusammenstehen. Nur dann kann es in Österreich und in der Steiermark eine Aufwärtsbewegung der Wirtschaft geben. Wenn wir uns aber gegenseitig bekämpfen, dann wird der steirischen Wirtschaft und noch viel weniger der steirischen Bevölkerung geholfen sein. (Beifall bei SPÖ.)

2. Präsident **Operschall**: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich erteile daher dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Ebner**: Hohes Haus! Es wurde in sechsständiger Dauer über die Gruppe 7 verhandelt. Ich will der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß alle die Wünsche, welche berechtigterweise zum Vortrag gebracht wurden und welche beweisen und bestätigen, daß eine Gruppe von Menschen in unserem Lande den anderen Gruppen weit aus zurückgestellt ist, ihre Erfüllung finden, daß hier ein Ausgleich erfolgen kann. Zu diesem Zweck wünschen wir sehnlichst, daß bei Erstellung des nächsten Budgets die Finanzlage des Landes so sei, daß alle berechtigten Wünsche, welche heute hier vorgetragen wurden, entsprechend berücksichtigt werden und daß sie im Budget dann ihren Niederschlag finden. Das würde nicht nur der Bauernschaft und den Kleingewerbetreibenden, sondern dem gesamten steirischen Volke dienen.

Ich darf namens des Finanzausschusses den Antrag stellen, den Ansätzen, wie sie in der Budgetvorlage verzeichnet sind, Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und er suche die Abgeordneten, die der Gruppe 7 mit den beantragten Abänderungen ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 7 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 8: „Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen.“

Berichterstatter ist Herr Abg. Ertl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Ertl**: Hoher Landtag! Die Gruppe 8 beinhaltet in Abschnitten und Unterabschnitten die Landesbahnen, Unternehmen der Verkehrsförderung, land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, die da sind die landwirtschaftlichen Betriebe, forstwirtschaftliche Unternehmen, dann weitere industrielle und gewerbliche Unternehmen und sonstige Unternehmen. Die gesamten Ausgaben betragen 45,170.900 S, die gesamten Einnahmen 13,993.300 S. Der Finanzausschuß hat sich auch mit

der Gruppe 8 eingehend befaßt und die einstimmige Genehmigung beschlossen.

Ich beantrage, das Hohe Haus wolle der Gruppe 8 seine Zustimmung geben.

Abg. **Dr. Assmann**: Hoher Landtag! Die Gruppe 8 befaßt sich mit wirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen des Landes, also mit jenen Betrieben land-, forstwirtschaftlicher und gewerblicher Art, bei denen das Land Steiermark beteiligt oder zur Gänze Eigentümer ist. Bevor ich im Zusammenhang damit auf einige Unternehmen zu sprechen komme, möchte ich mir gestatten, einen grundsätzlichen Standpunkt der ÖVP in der Frage der Beteiligung öffentlicher Gebietskörperschaften an wirtschaftlichen Unternehmungen darzulegen.

Nach unserer Meinung soll eine öffentliche Gebietskörperschaft wirtschaftsfördernd wirken, eine öffentliche Gebietskörperschaft soll in wirtschaftlichen Belangen eine entsprechende Initialzündung geben, sie soll ferner dort ordnend eingreifen, wo es im Interesse und zum Wohle aller gelegen ist. Die öffentliche Hand soll aber nie in den Fehler verfallen, zu glauben, sie könnte ein wirtschaftliches Unternehmen besser und sparsamer führen, als dies der Private zu tun in der Lage ist. Es gäbe eine Reihe von Beispielen, aus denen nachzuweisen wäre, daß die öffentliche Hand nicht immer sehr glücklich da und dort gewirtschaftet hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie müssen berücksichtigen, daß, wenn die öffentliche Hand den Unternehmer spielt, auf gewisse Dinge Rücksicht zu nehmen ist, die in der normalen Wirtschaft eigentlich wegfallen können. Stellen Sie sich nur vor, wie oft dabei die Politik eine Rolle spielt und wie sehr auf den Proporz da und dort geachtet werden muß. Ich glaube, daß wir wohl uns zu der Meinung bekennen werden müssen, daß letztlich die fachliche Leistung als einzige zu entscheiden hat. In bezug auf die Wirtschaftsförderung, die dem Lande und auch dem Bunde gegeben ist und die sicherlich auch in den letzten Jahren schon entsprechende Ansätze und Bemühungen gezeigt hat, darf ich feststellen, daß wir uns weiterhin größte Mühe geben müssen, uns für die Wirtschaft einzusetzen. Ich hoffe, daß diese Tendenz, die immerhin in der Steiermärkischen Landesregierung zu spüren ist, auch im nächsten Jahr anhalten wird.

Unter Wirtschaftsförderung verstehe ich auch zum Beispiel, daß vom Staat eine Zollpolitik betrieben wird, die es der inländischen Wirtschaft ermöglicht, auch mit der ausländischen Konkurrenzfähig zu bleiben. Die Agrarpolitik darf auch nicht vergessen werden und auch nicht die Steuerpolitik, die nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die weitere Zukunft die Entwicklung der Wirtschaft sichern soll. Vielleicht darf ich dazu das Beispiel aus dem Landwirtschaftssektor anführen, daß eine Kuh, die gemolken werden soll, auch gut mit Futter versorgt werden muß. Wenn die öffentliche Hand irgendwo an der Wirtschaft Beteiligung hat, dann muß sie diesen Dingen Rechnung tragen, wie dies im Fall der Stewag zu geschehen hat. Das Land ist zur Gänze Eigentümer

und kann natürlich verlangen und auch erfreulicherweise feststellen, daß von diesem Unternehmen, das nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt wird, sparsam und intensiv gewirtschaftet wird. Das geht auch aus dem Bericht der Steweag hervor. Es geht auch daraus hervor, daß die Steweag in der Lage ist, neue Kraftwerke aus eigenem zu finanzieren, nicht nur zum Glück für das Unternehmen, sondern für alle, die darin beschäftigt sind. Auch anlässlich der letzten Strompreisregelung ist es gerade der Steweag möglich gewesen, diese in einem äußerst erträglichen Ausmaß zu halten. Außer, daß wir als Land darauf zu sehen haben, daß die Steweag wirtschaftlich und sparsam geführt wird, ist es auch unsere Pflicht, diesem Unternehmen auch für die Zukunft eine gewisse Entwicklungsmöglichkeit zu sichern. Das Land muß auch daran interessiert sein, daß wir unseren gesamten Strombedarf an Art und Menge durch eine eigene Landesgesellschaft decken können und den Preisvorteil, den wir gehabt haben, wollen wir uns auch für die Zukunft sichern. Wir haben schon dadurch eine Einbusse erlitten, daß uns durch das 2. Verstaatlichungsgesetz das DKW Voitsberg genommen wurde, was mit ein Grund ist, daß die Steweag zum Teil zusätzlichen und teuren Strom von der Verbundgesellschaft kaufen muß.

Es wird also unsere Aufgabe sein, wie ich schon erwähnt habe, die Entwicklung dieses Unternehmens auch für die Zukunft zu sichern und sofern es sich um Wasserkraftwerke handelt, glaube ich, daß alle hinreichend darüber informiert sind, wo die einzige Möglichkeit für einen weiteren Ausbau besteht. Erfreulicherweise darf ich feststellen, daß vom Aufsichtsrat der Steweag vor einigen Tagen beschlossen wurde, daß in Altenmarkt an der Enns ein neues Kraftwerk gebaut wird. Ich halte es für notwendig, daß die Landesregierung sich auch dahingehend wirtschaftsfördernd einschaltet, daß man der Steweag auch irgendwie zu bedenken geben muß, daß im Hinblick auf den immer größer werdenden Kohlenvorrat es doch zweckmäßig wäre, doch noch irgendwo ein Dampfkraftwerk außer dem jüngst in Pernegg errichteten zusätzlich aufzustellen. Im Interesse des Rückganges beim Kohlenbergbau könnte ich mir vorstellen, daß es sich in diesem Fall nur um ein kalorisches Kraftwerk auf Kohlenbasis handeln kann.

Wenn ich schon davon gesprochen habe, daß der Kohlenbergbau im Rückgang begriffen ist, so ist es vielleicht interessant, hiebei zu erwähnen, daß dies nicht nur eine österreichische Erscheinung ist, sondern daß dies auch für das Ausland, im besonderen für Westdeutschland in den letzten Monaten zutrifft. Die Investitionen im Kohlenbergbau in den letzten Jahren waren vor allem darauf abgestimmt, die Produktion mengenmäßig zu erhöhen, man hat aber dabei die Verbilligung und Rationalisierung nicht so sehr im Auge gehabt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir daran interessiert sind, unsere steirische Kohlenwirtschaft entsprechend zu unterstützen, so könnte ich mir vorstellen, daß wir z. B. Kraftwerke im Raum von Bergla auf Kohlenbasis aufstellen könnten. Es ist natürlich schon so, daß die Umstel-

lung auf kalorischen Strom weitere Auswirkungen mit sich bringt, aber diese sind dann eben gegenseitig abzuwägen. Was die Überproduktion an Kohle betrifft, darf ich noch darauf hinweisen, daß die Einfuhr von Kohle nach Österreich mit $5\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen pro Jahr wirklich sehr hoch ist, aber eben in Handelsverträgen so festgelegt wurde. In den letzten 10 Jahren ist oft von einer 10%igen Beschränkung gesprochen worden, die sicher etwas für sich hätte, aber vor Ablauf des Staatsvertrages ist da bestimmt nichts zu ändern. Es wäre auch zu berücksichtigen, daß, wenn 10% weniger Kohle innerhalb der Handelsverträge nach Österreich kommen würden, daß sich das auch auf die andere Industrie auswirken könnte. Sicher würde dann im Gegenwert von 500.000 Tonnen Kohle andere Ware nicht mehr exportiert werden können und das würde unter Umständen auch den Abbau von Arbeitskräften bei anderen Betrieben nach sich ziehen.

Diese wirtschaftlichen Fragen in einer Patentlösung zusammenzubringen, ist nicht einfach und es muß allen Ernstes studiert werden, bei uns neue Industrien aufzubauen, die Verwertungsmöglichkeiten für Kohle haben. Nicht richtig erscheint es mir, wie in der letzten Zeit öfter gesagt wurde, daß man dem Erdgas die Schuld gibt, daß weniger Kohle verbraucht wird. Es mag wohl die Ursache hierfür sein, aber wir müssen in Österreich, besonders in der eisenschaffenden Industrie, froh sein, wenn wir von dem gesamtösterreichischen Aufkommen, welches zwischen 1'2 und 1'4 Milliarden m³ liegt, 250 Millionen m³ in die Steiermark bekommen. Es wäre im Zusammenhang damit ganz besonders die steirische Ferngas-Ges. m. b. H. zu nennen, die ein Beispiel dafür ist, wie sich die öffentliche Hand in einem solchen Fall verhalten soll. Vom Land Steiermark, bzw. vom Herrn Landeshauptmann Krainer, möchte ich sagen, kam in diesem Fall durch die Gründung dieser Gesellschaft die Initialzündung und das Land Steiermark hat sich auch beim Erstellen der Gesellschaft beteiligt, allerdings nur mit kleinen Anteilen, so daß es nun gewissermaßen als Gesellschafter in diesem Unternehmen beteiligt ist, genauso wie die Stadtgemeinde Graz auch und somit die Interessen innerhalb dieser Gesellschaft vertreten werden. Wenn es die eisenschaffende Industrie besonders begrüßt, daß dieses Erdgas in die Steiermark kommt, so hat zum Beispiel gerade diesbezüglich der Herr Vizkanzler Dr. Pittermann kürzlich bei einem Besuch der Kohlengruben in Oberösterreich erklärt, daß es uns in 10 Jahren leid tun wird, daß wir dieses Heizgas verheizen. Herr Vizkanzler Dr. Pittermann, der sich anscheinend überall auskennt, aber abgesehen davon sicher Recht haben kann, hat erklärt, daß man in 10 Jahren daraufkommen wird, daß dieses Erdgas einer besseren Verwendung zugeführt werden kann. Soweit ich informiert bin, kann ein Teil des anfallenden Erdgases nicht konserviert werden, muß verbraucht werden, der andere Teil, der in Erdgaslinsen vorkommt, würde uns ein heikles Problem bringen, weil dieses Erdgasvorkommen von den Nachbarn, den Tschechen bereits angestochen wird. Wir müssen daher hier den wirtschaftlichen Realitäten Rechnung tragen und das Gas entsprechend ausnützen.

Sollten sich später andere Verwendungsmöglichkeiten ergeben, so wird die österreichische Wirtschaft sehr froh sein, darauf zurückkommen zu können.

Abschließend darf ich also noch einmal darauf hinweisen, und ich glaube, es kann nicht oft genug gesagt werden, die Gebietskörperschaft soll sich von wirtschaftlichen, gewerblichen und industriellen Unternehmen fernhalten und nur dort eingreifen, wo es im allgemeinen Interesse notwendig ist. Es würde ja auch sonst der kuriose Fall eintreten, daß die öffentlichen Körperschaften denjenigen konkurrieren, der letzten Endes ihnen die Steuer zu zahlen hat. Natürlich treffen diese Grundsätze nicht für jene Betriebe zu, die vornehmlich Leer- und Schulungszwecken dienen, wie dies bei verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben in der Steiermark der Fall ist. Solche wirtschaftliche Unternehmungen werden sicherlich dann und wann auch Defizite aufweisen, die, wenn sie in einem entsprechenden Rahmen liegen, noch zu rechtfertigen sind.

Ich darf Sie bitten, in diesem Sinne unsere Einstellung zur Beteiligung der öffentlichen Gebietskörperschaften an wirtschaftlichen Unternehmen zur Kenntnis zu nehmen. Gestatten Sie mir noch, daran zu erinnern, daß der Landtag in seiner 37. Sitzung, am 29. Dezember 1955, einen Beschluß gefaßt hat, der folgendermaßen lautet:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, zu überprüfen, inwieweit zwecks Einsparung im Landesvoranschlag Landesbetriebe bzw. Landesanstalten in private Hände abgegeben werden können.“

Ich weiß nicht, inwieweit von der zuständigen Abteilung entsprechende Bemühungen gemacht wurden und sich die Notwendigkeit dazu ergeben hat. Ich darf Sie noch einmal bitten, unsere grundsätzliche Einstellung zur Kenntnis nehmen zu wollen und sich im Interesse des Landes Steiermark darnach zu halten. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Vinzenz Lackner: Hohes Haus! Ein Kapitel der Wirtschaftsförderung, daß auch schon Abg. Assmann gestreift hat, ist die Ausfallsbürgschaft für die steirische Ferngasgesellschaft. Ein wesentlicher Teil der wirtschaftlichen Förderungen des Landes, die Steiermärkischen Landeseisenbahnen wurden auch bereits erwähnt. Das unser Herr Landeshauptmann die Initialzündung gegeben hat, daß die Ferngasleitung nach Steiermark kommt, ist bekannt. Im Sommer 1958 hat der Herr Landeshauptmann in Mitterdorf diesen Spatenstich, der als ein erfreuliches Zeichen für die steirische Wirtschaft angesehen werden kann, vollzogen. Ferngas ist billiger und leichter zu gewinnen als Kohle und ob die inländische Eisenindustrie, die viel Wertvolles zu verwalten hat, damit produzieren kann, die mit einem starken Konkurrenzkampf zu rechnen hat, steht noch dahin, denn auch unsere Kohle kann durch ihren Schwefelgehalt, insbesondere in der eisenverarbeitenden Industrie, nicht so sehr Verwendung finden und es muß viel Steinkohle eingeführt werden.

Durch die Elektrifizierung der Bundesbahnen konnten viel Devisen erspart werden, die zum not-

wendigen Einkauf der Steinkohle gebraucht wurden, wir konnten also Steinkohle ersparen und damit den Devisenankauf beeinflussen. Ich möchte aber nun eine Sorge der Bergarbeiter zum Ausdruck bringen. Der Herr Landeshauptmann verwies darauf, daß durch die Steweg ein Kohlenkraftwerk erbaut werden soll. Das braucht aber eine bestimmte Bauzeit und es ist nicht damit zu rechnen, daß dieses vor 1962 fertig ist, wohl aber damit zu rechnen, daß die Ferngasleitung im nächsten Frühjahr, durch die Schwierigkeiten am Semmering spätestens aber im Sommer, zur Verfügung stehen wird, so daß in der zweiten Hälfte dieses Jahres eine ernste Krise im Kohlenabsatz eintreten wird. Das ist keine überflüssige Sorge, das ist eine berechtigte Sorge und da ist vielleicht ein Fehler in der zeitgerechten Planung, daß man, wenn man Kohle übrig hat, auch das Kraftwerk fertig hat. Ein Kraftwerk auf Fohnsdorfer Kohlenbasis zu errichten, ist eine Idee, die bereits 1948—1950 gebracht wurde und damals hat man das Kraftwerk im Lavanttal errichtet. 200.000 Tonnen ungefähr der Kohlenförderung von Fohnsdorf werden ab Sommer 1959 wahrscheinlich nicht mehr anzubringen sein.

Ich möchte ganz kurz die Bedeutung des österreichischen Kohlenbergbaues streifen. Seit wann wird Kohle in Österreich gewonnen? In England schon seit dem 9. Jahrhundert, in Deutschland seit dem 12. Jahrhundert, in Österreich aber erst seit Mitte des 17. Jahrhunderts. Die erste Kohlengrube war Münchberg 1606, Fohnsdorf sei 1670. Fohnsdorf war schon einmal verstaatlicht, weil es dem k. u. k. Arar gehört hat. Der Steinkohlenbergbau wird seit 1830 betrieben. Der österreichische Kohlenbergbau ist vielfach von Krisen erschüttert worden, er hat schon in der Hälfte des 19. Jahrhunderts Rückschläge erlitten. Ein Aufblühen hatte die Entwicklung der Eisenindustrie und der Eisenbahnen zur Folge. Ein anderer Stand ist damit untergegangen. Wer erinnert sich nicht des Liedes: „Wenn der Kohlfuhrmann schnalzt.“ Das war seinerzeit, als man in die Hüttenbetriebe Kohle in Form von Holzkohle gebracht hat. Im Frühjahr, wenn die Wegverhältnisse es gestattet haben, ist der Kohlenfuhrmann durch das Land gefahren. Es gibt heute noch bereits verlassene Kohle-Straßen, wie im südsteirischen Land die Weinstraße. Und jetzt scheint es so, daß durch die Findung neuer Energiequellen wie Strom und Erdgas, wieder eine Umstellung erforderlich würde. Trotz allem ist das Zeitalter der Kohle nicht vorbei, denn die kann immer noch verwendet werden zur Erzeugung elektrischer Energie. Je mehr Laufkraftwerke und Wasserkraftwerke wir haben, desto größer wird der Stromverbrauch und desto notwendiger wird auch der Ausgleich durch die kalorische Energie. Den richtigen Wert der österreichischen Kohle hat man erst seit dem Jahre 1918 erkannt, als uns mit dem Zerschlagen der österr.-ung. Monarchie die oberschlesischen und ungarischen Kohlengruben nicht mehr zugänglich waren. Auch nach 1918 war die österreichische Kohle der Schlüssel zum Wiederaufbau und auch nach 1945, als wir wieder von allen anderen Gebieten abgeschnitten waren, war wieder die Kohle der Grundstein für den Wiederaufbau. In der Nachkriegszeit stand auch

der Bergmann wie viele andere mit leerem Magen da und mußte unter schwersten Bedingungen die Kohle fördern, damit die Allgemeinheit diesen Zusammenbruch überdauern konnte. Wir dürfen nicht vergessen, es wurden zusätzliche Tagschichtenverfahren, um Schulen, Spitäler und Ämter zu versorgen und den Verkehr und die Industrie wieder anzukurbeln, sogar Kinder haben damals Opfer auf sich genommen und haben Brotmarken gesammelt, um dadurch den schwer arbeitenden Bergmännern zusätzliche Nahrung zu verschaffen. Ich muß schon sagen, wenn das Lied vom braven Mann gesungen werden soll, dann soll es vor allem für den Bergmann gesungen werden. Auch der Herr Handelsminister Bock, der kürzlich bei uns oben war und die Gruben besuchte, hat das betont.

Es entsteht nun die Frage, wie lange haben wir noch Kohle und wie groß ist das Vorkommen? Nach den Aufzeichnungen haben wir noch 5 Millionen Tonnen Steinkohle, das ist eine kleine Menge im Vergleich zu anderen Staaten, wie z. B. Ungarn, das allein 800 Millionen Tonnen liegen hat. Das Alter dieser Kohle wird auf 250 Millionen Jahre geschätzt. Es wird hier viel mit Millionen operiert in diesem Haus, aber immer nur mit Millionen Schilling und bei uns geht es immer um Millionen Jahre. Die Glanzkohle, von der wir in Österreich noch schätzungsweise 25 Millionen Tonnen haben, ist 50 Millionen Jahre alt und die Braunkohle im Köflacher Revier, die ja jeder kennt, und von der wir nicht nur in Köflach, sondern in ganz Österreich noch ca. 270 Millionen Tonnen haben, ist erst 10 Millionen Jahre alt. Insgesamt haben wir rund 300 Millionen Tonnen Vorräte. Die Jahresförderung betrug im Jahre 1937 rund $3\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen, und jetzt beträgt sie $6\frac{3}{4}$ Millionen Tonnen. In 20 Jahren ist die Förderung durch die Modernisierung des Bergbaues und die hohen Leistungen der Bergarbeiter um mehr als 100% gestiegen. Die Steiermark allein liefert davon 60,2%, Oberösterreich 19%, Niederösterreich, Burgenland und Tirol zusammen 2,3%, Kärnten 8,7%. Sie sehen, daß nicht nur das Eisen hauptsächlich aus der Steiermark kommt, sondern auch die Kohle. Es ist nur ein gerechter Ausgleich, wenn ein anderes Bundesland uns in Form von Erdgas auch etwas bringt.

Es wird Sie interessieren, wieviel Bergbaue wir haben. Für Steinkohle haben wir 7, für Glanzkohle 22 und für Braunkohle 37. Die Glanzkohle ist ein Mittelding zwischen Steinkohle und Braunkohle. Sie hat das Aussehen wie Steinkohle, hat auch ihre schlechten Eigenschaften, aber nicht ihren Heizwert. Ein Anthrazit-Bergwerk haben wir in Turrach, das hat die beste Kohle, dort arbeiten aber nur 25 Mann und die nur im Sommer, weil man im Winter den Anthrazit nicht zu Tal bringt. Die verstaatlichten Kohlengruben bringen den größten Anteil an der Produktion, nämlich 92%. Verstaatlicht sind von den Steinkohlenbetrieben ein Drittel, die anderen privat, von den Glanzkohlenbetrieben sind 3 verstaatlicht und 19 privat, von den Braunkohlenbetrieben sind 18 verstaatlicht und 19 privat. Es gibt also noch eine Menge privater Kohlenbergbaue. Es ist nicht so, wie viele annehmen, daß alle verstaatlicht wären.

Die Beschäftigungszahlen, um die es geht, wenn diese Umstellung erfolgen soll, sind auch interessant. Insgesamt sind 15.500 Bergarbeiter bei uns tätig und 1200 Angestellte. Davon sind 9200 unter Tag und 1300 im Tagbau beschäftigt. 3800 Mann in Hilfsbetrieben über Tag und 1200 Mann in Nebenbetrieben. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, wenn ich noch über den Heizwert sprechen würde. Aber der Schillingwert ist auch interessant, denn der macht 1,3 Milliarden Schilling aus.

Wenn ich nun auf meine eigene Grube von Fohnsdorf zu sprechen komme, die in erster Linie mir am Herzen liegt, dann möchte ich auch hierüber einige Details bekanntgeben. Ich habe vor kurzem Gelegenheit gehabt, mit dem Herrn Landeshauptmann und dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter diese Grube zu befahren. Unsere Grube ist zur Zeit 1100 m tief, sie ist die schwierigste und tiefste in Europa für Braunkohle. Die schwierigen Verhältnisse sind nicht nur durch ihre Tiefe bedingt, sondern es kommt noch dazu, daß sie besonders zur Bildung von Methan gas und zur Staubeentwicklung neigt, und zwar in solchen Mengen, wie es sonst nur bei Steinkohlengruben der Fall ist. Das führt dazu, daß dort unter besonders strengen Schutzvorschriften gearbeitet werden muß. Es dürfte nicht allen bekannt sein, daß wir im Jahre 1940 und dann 1943 in der Kriegszeit eine Explosion hatten, bei der 107 Tote zu verzeichnen waren. 1950 hatten wir wieder eine Explosion mit 3 Toten. Die letzte war im Mai mit 4 Toten. Das geht so weiter. Trotz dieser Gefahr und dieses Schicksals liebt der Bergmann seinen Beruf und es bedrückt ihn nun die Sorge um seinen Arbeitsplatz. Sie machen sich keine Vorstellung, Kollegen, was es heißt, in einem 15 km langen und 6 km breiten Bergbau zu arbeiten, wo der Bergmann 1000 Meter in die Tiefe fahren muß, bis er zu seinem Arbeitsplatz kommt, die Kohlenflözmächtigkeit ist nie größer als 10 bis 12 Meter und an der geringsten Stelle $1\frac{1}{2}$ Meter. Vielleicht stellen Sie sich einmal vor, wie diese Kohle dort zustande kam, wo vor Millionen Jahren noch mächtige Wälder standen. Wenn Sie sich vorstellen, daß heute ein Hochwald 2 Millionen Jahre liegen würde, so wären das erst 4 cm Kohle, das wäre ein Flöz, das noch gar nicht abbauwürdig wäre. Der Kohlenvorrat reicht noch 40 bis 50 Jahre sicher und weitere 20 Jahre schätzungsweise. Es könnte also mit Recht auf Fohnsdorfer Kohlenbasis ein Kraftwerk erstellt werden, das noch 30 Jahre abdient. Die Bergleute werden allen jenen dankbar sein, die für diesen Bergbau versuchen, Vorsorge zu treffen, daß bis dorthin, wo die Kraftwerke laufen, die Kohle untergebracht wird.

Die Fohnsdorfer Kohle erfordert eine eigene Behandlung. Damit komme ich zu einem besonderen Kapitel. Heute hört man vielfach, infolge unverünftiger Wirtschaft wären die Gruben von Fohnsdorf zu schließen. Man kann den Bergbau in Fohnsdorf nach zwei Episoden beurteilen, nach den 7 fetten und nach den 7 mageren Jahren. In den 7 fetten Jahren, wo leichter ein Gewinn zu erzielen war, hat die Privatinitiative keine Rücklagen geschaffen für die Zeit, wie das bei den Gruben des öfteren ist, wo man mit anderen Verhältnissen rechnen muß. Wenn

bei einer zunehmenden Tiefe von 33 m die Wärme um 1 Grad steigt, ist die Temperatur bis 1100 m Tiefe 42 Grad, so ist das sehr warm. Das Berggesetz schreibt nun vor, daß man bei 30 Grad nur mehr 6 Stunden arbeiten kann. Es wurde dann künstlich diese Temperatur heruntergedrückt, aber die Temperatur so herunterzudrücken, ist doch nicht möglich, daß man 8 oder $7\frac{1}{2}$ Stunden arbeiten kann. Nun komme ich in dem Zusammenhang gleich darauf, was unlängst in der Presse zum Lesen war. Die Kohlenverteuerung hänge damit zusammen, daß man mit 1. Oktober die 45-Stundenwoche eingeführt hat. Das stimmt nicht für Fohnsdorf, daß man dort die Kohle damit verteuert hat, weil der größte Teil dieser Belegschaft nur mehr 6 Stunden arbeitet. Es ist komisch und wird manchem nicht eingehen, daß die Fohnsdorfer Bergarbeiter sehr vom Wetter abhängen, fast so wie die Bauern. Deshalb, weil wenn der Herbst warm ist und ein milder Winter ist, die Leute auch weniger auf Vorrat kaufen. Da nur 6stündig gearbeitet wird, spielt das mit eine Rolle, daß der Bergarbeiter bessere und angenehmere und weniger teure Arbeit hat.

Es ist da noch ein anderes Kapitel, wenn man von der Preiserhöhung redet, und das ist die Förderung. Wenn man schaut, was gefördert wird, so ergibt sich, daß im September pro Schicht 2'4 t 1 Mann hervorgebracht hat, im Oktober 2'5 t, also daß um eine Zehntel Tonne pro Mann die Leistung gestiegen ist. Das allein widerlegt das Märchen von der Preissteigerung durch die 45-Stundenwoche. Der Bergmann ist durch seine Arbeit ein rauher Geselle, er hat eine raue Schale, in seinem Innern aber ist ein guter Kern. Denn, wie der Landeshauptmann sagte, es ist ein pechschwarzer Schlag, der in dieser Tiefe seiner Arbeit nachgeht, aber Kohle ist halt schwarz, nur hat der Herr Landeshauptmann das Bedauern ausgesprochen, daß sie nie unbedingt schwarz sind. Der Bergmann steht treu zu seiner Heimat.

Ich möchte nun zurückkommen auf die Oktoberereignisse 1950. Es wird gern behauptet, daß wir die Wegbereiter der Volksdemokratie und verschiedenes Anderes sind. Daß da gerade der Bergmann einer ist, der für solche Dinge leicht empfänglich ist, er weiß, um was es sich dreht und hat das richtige Gefühl, zu beurteilen, wer ehrlich ist und es auf weite Sicht gut meint. Da ist in der kritischen Zeit einer, weit davon entfernt als Sozialist verdächtigt zu werden, zum Bergdirektor gegangen, der hat mich rufen lassen und die Frage gestellt: „Soll ich die Gendarmerie schicken?“ — „Die Zeit, wo die Bergarbeiter mit Gendarmerie in Schach gehalten wurden, ist vorbei, benützen Sie nicht die Gendarmerie!“, war meine Antwort. Die Menschen haben damals die Hände zusammengeschlagen und gesagt, Ordnung hier machen, das können nur die Sozialisten, wir von der ÖVP sind es nicht imstande. So war das damals. Die Bergarbeiter wurden im Verlaufe der Zeit sehr gedemütigt. Wir müssen heute stolz darauf sein, daß wir in Fohnsdorf eine Bergarbeiterschicht haben, die eine Stamarbeiterschicht ist, der Beruf des Bergarbeiters geht hier vom Urgroßvater auf den Großvater und über den Vater hinweg auf den Sohn.

In dem Zusammenhang möchte ich nicht versäumen, auf etwas zurückzukommen, was die „Tagespost“ geschrieben hat, daß der Bergmann in der Grube terrorisiert wird. Da schreibt die „Tagespost“: „Seit einigen Wochen — der Anfang steht anscheinend im Zusammenhang mit dem Beginn des von den beiden marxistischen Parteien so ungemein gehässig geführten Wahlkampfes (es handelte sich um Betriebsratswahlen) — werden im Fohnsdorfer Kohlenrevier Bergarbeiter, die sich nicht zur sozialistischen oder kommunistischen Gewerkschaftsfraktion bekennen, systematisch terrorisiert, angepöbeln und beschimpft. Dabei ist gerade Fohnsdorf ein Schulbeispiel für die schlechte Wirtschaft einer marxistischen Mehrheit in der Gemeindeebene. Nichts kennzeichnet stärker das Fiasko dieser Gemeindepolitik als die Tatsache, daß mehr als 200 wohnungssuchende Parteien vorgemerkt sind, darunter krasseste Elendsfälle. So müssen, um nur ein Beispiel herauszugreifen, in einem einzigen Raum zwei Familien mit insgesamt neun Personen hausen und zwei Männer aus diesen Familien arbeiten in der Grube. Dafür ist das an sich zu begrüßende Schwimmbad, das man allerdings nur im Juli und August — und dies nur an Sonnentagen — benützen kann, mit einem Millionenaufwand als Prachtbau erstanden. Nunmehr hat ein Aktionskomitee aus den Kreisen der ÖVP die Wohnraumbeschaffung in die Hand genommen. Es verhandelt bereits mit der Alpine um Bereitstellung von Baugründen, worauf eine Wohnungsgenossenschaft den Bau von 150 bis 200 Wohnungen auf der Grundlage des Wohnungseigentums in Angriff nehmen will.“ Es ist wenig erfreulich, Herr Kollege Hegenbarth, daß man so schreibt, nachdem andere das schon längst in die Tat umgesetzt haben, daß 200 auf die Wohnungen warten. Sie werden noch eine Weile warten, denn es stimmt nicht, daß 200 Wohnungssuchende es waren, beim Betrieb sind 300 angemeldet und wenn man die Vorgemerkten auf der Gemeinde dazurechnet, werden es noch 450 wirklich Wohnungssuchende sein. Das beleuchtet die Not. Es sieht nicht danach aus, als ob bald eine Änderung käme. Aus diesen Verhältnissen in der Grube geht hervor, daß die Grube einer der schwierigsten Arbeitsplätze ist, denn der Verschleiß der Menschen ist dort am größten. Die Silikose macht den Bergmann vorzeitig arbeitsunfähig, so daß er schon mit jungen Jahren als Pensionist spazieren gehen muß; daher haben wir auch 800 Rentner. Wenn heute ein Bergmann pensioniert wird, bleibt ihm wenigstens das Dach als Dank gewahrt. Früher hat der Unternehmer Wohnungen genug gehabt. Denn wenn ein Mann pensioniert wurde oder verunglückt ist, dann hat die Witwe in 6 Wochen die Wohnung räumen müssen. Daß es das heute nicht mehr gibt, verdankt man den Betriebsräten. Daher haben wir aber auch die große Wohnungsnot. Seit 1956 haben wir viele Wohnungen gebaut. Allein die Alpine hat Angehörigen eine Siedlung mit 180 Wohnungen gebaut. Daß nichts geschieht, stimmt also nicht.

Auch an das Schwimmbad möchte ich erinnern. Früher sind die Leute in die Pöls baden gegangen, aber die ist heute von den Fabriken verseucht und gerade der Bergmann braucht viel Licht, Luft und

Sonne, weil er ein Drittel seines Lebens unter Tag verbringt. Daher ist ein Schwimmbad wirklich kein Luxus, das möchte ich mit aller Deutlichkeit unterstreichen. Im Winter haben wir Schifahren und Eisschießen, aber trotzdem ist das Schwimmbad eine ganz wesentliche Einrichtung.

Aber das hat keine Erregung ausgelöst, denn die wenigsten Bergarbeiter lesen die Tagespost, vielleicht dann, wenn eine Beilage dabei wäre mit dem Titel „Unter-Tagespost“. Aber das hat einmal müssen aufgezeigt werden, weil von einem Terror keine Rede ist. Der Herr ÖVP-Nationalrat Plaier hat mich einmal ersucht, ihm die Möglichkeit zu geben, im Betrieb Fohnsdorf vom Arbeiter- und Angestelltenbund aus kandidieren zu können und er hat zu mir gesagt, laß mich doch einmal hineingehen. Ich habe gesagt, lieber Plaier, sehr gerne, aber daß ich Dir die Kandidaten aussuche, das geht nicht, die mußt Du selber haben. So schauen also die Dinge aus bei uns in Fohnsdorf. (Abg. W e g a r t: „Die Republik des Lackner!“)

Ich möchte, bevor ich das Kapitel abschließe, doch noch anbringen, daß die Ängste und Besorgnisse der Bergarbeiter zu Recht bestehen. Das wird niemand bestreiten und ich möchte den Herrn Landeshauptmann bitten, dafür zu sorgen, gemeinsam mit den Regierungsmitgliedern in diesem Haus, daß der erste Spatenstich, den er getan hat, nicht ein Stich in das Herz des Kumpels wird. Im Zusammenhang damit möchte ich, bevor ich schließe, noch eine Richtigstellung vorbringen. Der Bergarbeiter wird ärztlich betreut und die Ärzte haben natürlich hervorragendes zu leisten. Denn unter dem Temperaturunterschied von außen und der Grube leidet der Bergarbeiter sehr. Wenn es im Winter draußen 15 Grad minus hat, dann hat es drinnen 30 Grad plus und diesem Temperaturunterschied von 45 Grad ist der Bergmann zweimal am Tag ausgesetzt. Das greift die Gesundheit natürlich sehr an.

Auch durch den Fall, den ich gestern hier angeführt habe und der ein Einzelfall ist, wird die vorbildliche Leistung der Ärzte nicht herabgemindert. Mir ging es darum, daß durch eine Systemänderung die Aufteilung der Mittel gerechter vor sich geht und damit auch eine gerechte Honorierung der Ärzte herbeigeführt wird. Es sitzen hier in diesem Hohen Haus Mitglieder auch auf Ihrer Seite, die genau wissen, um was es sich dabei gedreht hat und daß es ein Einzelfall ist, den ich da gemeint habe. Wenn die Presse das mißverstanden hat, muß ich das sehr bedauern. Nicht die Ärzte in ihrer Gesamtheit waren damit gemeint, sondern ein einzelner Fall. (Beifall bei SPÖ.)

Landesrat **DDr. Blazizek**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Im Finanzausschuß wurde anläßlich der Debatte über die Gruppe 8 der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Landesforste überschlagern. Daran wurde die an sich richtige Schlußfolgerung geknüpft, daß das Land es nicht notwendig hätte, Überschlägerungen vorzunehmen in einer Zeit, in der die Bauern ihrerseits zurückhaltend sind, um der sinkenden Tendenz der Holzpreise entgegenzuwirken. Ich möchte nicht haben, daß diese

Befürchtung etwa verbreitet wird und deshalb möchte ich Ihnen kurz über die landesforstlichen Schlägerungen berichten.

Unser landesforstlicher Besitz im Norden der Steiermark umfaßt etwa 30.000 ha. Sie gliedern sich in zwei Forstverwaltungen, Admont und St. Gallen. Der genehmigte Einschlag für die Forstverwaltung Admont seitens der Landesforstinspektion beträgt jährlich genau 12.060 Festmeter in der Hauptnutzung. In der Vor- und Zwischennutzung gibt es nur ein sogenanntes Mindestsoll. Geschlägert wurden in der Hauptnutzung im Jahre 1957 10.788 Festmeter gegenüber dem Soll und im Jahre 1958 10.860 Festmeter. Dabei ist zu bemerken, daß wir gerade in Admont und in St. Gallen große Schadenholzanfälle gehabt haben. Die Schadenholzungen in Admont betragen 2000 Festmeter in diesen beiden Jahren. In den letzten 5 Jahren haben wir 36 km autobefahrbar Forststraßen errichtet und allein durch die Errichtung dieser Straßen mußten 1400 Festmeter ausgeschlägert werden. In St. Gallen sind in der zweiten Forstverwaltung die Verhältnisse ähnlich. Dort ist der genehmigte Einschlag in der Hauptnutzung 18.195 Festmeter, geschlägert wurden 18.672 im Jahre 1957 und im Jahre 1958 19.344, wobei wir besonders schwere Windschäden in diesen Gebieten gehabt haben. Eine Überschlägerung ist also wirklich nicht zu befürchten, da wir im ganzen Bereich der Forste 650.000 Festmeter über 100jährigen Bestand haben. Wir müssen jährlich in den Landesforsten 65.000 Festmeter schlagen, um in 10 Jahren das Holz wegzubringen, das schon über 100jährigen Bestand hat. Dazu möchte ich noch sagen, daß wir seit 1955 rund 2 Millionen Waldpflanzen für neue Kulturen und Nachpflanzungen ausgesetzt haben.

Wenn ich nun schon zu diesem Punkt kurz Stellung genommen habe, will ich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, dem bisherigen Forstdirektor unserer Landesforste, Hofrat Dipl. Ing. Derntler, der mit Ende dieses Jahres aus dem Dienste scheidet, den besonderen Dank auszusprechen. Er ist ein hervorragender Forstmann, der durch viele Jahrzehnte bestens im Dienste des Landes gearbeitet hat. Ich möchte aber auch danken den Arbeitern und Angestellten der Landesforste in St. Gallen und Admont für das, was sie im abgelaufenen Jahr im Dienste des Landes getan haben. (Allgemeine Zustimmung.)

Präsident: Wortmeldung liegt keine mehr vor, ich ersuche daher die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichtstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 8 ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zur

Gruppe 9, „Finanz- und Vermögensverwaltung.“

Berichtstatter ist Abg. G r u b e r. Ich erteile ihm das Wort.

Berichtstatter **Abg. Gruber**: Hoher Landtag! Wir kommen zum Kapitel 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, jener Gruppe in unserem Landesvoranschlag, aus der die Mittel für die anderen Gruppen

geschöpft und die Ausgabenbeträge aufgebracht werden. Die Einnahmen sind 782,457.900 S. Gegenüber 1958, wo die Einnahmen 759,278.000 S betragen, ist also eine Steigerung um 23,179.900 S. Es wurde hier schon zu wiederholten Malen ausgeführt, daß es sich bei dieser Einnahmensteigerung um durchlaufende Posten im Landesbudget handelt. Die Ausgaben betragen 161,258.600 S gegenüber 1958, wo sie 169,264.700 S betragen haben, es ist also eine Ausgabensenkung von über 8 Millionen Schilling eingetreten, was ein deutlicher Hinweis auf die sparsame Verwaltung in dieser Gruppe ist.

Ich beantrage namens des Finanzausschusses die unveränderte Annahme der Gruppe 9.

Abg. Neumann: Hoher Landtag! In der Gruppe 9 sind Bedarfszuweisungen an Gemeindeverbände und Gemeinden mit dem Betrag von 57,452.100 S festgelegt. Es ist da eine unmerkliche Erhöhung von 16.000 S vorhanden. Des weiteren sind im Unterabschnitt 963 als Gewerbesteuer Spitzenausgleich an Gemeinden ein Betrag von 33'5 Millionen Schilling festgehalten, der sich aus den Abschöpfungsbeiträgen der finanzstärkeren Gemeinden und aus Beiträgen des Bundes und Landes zusammensetzt. Beim Gewerbesteuer Spitzenausgleich ist gegenüber dem Vorjahr für die finanzschwachen Gemeinden des Landes eine beachtliche Erhöhung festzustellen. Aus der Praxis wissen wir alle, daß sich ein Teil unserer 871 steirischen Gemeinden, vor allem bei rund 600 Landgemeinden, in einer äußerst bedenklichen finanziellen Lage befinden, die sich darin begründet, daß diese Landgemeinden wohl ständig das Menschenmaterial in die Industrie liefert. Das kann man daraus ersehen, daß seit dem Jahr 1947 rund 20.000 Land- und Forstarbeiter in die Industrie abgewandert sind. — Andererseits verfügen die Gemeinden selbst kaum über Industrieanlagen. Die Industrien dieser Gemeinden sind zum Teil die Schuhmacher, die Schneider, die Schmiedemeister und wir müssen feststellen, daß zwischen 1951 und 1957 auch rund 1500 solcher ländlicher Gewerbebetriebe weniger wurden.

All dies ist die Ursache, daß sich eben diese finanzschwachen Gemeinden in einer bedenklichen finanziellen Situation befinden und hinter den Einnahmen in den Industriegemeinden nicht nur weit zurück sind, sondern die Einnahmen dieser Landgemeinden auch weiter im Sinken begriffen sind. So z. B. betragen laut amtlichen Finanzkraftschlüssels 1957 die Einnahmen in Rosenthal, in meinem Heimatbezirk, 1019 S pro Kopf, die Einnahmen in der Landgemeinde Muggauberg im gleichen Bezirk 136'5, in Högendorf 136'68 S, in Aichegg 143'19 S. Aber die Ausgaben dieser Landgemeinden, sie sind nicht nur die gleichen geblieben, sie sind ständig im Wachsen. So schaut die Ertragsanteilabrechnung in der Gemeinde Muggauberg folgend aus: Einnahmen an Ertragsanteilen S 12.115'81, Ausgaben wie etwa Landesumlage, Landessanitätsbeitrag, Gemeindeverbandsumlage und dergleichen 10.034 S, also ein Überschuß von 2081 S. Womit soll nun diese Gemeinde ihre Wege bauen, die Brücken und all ihren anderen Verpflichtungen nachkommen?

Ich glaube, diese Tatsache berechtigt nicht nur, sondern sie ruft nach einem besseren Ausgleich innerhalb der steirischen Gemeinden, nach einem besseren Finanzausgleich und auch nach einer noch besseren Dotierung bei den Bedarfszuweisungen. Ich glaube, daß dies in einem so sozialen Lande wie Österreich durchaus nicht schwer sein kann. Man hat anlässlich eines internationalen Jugendkongresses festgestellt, daß Österreich von 16 Ländern das sozialste ist. Wir glauben deshalb, daß es bei dieser sozialen Einstellung nicht schwer sein kann, den wirtschaftlich schwachen Landgemeinden hier Hilfe angedeihen zu lassen.

Es ist ja so, daß die Aufgaben dieser Landgemeinden ständig wachsen. Die zunehmende Technisierung in der Landwirtschaft macht auch einen raschen und besseren Ausbau der Gemeindewege notwendig. Wir haben rund 26.000 km Gemeindewege. Von diesen 26.000 km konnten trotz beispielhaften persönlichen Einsatzes der ländlichen Bevölkerung erst rund 5000 km ausgebaut werden. Ich möchte da an die Hand- und Zugdienste erinnern, die in den Industriegemeinden schon lange verschwunden sind und durch die die Bewohner dieser finanzschwachen ländlichen Gemeinden zu einem Staatsbürger zweiter Klasse deklariert werden. Trotz all dieser Anstrengung konnten erst die vorne angeführten rund 5000 km zur Zufriedenheit ausgebaut werden. Es warten also in der Steiermark 21.000 km auf den dringenden Ausbau. Und wenn der Herr Abgeordnete Sebastian vorgestern in der Generalrede erwähnt hat, daß durch jeden Kilometer Straße, der in ländlichen Gebieten gebaut wird, die ländliche Bevölkerung dem Sozialismus nähergebracht wird, so glauben wir nicht daran. Es wird schon noch die These Otto Bauer gelten, der sagte, die Bauern werden erst dann dem Sozialismus näherkommen, wenn sie in ihren Produkten ersticken. (Zwischenruf bei SPO: „Das hat er bestimmt nicht gesagt“!).

Ein weiteres Problem, Hohes Haus, ist die Erhaltung der Gemeindewege, für die es überhaupt keine Bedarfszuweisung gibt. Gerade der Erhaltung dieser Wege müssen unsere Landbürgermeister ihr besonderes Augenmerk zuwenden. Es könnte sonst sein, daß, bevor irgendwo ein Ausbau beendet ist, man schon wieder von vorne beginnen müßte. Ich bin der Meinung, daß wir in der Erhaltung der so stark frequentierten Gemeindestraßen auch neue Wege suchen müssen. Ein solcher Weg ist der Antrag, der seinerzeit hier eingebracht wurde und der die Schaffung einer neuen Straßentypen anregte, der sogenannten Konkurrenzstraße, wo bei der Erhaltung der Gemeindestraßen das Land zur Hälfte beteiligt wäre. Die Verwirklichung dieses Antrages würde ein Schritt näher zur Lösung dieses so schwierigen Problems für die Landgemeinden sein.

Ein weiteres Problem und eine wichtige Aufgabe der Landgemeinden ist der Aus- und Aufbau unserer Schulen, ob es sich nun um Volks- oder ländliche Hauptschulen handelt. Wir müssen hier feststellen, daß in den letzten 13 Jahren wirklich Großes geleistet wurde. Es sind rund 260 Schulen in der Steiermark entweder neu gebaut oder wesentlich modernisiert worden. Aber auch hier stehen uns

noch große Aufgaben bevor. Der Herr Abgeordnete Afritsch hat gestern erwähnt, daß noch 200 Schulen für den Bau angemeldet sind. Ich bin überzeugt, daß von diesen mindestens $\frac{3}{4}$ in diese finanzschwachen Landgemeinden fallen. Auch hier ist die Situation schwieriger gegenüber den Industriegemeinden. Ich kann nur betonen, daß die Industriegemeinden in der Lage sind, oft in ganz kurzer Zeit Schulhäuser mit allen modernen Finessen herzustellen, während die Bauzeit bei Landschulen in den finanzschwachen Gemeinden oft 5 bis 6 Jahre und darüber beträgt. In vielen Landgemeinden ist das Problem des Schulbaues noch ungelöst. Ich brauche da nur meinen Heimatbezirk zum Beispiel nehmen, so unterstreicht der diese Behauptung, daß in den Industriegemeinden das Problem des Schulbaues fast schon überall gelöst werden konnte, während die Landgemeinden das alles noch vor sich haben. Die Landgemeinden müssen gerade dem Schulsektor ihr besonderes Augenmerk zuwenden, um die vieldiskutierte Wissenslücke — von der ich gar nicht so überzeugt bin — zwischen Land und Stadt schließen zu können und diese Menschengruppen dadurch einander näher zu bringen. Auch hier, Herr Abgeordneter Sebastian, sind wir nicht der Meinung, daß, wenn der bäuerliche Nachwuchs aufgeschlossen wird und über mehr Wissen verfügt, er dann dem Sozialismus näherkommt, denn gerade der aufgeschlossene Teil der Landjugend weiß, wer wirklich die bäuerlichen Interessen vertritt.

Zur dritten Aufgabe der Gemeinde zählt die Förderung der Jugendorganisationen. Laut Gesetz sind unsere Landgemeinden verpflichtet, auch die Förderung der Jugendorganisationen in ihren Aufgabenkreis aufzunehmen. Wir haben in den Landgemeinden den Bund steirischer Landjugend. Das ist eine Organisation, die über rund 12.000 Mitglieder verfügt, und die sich unter anderem die kulturelle Ertüchtigung des ländlichen Nachwuchses, die fachliche Ertüchtigung, die Hebung des Selbst- und Standesbewußtseins und die Liebe zum Vaterland zur Aufgabe setzte. Dieser Bund würde es sehr begrüßen und hätte auch ein Anrecht darauf, von der jeweiligen Gemeinde eine Unterstützung zu bekommen, sei es bei der Ausgestaltung von Heimen, sei es bei Ausflügen, um unsere Heimat kennen und lieben zu lernen, sei es bei der Hebung der Allgemeinbildung. Aber diese finanzschwachen Landgemeinden können das nicht tun, weil ihnen die Mittel dazu fehlen. Wenn es dann nach großen Bemühungen einer solchen kleinen Gemeinde gelingt, einen kleinen Betrag für solche Zwecke aufzubringen, dann ist sie Gegenstand heftigster Kritik gewisser Tageszeitungen. So schreibt die „Neue Zeit“ vom 16. März 1958, daß sie es außerordentlich bedauere, daß eine ÖVP-Gemeinde die Warnung der SPO-Gemeindefraktion nicht befolgte und trotz dieser Warnung der Ortsgruppe des Bundes der steirischen Landjugend einen Betrag von 500 S zur Verfügung stellte, der gewidmet war für das Legen eines Fußbodens im Jugendheim, weil dieses Heim bis jetzt einen Zementboden aufwies.

Diese Kritik bei den Jugendverbänden ist nicht am Platz, weil es doch Industriegemeinden gibt, wo

ganz andere Summen, die gleich in die 10.000 S gehen, für ähnliche Zwecke verwendet werden. Wir freuen uns zwar darüber, daß das möglich ist, aber ich glaube auch, daß die Landjugend, die unter so vielen persönlichen Opfern und Zeitaufwand ihre schwere Arbeit vollbringt, auch ein Anrecht darauf hat, daß ihre Leistung anerkannt wird und sie in ihren Bestrebungen unterstützt wird.

Hohes Haus, daher mehr Geld für unsere Landgemeinden, damit auch das Leben draußen auf dem Lande lebenswert erscheint und, um mit den Worten von Frau Landesrat Matzner zu sprechen, damit auch diesen ländlichen bescheidenen Menschen ein menschenwürdiges Schicksal bereitet werden kann! Hohes Haus, mehr Geld den Landgemeinden deshalb, damit diese kleinen und kleinsten Zellen des Staates für die Zukunft erhalten bleiben, damit diese kleinen Gemeinden am flachen Land und in den unzugänglichen Gebirgstälern nicht veröden und menschenleer werden, sondern sich ein lebendiges und kraftvolles Eigenleben beibehalten können. (Beifall bei ÖVP.)

Präsident: Keine Wortmeldung mehr. Ich schreite zur Abstimmung.

Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 9 mit den vom Finanzausschuß beantragten Abänderungen die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 9 ist angenommen.

Damit ist der ordentliche Landesvoranschlag erledigt.

Wir kommen zum

Außerordentlichen Landesvoranschlag.

Berichterstatter ist der Herr Abg. Wurm, ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm:** Hoher Landtag! Im Finanzausschuß wurden zum außerordentlichen Haushaltsplan 2 Abänderungsanträge gestellt, die eine Erhöhung von 15.500.000 S beinhalten. Somit hat der außerordentliche Landesvoranschlag Ausgaben von 105.830.000 S, Einnahmen von 17.850.000 S, mithin unbedeckt 87.980.000 S.

Ich ersuche das Hohe Haus im Namen des Finanzausschusses, den außerordentlichen Finanzhaushalt zu genehmigen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich ersuche daher die Abgeordneten, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der außerordentliche Landesvoranschlag ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zu den

Sondervoranschlägen.

Berichterstatter ist gleichfalls Herr Abg. Wurm.

Berichterstatter Abg. **Wurm**: Hoher Landtag! Der Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark sieht Einnahmen und Ausgaben von 23,610.000 S vor, der Fremdenverkehrs-Investitionsfonds Einnahmen und Ausgaben von 2,322.000 S, die Tierseuchenkasse Ausgaben und Einnahmen von 1,150.000 S, der Fonds für gewerbliche Darlehen Einnahmen und Ausgaben von 2,490.000 S, der Pensionsfonds der Gemeinden Einnahmen und Ausgaben von 5,000.000 S, der Schulbaufonds Einnahmen und Ausgaben von 6,001.000 S.

Namens des Finanzausschusses bitte ich um Annahme.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Sondervoranschläge sind angenommen.

Wir kommen zum

Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes.

Berichterstatter ist gleichfalls Herr Abg. **Wurm**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm**: Hohes Haus! Der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge gibt eine Übersicht über die Kraftträder, Personenkraftwagen und Lastkraftwagen. Das Verzeichnis liegt Ihnen ohnehin vor. Ich ersuche namens des Finanzausschusses auch um Annahme dieses Systemisierungsplanes.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes ist angenommen.

Wir kommen nun zum

Dienstpostenplan 1959.

Berichterstatter ist Abg. Dr. **Freunbichler**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **DDr. Freunbichler**: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Als Anlage 2 zum Landesvoranschlag liegt den Mitgliedern des Hohen Landtages der Dienstpostenplan 1959, der in einen allgemeinen und besonderen Teil zerfällt, vor.

Während im allgemeinen Teil generelle Richtlinien für die Handhabung des Dienstpostenplanes aufgestellt werden, enthält der besondere Teil des Verzeichnisses der einzelnen Dienstposten, aufgliedert sowohl nach den Gruppen des Voranschlages, als auch nach der Anzahl und der erreichbaren dienstrechtlichen Stellung.

Im Anhang zum Dienstpostenplan werden darüber hinaus alle jene Dienstposten erfaßt, für deren Bedeckung nicht das Land, sondern Bundesbehörden bzw. Gemeindeverbände zuständig sind.

Der Dienstpostenplan 1959 enthält für die aus Landesmitteln besoldeten Bediensteten insgesamt 10.584 Dienstposten, was einer echten Vermehrung um 400 Dienstposten bzw. einer Erhöhung von 3,7 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Während in der Gruppe 1 „Allgemeine Verwaltung“ eine Zunahme um 3 Dienstposten,

in der Gruppe 2 „Landesanstalten, Schulen, Betriebe und Einrichtungen“ eine solche um 7 Dienstposten kaum wesentlich ist, fällt

in der Gruppe 3 „Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten“ sowie „Fürsorgeheime“ die Vermehrung um 412 Dienstposten besonders auf.

Diese letzte Vermehrung ergibt sich vor allem aus der Einführung der 48-Stunden-Woche bei sämtlichen Landessanitätsanstalten und aus der Übernahme des Krankenhauses Eisenerz, das bisher durch die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues geführt wurde.

Diesen Dienstpostenvermehrungen in den ersten 3 Gruppen steht eine Verminderung von 22 Dienstposten in der Gruppe 4 „Wirtschaftsbetriebe“ gegenüber, die sich vor allem aus der Auflassung des Personenverkehrs bei der Landesbahn Kapfenberg — Au-Seewiesen und durch eine Neuorganisation im Landesreisebüro erklärt.

Der Gesamtpersonalaufwand beläuft sich auf insgesamt 375,4 Millionen Schilling, wovon 55,9 Millionen Schilling auf die Ruhe- und Versorgungsgenüsse entfallen. Trotz der Vermehrung von Dienstposten um 400 ist jedoch der anteilmäßige Gesamtpersonalaufwand mit 32,5 % der ordentlichen Gesamtausgaben des Landes noch um 0,3 % niedriger als im Jahre 1958 und um 3,4 % niedriger als im Jahre 1957. Diese Tatsache findet ihre natürliche Erklärung in der ständigen Ausweitung des Budgetvolumens.

Der Stand der aktiven Landesbediensteten weist in der Gliederung der Beschäftigten nach der Art ihres Dienstverhältnisses in 4033 Beamte, 2432 Vertragsbedienstete und 4119 Lohnbedienstete eine sehr gesunde und in den tatsächlichen Verhältnissen begründete Schichtung auf.

Namens des Finanzausschusses habe ich die Ehre, dem Hohen Landtag die Annahme des vorliegenden im Ausschuß nur in einer Post geänderten Dienstpostenplanes 1959 zu empfehlen.

Abg. **Dr. Rainer**: Hoher Landtag! Entschuldigen Sie, daß ich den heutigen Ablauf der weiteren Verhandlungen noch mit einer kurzen Rede unterbrechen muß, weil im Zusammenhang mit dem Dienstpostenplan zwei Punkte aufgezeigt werden müssen. Zunächst möchte ich sagen, daß es hier notwendig ist, den Beamten der Abteilung 1 mit ihrem Leiter

den Dank und die Anerkennung auszusprechen, die sehr viel Arbeit mit diesem Dienstpostenplan gehabt haben.

Dann möchte ich rückblickend bemerken, daß in diesem Hohen Haus die Ausführungen unseres sehr bewährten Abg. Sebastian auf guten Boden gefallen sind. Er hat in der Generaldebatte von der Wahrheit gesprochen und, um der Wahrheit zu dienen, möchte ich Ihnen ein Beispiel geben, wie es mit der Wahrheit aussieht. Abg. Scheer hat bei der Debatte als Redner erklärt, indem er eine Notiz des „Alpenruf“ vorgelesen hat, daß die Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten, Sektion öffentlicher Baudienst, mit Schreiben vom 4. November 1958 ihre Mitglieder zu einer am 11. November 1958 stattfindenden Jahresversammlung eingeladen hat. Sie wissen, es wird immer behauptet und geschrieben, daß es sich bei der Gewerkschaft um eine überparteiliche Organisation handelt und das beanständete Schreiben hat nichts anderes gesagt, als daß die Bediensteten zur Jahreshauptversammlung der öffentlichen Bediensteten in die Arbeiterkammer gehen sollen. Veranstalter: Gewerkschaft öffentlicher Bediensteter, Landessektion öffentliche Bauten. Und der Herr Landeshauptmann Udier sagte, es haben alle Arbeiter und Angestellten, angefangen vom Oberstraßenmeister und Werkmeister daran teilzunehmen. Meiner Meinung nach hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter hier in seiner Eigenschaft als Gewerkschafter gesprochen. In der Hütte Liezen werden auch Gewerkschaftssitzungen während der Dienstzeit abgehalten und die ganze Belegschaft wird dorthin kommandiert. Und was macht die „Neue Zeit“ daraus? Sie schreibt, der Herr Landtagsabgeordnete Scheer von der FPÖ verlas ein Rundschreiben der ÖVP-Gewerkschaftsfunktionäre (Zwischenruf bei SPÖ: „Wo steht denn das?“), in dem diese geschlossen unter der Führung ihrer Meister zu einer ÖVP-Versammlung beordert wurden.

Was hat das mit der Wahrheit zu tun? Wir regen uns immer auf über kommunistische Zeitungen, wenn die solche Verdrehungen bringen. Und hier geschieht genau dasselbe in der „Neuen Zeit“, wo auch immer nur halbe Wahrheiten gesagt werden und nur einzelne Punkte herausgenommen werden aus einem größeren Zusammenhang, nur um hier einmal angeblich einen besonders krassen Fall aufzuzeigen. (Landeshauptmann Krainer: „Ihre Straßenwärter sind ja auch dabei gewesen!“) (Zwischenrufe bei ÖVP: „Wo steht in diesem Schreiben etwas von ÖVP Sektion Gewerkschaft?“) Die Gewerkschaft ist doch überparteilich oder nicht?

Aber wenn schon so viel von diesen Dingen hier gesprochen wird, dann muß noch ein anderer Fall aufgezeigt werden, der auch ein neues Licht auf gewisse Zustände in der Regierung und in diesem Haus wirft. Das hängt zusammen mit dem Dienststellenplan. Es gibt, wie Sie wissen, beim Land eine Gebäudeverwaltung. Und vor kurzer Zeit wurde ich einmal von einem Bediensteten dieser Gebäudeverwaltung gefragt, ob es denn wahr sei, daß er der SPÖ beitreten müsse. Ich habe ihn daraufhin ganz

verwundert angeschaut. Da erzählte er mir, er wurde von einem Kollegen aufgefordert, der SPÖ beizutreten, weil er sonst große Nachteile zu gewärtigen hätte. Bitte, gut, das war ein Übergriff oder zumindest der Versuch eines Übergriffes eines Kollegen. Und man könnte sagen, man sollte dem nicht allzugroße Bedeutung beimessen. Aber es war doch ernst. Der Mann hat mir nämlich einen Brief gezeigt und darin stand: „... nehmen jedoch mit Sicherheit an, daß Sie sich für unsere Partei und deren Ziele interessieren und bitten Sie daher, unseren Vertrauensmann anzuhören. Dann stand noch: Wir sind überzeugt, daß Sie nach objektiver Prüfung den Entschluß fassen werden, in Zukunft als unser Mitglied gemeinsam mit uns an der Verbesserung der Verhältnisse usw. usw. mitzuwirken.“

Ich frage Sie: Auch Sie sind vielleicht ein Untergebener und wenn man da von einem Vorgesetzten einen solchen Brief bekommt, in diesem Fall unterschrieben vom Stadtrat Schönauer, was soll man da machen? Ich glaube schon, wenn z. B. der Herr Abgeordnete Hueber einen solchen Brief bekäme, der weiß, was er damit machen soll und welches Rechtsmittel er da anzuwenden hat. Aber ein Untergebener muß sich das anders überlegen. Es ist offensichtlich, daß hier ein Vorgesetztenverhältnis mißbraucht wird. Mir ist ja bewußt, daß Sie nicht unsere Freunde sind, daß Sie Menschen mit anderer Anschauung sind, daß Sie aber wohl genau wissen werden, daß es bei Ihnen Leute gibt, die mit Mitteln arbeiten, die vielleicht vor 20 oder 30 Jahren bei Ihnen bei der Mitgliederwerbung üblich waren. Einen Kampf scheuen wir nicht, aber sich mit solchen Mitteln in eine Mehrheit hinzuschleichen, das fürchten wir. Ich möchte daher in aller Öffentlichkeit den Herrn Landeshauptmann bitten, daß hier bei dieser Gebäudeverwaltung Ordnung geschaffen wird. Erst gestern hat mir eine Frau erklärt, daß sie im Zug Ihrer Mitgliederwerbung in der Hoffnung der SPÖ beiträt, damit sie keinen weiteren Schikanen seitens ihres Vorgesetzten mehr ausgesetzt ist. Wenn sich Ihre Mitgliederwerbung so auswirkt, dann ist es leicht 38.000 Mitglieder in ganz Österreich auf diese Weise zu werben.

Ich möchte daher den Herrn Landeshauptmann bitten, daß hier Ordnung geschaffen wird. Das sind scheinbar noch Überbleibsel aus der Zeit, wo diese Gebäudeverwaltung zur Abteilung 10 gehört hat und es gibt eben Leute, die nicht mit der Zukunft gehen und die noch glauben, es sind noch die guten alten Zeiten, wo diese Parteiangelegenheiten in camera caritatis durchgeführt werden konnten, wie in den guten Zeiten des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Horvatek. Aber eines sage ich Ihnen: Wir hoffen, daß wir Sie mit unserer Mehrheit nicht zwingen müssen, daß solche Fälle wie Gräf & Stift und Albinger in der Steiermark nicht mehr vorkommen. (Zustimmung bei ÖVP.)

Abg. **Bammer**: Stadtrat Schönauer ist Obmann der Sozialistischen Partei von Graz-Land und hat im Rahmen einer Werbeaktion der Partei an alle Wähler des vierten Bezirkes ein solches Schreiben gerichtet. Wenn sich unter den Bewohnern dieses Bezirkes auch öffentliche Bedienstete befinden, so ist

das ein Zufall und braucht nicht dazu führen, daß man sie von einer solchen Werbeaktion ausnimmt. Es ist aus dem Wortlaut aber nicht hervorgegangen, daß ein Druck auf die Person desjenigen, der dieses Schreiben erhält, ausgeübt wird. Es war eine normale Aufforderung, mit dem Vertrauensmann der Sozialistischen Partei über eigenen Wunsch zu diskutieren. Das ist durchaus möglich und auch am Platz und auch notwendig. Ich brauche nicht mehr dazu zu sagen. Sie werden der Werbeaktion und dem Erfolg der Sozialistischen Partei durch die Unterlegung solcher Motive bestimmt keinen Schaden zufügen. (Beifall bei SPÖ.)

Erster Landeshauptmannstellvertreter Horvatek: (Die nachfolgenden Ausführungen waren von Anbeginn durch Rufe und Gegenrufe, durch Unruhe und Lärm unterbrochen, so daß sie zeitweilig unverständlich wurden.)

Mich interessiert nur, warum der Herr Abgeordnete Dr. Rainer dazukommt, meinen Namen zu nennen. Ich könnte auch erzählen, wie die Herren der ÖVP Propaganda machen, das tue ich aber nicht. Nur Sie können sich das erlauben. (Mehrere unverständliche Zwischenrufe.) Ich werde auch nicht erzählen, daß der Bauernbund noch bevor die Mitteilung des zuständigen Landesrates an den Ansuchenden gelangt, was von der Regierung für ihn bewilligt wurde, schon dem Betreffenden Mitteilung darüber macht, daß es ihn freue, daß das Mitglied des Bauernbundes Landesrat X dies oder jenes durchgesetzt habe, und daß man daher erwarte, daß die beigelegte Erklärung, dem Bauernbund beizutreten, unterschrieben zurückgesendet werde. Das sind Tatsachen. Ich behaupte aber nicht, daß ein Regierungsmitglied der ÖVP seine Stellung zu einer solchen Werbung mißbraucht. Was Sie aber tun, ist der Versuch, Sie versuchen, mich zu beschuldigen, unter meiner Führung wäre das geschehen. (Immer wieder Zwischenrufe und Lärm.) Diese Brunnenvergiftung ist Ihre Spezialität, solange ich Sie kenne. Sie müssen Ihre Verdächtigungen aber auch beweisen.

Landeshauptmann Krainer: Hoher Landtag! Ich glaube, daß ich im Zusammenhang mit der Behandlung des Stellenplanes oder Dienstpostenplanes allen Beamten auch hier im Hohen Haus, es haben einige Referenten das schon getan, den herzlichsten Dank sagen soll für ihre im Interesse des Landes und im Interesse einer sauberen Verwaltung geleistete Arbeit. Ich kann sagen, daß unsere guten und ausgezeichneten Beamten die Stützen unserer Tätigkeit in der Verwaltung sind, in der Hoheitsverwaltung genau so wie in den Wirtschaftsbetrieben.

Es gehen mit Ende des heurigen Jahres wieder 100 Beamte, Arbeiter und Angestellte in Pension, sie treten in den Ruhestand, es sind eine Reihe von wirklichen Stützen darunter, die 1945 die Verwaltung wieder aufgebaut und am Wiederaufbau des Landes hervorragenden Anteil genommen haben. Ich danke besonders denen, die als pflichtgetreue Beamte nicht nur ihre Arbeit geleistet haben, sondern den jüngeren Beamten ein Vorbild und Beispiel sind. Ich denke da vor allem an den Landes-

baudirektor Dr. Dipl. Ing. Hazmuka, an Hofrat Doktor Dolleschal, den Leiter der Abteilung 3, an den Hofrat Dr. Kopetzky, ehemaligen Bezirkshauptmann von Bruck an der Mur, an den Forstdirektor Dipl. Ing. Derntler, Hofrat Dipl. Ing. Fanta und viele noch ungenannte Beamte, die ihre Pflichten, ihre Arbeiten als Aufgabe angesehen und dem Lande und seiner Bevölkerung die besten Dienste geleistet haben. Es gebührt ihnen der Dank aller, die hier im Hohen Hause sitzen. (Anhaltender Beifall.)

Die letzte Auseinandersetzung zwingt mich, ein paar Worte zu sagen. Ich habe das schon bei zwei Feiern, anlässlich der Dienstjubiläen unserer Arbeiter und Vertragsbediensteten, zum Ausdruck gebracht. In diesem Lande haben alle Arbeiter, Vertragsbediensteten und Beamten das Recht, das politisch zu denken, was ihnen recht und billig und richtig erscheint, niemand soll in seiner politischen Überzeugung gehindert sein, schon gar nicht durch den Druck eines Vorgesetzten; auch nicht durch einen politischen Referenten, der eine Hoheitshandlung zu vollbringen hat. Gelegentlich einer Vorsprache einer Partei gegenüber kann politischer Druck ausgeübt werden. Wer immer solche Handlungen setzt, müßte sie selbstverständlich verantworten. Wenn in den letzten Tagen mehrmals von mehreren Seiten von Arbeitern der Gebäudeverwaltung im Landhause behauptet wird, daß der Vorgesetzte oder die Vorgesetzten auf diese einfachen Leute einen Druck ausüben, um sie zum Beitritt zur Sozialistischen Partei zu veranlassen und auf Grund dieses Druckes auch einige beigetreten sind, so sind das Handlungen, die niedergezwungen werden müssen. Niemand hat das Recht, auf seinen Untergebenen einen solchen Druck auszuüben. Wenn man den Leuten sagt, Eure Renten sind in Gefahr, wenn Ihr nicht bei der Sozialistischen Partei seid, denn die Sozialistische Partei gibt diese Renten, so ist das sehr, sehr niedere Propaganda. Wenn es ein Vertrauensmann macht, so ist das sein gutes Recht, welcher Partei immer er angehört, es ist sein gutes Recht vorzubringen, was seiner Propaganda dienen kann, von einem Vorgesetzten ist es aber verwerflich. Der Fall wird genau untersucht. Sie können versichert sein, wenn die Behauptungen, die von mehreren Seiten vorliegen, richtig sind, werden diese Beamten oder Beamtinnen in der Verwaltung nicht mehr tätig sein. Das kann ich Ihnen versichern. Aber auch, wenn sonst irgendwo ein solcher Fall sich ereignet, wird mit den gleichen Maßnahmen vorgegangen werden. (Abg. Sebastian: „Ich bringe Ihnen in den nächsten Tagen einige Fälle vom Straßenbauamt!“) Ich kann Sie versichern, Herr Abg. Sebastian, auch wenn ein Vorgesetzter auf unserer Seite eine solche Handlung setzt, wird er zur Verantwortung gezogen. (Abg. DDr. Hueber: „Wir sind dafür, diesen Dingen auf den Grund zu gehen.“)

Ich möchte einige Feststellungen zu den Auslassungen des Herrn Abg. DDr. Hueber machen, der in seiner Generalrede davon sprach, daß ein Abteilungsvorstand seine Untergebenen zum Besuch einer Gewerkschaftsversammlung gefordert hat. (Zwischenruf: „Das war Abg. Scheer.“) Abg. Scheer hat

es also gesagt. Wenn ein Vorgesetzter zu einer Betriebsversammlung die Leute in die Arbeiterkammer einlädt, so ist sehr schwer zu beurteilen, ob das erlaubt ist oder nicht. Sicher ist, daß nach dem Betriebsrätegesetz Betriebsversammlungen möglich sind und einberufen werden können. Das kommt vor. Es hat sich aber um Gewerkschaftsversammlungen gehandelt, an der alle Mitglieder der Gewerkschaft der Straßenwärter des öffentlichen Dienstes teilgenommen haben, und zwar ohne Unterschied der Partei teilgenommen haben, es waren Parteiangehörige wie Angehörige der Sozialistischen Partei. (Abg. R ö s c h : „Sie mußten hingehen. Das Straßenbauamt hat den Auftrag gegeben.“) Eine Gewerkschaftsversammlung war es. Es kann auch das Straßenbauamt zu Gewerkschaftsversammlungen einladen. Ich werde das untersuchen, es war eine Einladung zu keiner politischen Versammlung, sondern zu einer Gewerkschaftsversammlung. Der Landeshauptmannstellvertreter ist von der Gewerkschaft eingeladen worden. Er hat seine Dienststellung nicht mißbraucht, um für die Gewerkschaft zu werben. (1. LH.-St. H o r v a t e k : „Kein Mensch hat gesagt, der Herr Landeshauptmann Udier hätte etwas mißbraucht.“) (LH.-St. U d i e r : „Ich habe ja auch eine Einladung von der Gewerkschaft erhalten!“) (Verschiedene Zwischenrufe, Lärm.)

Ich werde diesen Fall untersuchen. Wenn es eine Betriebsversammlung gewesen ist, so ist es üblich, wie in jedem Betrieb, daß der Betriebsführer einlädt. Ich kann mir aber nicht gut vorstellen, daß die Arbeiterkammer zu einer Gewerkschaftsversammlung einlädt, das ist Geschmackssache, wie man das in der Gewerkschaft hält. Ich möchte aber sagen, daß eine Gewerkschaftsversammlung mit einer politischen Versammlung nicht zu verwechseln ist. Ich möchte jedoch ernst vor jedem solchen Mißbrauch warnen. Denn so etwas würde wirklich zu einer Brunnenvergiftung führen, vor allem bei uns in der Landesverwaltung. Einen Druck auszuüben von seiten eines Vorgesetzten her, das ist eine Angelegenheit, die schon einmal zu einer Auseinandersetzung und zu einem Bruch geführt hat, den wir längst beklagen. Es gilt für jedermann und für jeden. Eine solche Auffassung hat nichts mit Freiheit zu tun und auch nicht mit Menschenwürde und ist daher abzulehnen.

Es gibt noch andere Mißbräuche, ich habe das sehr aufmerksam verfolgt, sowohl im Finanzausschuß als auch hier im Haus. Dazu gehören auch die bestimmten Anfragen wegen der Vorfälle im Landesbauamt, ob in dem einen oder anderen Fall schon eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden sei. Das ist das gute Recht jedes Abgeordneten. Es ist aber nicht das Recht eines Beamten, wenn eine Kontrollabteilung besteht, in solchen Fällen zuerst das Parteisekretariat der Sozialistischen Partei zu informieren, noch bevor der Vorgesetzte von diesen Vorfällen Kenntnis erhält. Solche Vorkommnisse sind nicht erwünscht und Mißbrauch. Es sind auch Berichte, die nur von Meinungen und Behauptungen sprechen, für eine Kontrollabteilung, die nur zu beweisen hat, nicht zugänglich. Ich kann nicht jemanden auf eine mögliche Vermutung hin ver-

dächtigen. Die Kontrollabteilung gibt nur Beweise und wenn solche erbracht werden können, ist es Sache des Disziplinargerichtes, nach der Wahrheit zu suchen und nach den Beweisen zu urteilen. Es ist aber nicht Sache eines Beamten oder des Kontrollamtes, gegen das Bauamt, nur weil ein Schriftwechsel vorliegt, der merkwürdigerweise nicht stichhältig ist, solche Behauptungen aufzustellen. (Abg. S e b a s t i a n : „Es ist ja um nichts anderes angefragt worden als um das, was aus Gerichtssaalberichten hervorgegangen ist.“) Darum hat es sich auch nicht gehandelt. Die ganze Geschichte hat ja eine lange Vorgeschichte. Wir haben nämlich schon seit Jahren anonyme Briefe erhalten. Wir haben diese hinsichtlich der Schreibmaschine, auf der sie geschrieben worden sind, überprüft und dann das ganze ad acta gelegt. (Abg. S e b a s t i a n : „Sie können mir aber keinen Vorwurf machen, wenn ich das aus der Zeitung herauslese!“) Sie sind aber scheinbar besser informiert über diese Dinge als der zuständige Referent. So etwas halte ich für ungebührlich und aktenwidrig. In einer so großen Verwaltung wird es dort und da immer etwas geben, was allen Beteiligten sehr unangenehm ist, die in der öffentlichen Verwaltung die Verantwortung zu tragen haben. Wir können aber sagen, daß unsere Beamenschaft mit ganz geringen Ausnahmen, die nicht einmal 1 Promille ausmachen, immer sauber und anständig gearbeitet hat und daß wir Gott sei Dank von jenen Skandalaffären, die sonst wo vorgekommen sind, verschont geblieben sind. Daher bitte ich, solche Dinge wirklich erst dann an die Öffentlichkeit zu bringen, wenn man Beweise für eine unkorrekte Handlung erbracht worden sind. (Abg. S e b a s t i a n : „Das müssen Sie aber auch dem Herrn Abg. Rainer sagen, denn dann müßte er sich beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Horvatek entschuldigen!“) Ich möchte nur bitten, den korrekten und anständigen Weg stets einzuhalten.

Eines möchte ich noch zum Abschluß dieser langen Budgetdebatte sagen. Es ist viel bewiesen und nicht erwiesen, viel behauptet worden heute, gestern und vorgestern und auch viel gesprochen worden. Letzten Endes glaube ich aber, daß alle das Ziel vor Augen haben, diesem Lande und dieser Heimat zu dienen. Allerdings mit vielen und verschiedenen Mitteln. Ich möchte nur bitten im Interesse der Demokratie und der zuhörenden jungen Menschen, die die Vorgänge in der Demokratie nicht immer richtig erfassen und verstehen können, wenigstens in diesem Hause bei der Wahrheit zu bleiben und auch nicht Unterschreibungen vorzunehmen, wenn man glaubt, daß einem das politisch von Nutzen sein könnte. Der Herr Abgeordnete R ö s c h hat versucht, den Herrn Bundeskanzler zu beschuldigen, daß er die Beamtenforderung nicht durchgesetzt bzw. abgelehnt hat, es hat daraufhin ein paar Zwischenrufe gegeben und schon war in der „Neuen Zeit“ zu lesen „auch der Landeshauptmann habe zur Kenntnis nehmen müssen, daß er ja den 14. Monatsgehalt hätte beantragen sollen“. (LH.-St. H o r v a t e k : „Das geht gegen eine Zeitung, aber nicht gegen uns!“) Sie glauben, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Horvatek und ich über

diese Fragen nicht gesprochen hätten? Natürlich haben wir darüber gesprochen. Er hat mich anlässlich der letzten Jubelfeier darauf aufmerksam gemacht, daß Gewerkschaftsvertreter bei ihm und mir vorsprechen werden und er hat gleichzeitig gesagt, er habe kein Geld und es sei keine Möglichkeit vorhanden, etwas für den 14. Monatsgehalt vorzusorgen, wenn nicht der Bund Vorsorge trifft. Ich habe gesagt, ich verstehe das und weiß es. Es kam dann die Aussprache zwischen der Personalvertretung, ihm und mir, und wir eingten uns dahin, daß wir selbstverständlich einen 14. Monatsgehalt, wenn der Bund eine solche Vereinbarung trifft, in Analogie dazu zahlen werden, aber Voraussetzung dafür ist, daß vorher beim Bund eine Einigung erzielt wird. Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben Sie nicht, daß wir den 14. Monatsgehalt nicht ins Budget hätten setzen können. Natürlich, wir hätten aber dafür im kommenden Jahr Bauten und Investitionen nicht ausführen können. Es wären ungefähr 30 Millionen S gewesen. Das in Beantwortung dieser Frage, weil sie mit den Zwischenrufen, in der „Neuen Zeit“ gebracht, zusammenhängt. Das hätte heißen, 30 Millionen S mehr einzusetzen, oder 30 Millionen S bei den Investitionen und Bauten abzustreichen, wenn wir den Festbesoldeten, den Beamten, den Vertragsbediensteten oder Arbeitern, die bei uns einen sicheren Arbeitsplatz haben, den 14. Monatsgehalt gegeben hätten. Dann hätten wir den Bauarbeitern und anderen Arbeitern überhaupt die Arbeitsmöglichkeit genommen und diese so abgesägt, daß sie mit der Arbeitslosenunterstützung auf der Straße hätten vegetieren können. Landeshauptmannstellvertreter Horvatek hat im Laufe der ersten Budgetdebatte versucht, das abzuwälzen. Weil man nichts davon wissen will, ist nicht der Grund. Wenn man nur könnte. Wir haben uns nicht zu rechtfertigen, wir haben zu verantworten. Ich glaube, daß jedermann von uns weiß, wenn wir geben können, werden wir geben. Wenn wir aber die Verantwortung nicht tragen können, dann nicht; und wir können die Verantwortung nicht übernehmen, daß um 30 Millionen S weniger gebaut und investiert wird. Wir müssen warten, bis mit dem Bund ein Arrangement erfolgt, das für den 14. Monatsgehalt sorgt. (Abg. Sebastian: „Nichts anderes habe ich gesagt. Ausgelöst hat das der Zwischenruf des Abg. Dr. Rainer.“) In diesen Dingen müssen wir selbst die Verantwortung tragen. Es handelt sich ja um die Wahrhaftigkeit! Es muß noch viel mehr darüber geredet werden. (Abg. Sebastian: „Gehandelt muß werden wahrhaftig, aber nicht geredet.“)

Ich bin dafür, daß man sich das gegenseitig beweist, dann wird auch sicher die politische Lüge aufhören, die den jungen Menschen die Demokratie verzerrt darstellt, unrichtig bringt und vermittelt. Es gibt auch eine Dolchstoßlegende, daß der Spatenstich für das Erdgas der Herzstich für die Kumpeln sei; das ist eine Legende. Sehr viel ist da gerade Abg. Lackner nicht eingefallen.

Ich möchte zum Abschluß sagen: Bei allen Auseinandersetzungen in der Politik sollen wir uns zwingen, wenigstens die Wahrhaftigkeit soweit gel-

ten zu lassen, als man überzeugt davon ist, die Wahrheit gesagt zu haben, aber nicht in den Fehler verfallen, gegen die Überzeugung Behauptungen aufzustellen. Auch dann nicht, wenn sie Sie politisch unterstützen. Glauben wir ja nicht, wenn wir gegenseitig unwahre Behauptungen aufstellen, daß nicht andere Leute das verstehen und wohl zu unterscheiden wissen, was wahr oder unwahr ist. Das ist die Antwort, die auf meinen Appell die einzig richtige ist. So ernst wir diese Dinge behandeln, man hat fast doch den Eindruck, als komme man ohne Lüge oder Verstellung nicht aus, wenn man zur Antwort auf einen Appell hört: Daher auch das Anwachsen der Sozialistischen Partei.

Jeder, dem es ernst ist um dieses Land und um das Vaterland, muß die Zusammenarbeit bejahen, auch dann, wenn sie manchmal unerträglich wird, diese angebliche Zusammenarbeit, von der in der Öffentlichkeit gesprochen wird, wobei auch wichtige Probleme nicht erledigt werden können, teils weil wir uns nicht finden können, teils eine neue Ordnung nicht ertragen könnten und aus politischen Gründen einfach nein sagen. Ich glaube, wenn wir in dieser Form, Politik zu machen, weiterfahren, daß wir der Sache der Demokratie und unserer Republik einen schlechten Dienst erweisen. Bei aller Gegensätzlichkeit der Meinungen müssen wir uns, Gott sei Dank, doch, wenn es um die Heimat und um große Fragen der sozialen Entwicklung unseres Volkes geht, finden und dürften nicht einen Kleinkrieg führen, um so den Anschein beim Volke zu erwecken, wir könnten es ohne Streit wahrhaftig nicht angehen. Es wird für ein rechtes Zusammenarbeiten, für die Freiheit jedes Einzelnen auch in seiner politischen Meinung nur von Vorteil sein, wenn wir weniger davon reden, daß wir zusammenarbeiten sollen, sei es im Landtage oder in der Steiermärkischen Landesregierung, sondern es tatsächlich auch tun. Wir haben in der Steiermärkischen Landesregierung gute Arbeit geleistet, uns sicher häufig über Meinungen auseinandergesetzt, es ist selten zu Mehrheitsbeschlüssen gekommen, wir haben uns immer wieder gefunden. Hier hat es gestern, vorgestern und heute das Ansehen gehabt, als gebe es keine Überbrückung um der Wahrheit wegen. Ich bitte am Abschluß dieser Budgetberatungen, diese Diskrepanzen, die aufgetreten sind, zu vergessen und sich in der gemeinsamen Sache um die Heimat zu finden. (Beifall, Bravorufe!)

Abg. Rösch: Hoher Landtag! Ich bedaure unendlich, daß Abg. Rainer es für notwendig befunden hat, zum Abschluß der Budgetdebatte eine Rede zu halten, die mehr oder weniger dann in einer Verdächtigung geendet hat. Wegen seiner Rede, die er während des Budgets gehalten hat, hat Abgeordneter Kaan die Unterbrechung des Landtages und Parteiverhandlungen verlangt, was im Protokoll bestätigt ist. Die Sozialistische Partei wird diesen Vorgang nicht wählen, besonders deswegen nicht, weil wir trotz aller Heftigkeit der Angriffe, die wir durch unsere Zwischenrufe zurückgewiesen haben, unsere Meinung vertreten haben. Wenn es einen Verdacht gibt, daß Ungerechtigkeiten herrschen oder Unklarheiten begangen werden, muß das untersucht wer-

den. Ich bin ermächtigt, namens der Sozialistischen Fraktion zu erklären, wir stimmen dieser Untersuchung seitens des Landeshauptmannes zu, wir wehren uns aber dagegen, daß Abg. Rainer Verdächtigungen ausspricht, und zwar im Schutze der Immunität Verdächtigungen ausspricht.

Im Budgetausschuß des Landtages sind einige Anfragen an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Horvatek gerichtet worden. Wir haben die Antwort bekommen, daß die Untersuchung läuft und haben im Hohen Hause nicht ein Wort davon gesprochen. Wir haben lediglich angefragt ohne irgend ein Detail bekanntzugeben, und Sie haben uns zugesichert, daß die Untersuchung im Gange ist und wir haben uns damit zufriedengegeben.

Wenn Sie wirklich eine Budgetdebatte in Ruhe und Ordnung abwickeln wollen, dann wäre es besser gewesen und Dr. Rainer wäre besser beraten gewesen, wenn er jetzt zum Schlusse in der Hitze der Debatte nicht noch einmal den Fehler begangen hätte, die Leidenschaften aufs Neue zu entzünden, indem er auf eine derart unqualifizierte Art solche Angriffe startet.

Wir nehmen die Erklärung des Herrn Landeshauptmannes zur Kenntnis und werden alle die Regierung weitgehend unterstützen, wenn diese Untersuchung bis zum letzten Buchstaben korrekt durchgeführt wird. Denn erst dann kann man über diese Sache reden. (Beifall.)

Abg. Dr. **Stephan**: Ich will Sie nicht mehr lange aufhalten. Unsere Fraktion wollte zu diesem Punkt, zu dem ich jetzt spreche, gar nicht Stellung nehmen, aus dem Grunde, weil die Verhandlungen noch laufen. Es ist, wie Sie wissen, nach der letzten Wahl im Jahre 1957 ein Kontrollausschuß in diesem Hause eingesetzt worden, dessen Vorsitz Abg. Dr. Hueber führt. Wir haben uns seit mehr als eineinhalb Jahren bemüht, diesen Ausschuß zu konstituieren und in der letzten halben Stunde haben wir Auskunft erhalten über Dinge, die dieser Kontrollausschuß zu untersuchen hätte, und am ehesten schon deswegen untersuchen könnte, weil der Vorsitzende desselben keiner der beiden in Rede stehenden Parteien angehört. Es ist aber beim besten Willen nicht möglich gewesen, bisher zu irgend einer Einigung über die Tätigkeit dieses Kontrollausschusses zu kommen, geschweige denn zu einer gesetzlichen oder verfassungsmäßigen Regelung. Wir erklären bindend, wenn nicht ein Minimum an wirklichen und realen Aufgaben diesem Ausschuß gestellt wird — sie sind uns ja jetzt gerade bei den zum Abschluß der Budgetdebatte erfolgten Erörterungen vor Augen geführt worden — dann werden wir auf diesen Vorsitz in diesem Ausschuß verzichten aus dem Grunde, weil wir glauben, daß wir uns nicht bis zum zweiten Jubiläumstag der Gründung dieses Kontrollausschusses an der Nase herumführen lassen müssen. (Beifall bei FPÖ.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Dienstpostenplan mit der vom Finanzausschuß beantragten Abänderung zu-

stimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Dienstpostenplan ist damit angenommen.

Wir behandeln nun die

Beschlußanträge des Finanzausschusses.

Diese Beschlußanträge finden Sie auf den Seiten 6 bis 12 der Beilage Nr. 66. Berichterstatter ist Abgeordneter Hofmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Hofmann**: Hohes Haus! Ich werde mich bemühen, sehr kurz den Schlußbericht zu halten. Über die Spezialdebatte glaube ich nichts sagen zu brauchen, ich habe nur noch zu berichten über das Gesetz, das Ihnen in der Beilage Nr. 64 vorliegt und zu berichten über die Beilage Nr. 66, über die Abänderungs-, Ergänzungs-, Beschluß und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses, die ja in der Spezialdebatte debattiert worden sind.

Ich beantrage, das Gesetz, Beilage Nr. 64, EZ. 213, über den Landesvoranschlag und die Landesumlage mit den im Finanzausschuß beschlossenen Änderungen anzunehmen, und zwar dahingehend.

„Der Hohe Landtag wolle die Gesetzesvorlage mit folgenden Abänderungen beschließen:

1. Die Angaben über den außerordentlichen Landesvoranschlag im § 1 werden wie folgt geändert:

„Außerordentlicher Landesvoranschlag:	
Ausgaben	105,830.000 S
Einnahmen	17,850.000 S
Abgang	87,980.000 S.

2. Im § 2 Abs. 2 Zeile 2 sind nach dem Worte ‚Mittel‘ die Worte ‚über Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung‘ einzufügen.

3. Der § 2 Abs. 3 erhält folgende neue Fassung:

„(3) Solche Bindungen sind durch Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung aufzulösen, wenn sie infolge günstiger Erträge der Verwaltungseinnahmen oder der Erfassung anderer Ersparungsmöglichkeiten bei den veranschlagten Ausgabemitteln für den Haushaltsausgleich entbehrlich werden.“

4. Im § 4 Abs. 2 Zeile 2 ist das Wort ‚sind‘ durch das Wort ‚können‘ zu ersetzen. Im selben Absatz Zeile 5 haben an Stelle des Wortes ‚zuführen‘ die Worte ‚zugeführt werden‘ zu treten.

Ich möchte vorschlagen, daß alle Resolutionsanträge unter einem abgestimmt werden, soweit sie unbestritten sind, bis auf eine, die nicht unbestritten angenommen wurde, und zwar ist das der Resolutionsantrag zu Unterabschnitt 736, welcher lautet:

„Im Zuge der Maßnahmen zur Förderung des Obstabsatzes wird die Landesregierung aufgefordert, beim Bund die gesetzlichen Maßnahmen zu erwirken, die für die Ausnahme von Obstsaft von der Getränkesteuer erforderlich sind, ferner die Gemeinden aufzufordern, bis zu dieser Regelung durch

Gemeinderatsbeschluß Apfelsaft von der Getränkesteuer freizustellen.“

Über diesen möge einzeln abgestimmt werden und über die anderen gemeinsam, um Zeit zu sparen. Ich bitte im Sinne meines Antrages zu beschließen.

Präsident: Im Sinne des Antrages des Berichterstatters schlage ich vor, zuerst über die eine Resolution, betreffend Herausnahme des Apfelsaftes aus der Getränkesteuer abzustimmen und sodann über alle anderen Beschlußanträge. Es wird dagegen kein Einwand erhoben.

Wir stimmen daher zuerst ab über den Beschlußantrag, betreffend die Herausnahme von Apfelsaft von der Getränkesteuer.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

Wir stimmen nun über alle übrigen Beschlußanträge ab, die im Finanzausschuß einstimmig angenommen wurden.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Anträgen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Anträge sind angenommen.

Wir kommen nun zum

Gesetzestext.

Ich erteile dem Hauptberichterstatter Abg. Hofmann das Wort.

Abg. **Hofmann:** Ich beantrage, den Gesetzestext, wie ich ihn vorgetragen habe, mit den Abänderungen anzunehmen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Gesetzestext mit den vom Finanzausschuß beantragten Abänderungen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Gesetzestext ist angenommen.

Wir haben damit das Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1959 verabschiedet.

Ich möchte diesen Anlaß benützen, um dem Herrn Finanzreferenten der Steiermärkischen Landesregierung und den Beamten der Finanzabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für die gewissenhafte Erstellung des Landesvoranschlages und allen Abgeordneten, im besonderen den Mitgliedern des Finanzausschusses, für die sachgemäßen Beratungen, die es ermöglichten, daß wir den Landesvoranschlag heute verabschieden konnten, bestens zu danken.

Wir gehen nun weiter zu den übrigen Tagesordnungspunkten.

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, Einl.-Zl. 202, betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1956.

Berichterstatter ist Abg. Wurm.

Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm:** Hoher Landtag! Der Rechnungsabschluß weist im ordentlichen Haushalt Mehreinnahmen von 113 Millionen S aus, denen Mehrausgaben von 67,5 Millionen S gegenüberstehen.

Im außerordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen 71,5 Millionen S, die Ausgaben 63 Millionen S, der Überschuß daher 8,5 Millionen S.

Im Landes-Rechnungsabschluß wird ein Bericht gegeben über die Bilanzgebarung der 8 Wirtschaftsbetriebe. 3 Wirtschaftsbetriebe haben einen Abgang, 4 Wirtschaftsbetriebe einen Gewinn.

Das Sondervermögen wird ausgewiesen. Der Kasstand beträgt 112,3 Millionen S.

Der Rechnungshof hat diesen Rechnungsabschluß 1956 vorgelegt bekommen. Die Überprüfung wurde vom 10. Oktober bis 8. November 1957 durchgeführt. Einzelnes wurde beanstandet, so die Haftungen, die das Land gewährt, die dem Lande immer weitere finanzielle Lasten auferlegen. Der Rechnungshof warnt, weitere Haftungen zu übernehmen. Es wurden dann noch einige kleinere Beanstandungen vorgenommen. Die Landesregierung hat diesen Bericht des Rechnungshofes zur Kenntnis genommen und am 31. Oktober 1958 beschlossen, dem Landtag folgenden Antrag vorzulegen:

„1. Der Rechnungsabschluß des Landes Steiermark für das Rechnungsjahr 1956 wird genehmigt.

2. Der Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Gebarungsüberprüfung wird zur Kenntnis genommen und dem Herrn Präsidenten des Rechnungshofes sowie den mit der Prüfung der Landesgebarung betraut gewesenen Organen des Rechnungshofes für ihre Überprüfungstätigkeit und die eingehende Berichterstattung der Dank ausgesprochen.“

Der Rechnungsabschluß wurde im Kontrollausschuß und im Finanzausschuß beschlossen. Im Namen beider Ausschüsse ersuche ich das Hohe Haus um Annahme des Antrages.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, Einl.-Zl. 203, über die Gebarung der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark im Geschäftsjahr 1957.

Berichterstatter ist Abg. Dr. K a a n.

Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. Kaan: Hoher Landtag! In der Einl.-Zl. 203 des Berichtes der Steiermärkischen Landesregierung über die Gebarung der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark befindet sich der Antrag, diesen Bericht zu genehmigen. Dieser Bericht wurde im Kontroll- und im Finanzausschuß einer eingehenden Prüfung unterzogen und ich stelle den Antrag, ihn genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 204, betreffend den Ankauf der Liegenschaft Einl.-Zl. 117, KG. Stifting, Graz, Billrothstraße 20.

Berichterstatter ist Abg. R a u c h. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Rauch: Hoher Landtag! Es liegt die Regierungsvorlage, betreffend den Ankauf der Liegenschaft Einl.-Zl. 117, KG. Stifting, Graz, Billrothstraße 20, vor. Der Finanzausschuß hat sich mit der Vorlage eingehend beschäftigt und ist zu dem Anschluß gekommen, dem Hohen Haus zu empfehlen, folgenden Beschluß zu fassen:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Ankauf des Besitzes, Graz, Billrothstraße 20, von der Republik Österreich zum Preise von 900.000 S zuzüglich der für den Ankauf aufzuwendenden, mit einem Höchstbetrag von 100.000 S festzusetzenden Nebengebühren, sowie der Bericht über die Bedeckung der für diesen Ankauf erforderlichen Mittel von insgesamt 1.000.000 S wird zur Kenntnis genommen und genehmigt.“

Ich ersuche das Hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 206, betreffend die Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben zur Gewährung einer außerordentlichen Subvention an die Lurgrottengesellschaft in Graz, Schmiedgasse 11.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Freunbichler. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. DDr. Freunbichler: Hoher Landtag! Der Finanzausschuß hat sich in seiner Sitzung am 15. Dezember 1958 mit der Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, Einl.-Zl. 206, betreffend die Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben zur Gewährung einer außerordentlichen Subvention an die Lurgrottengesellschaft beschäftigt. Dieser Vorlage liegt die Tatsache zugrunde, daß einerseits infolge der Überschwemmungen des vergangenen Sommers größere Arbeiten in der Grotte selbst anfielen, andererseits aber auch die Besucheranzahl in diesem Jahr stark zurückgegangen ist. Aus diesen Gründen sind die Mittel der Lurgrottengesellschaft so erschöpft, daß sie ihren Verpflichtungen nicht mehr nachzukommen in der Lage ist.

Da der im Landesvoranschlag 1958 für den weiteren Ausbau der Lurgrotte vorgesehene Kredit bereits verbraucht ist, wurde durch die Landesregierung die Gewährung eines weiteren Förderungsbeitrages von 20.000 S als überplanmäßige Ausgabe beschlossen. Dieser Betrag ist durch Überschüsse bei der Haushaltspost 87,88 der Steirischen Ferngasgesellschaft zu bedecken.

Namens des Finanzausschusses stelle ich daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die Bewilligung dieser außerplanmäßigen Ausgabe sowie deren Bedeckung im Sinne des § 32 Abs. 2 der Landesverfassung genehmigend zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 207, betreffend die Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben für die Bestreitung der Reisekosten und Bekleidungspauschale für die auf Grund des Jugendwohlfahrtsgesetzes zu übernehmenden Fürsorgerinnen der Gemeindeverbände.

Berichterstatter ist Abg. H o f m a n n. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Hofmann: Hoher Landtag! Wir haben ein Jugendwohlfahrtsgesetz beschlossen und nach diesem Gesetz sollen am 1. Juli 1958 die Personal- und Sachaufwendungen der Jugendwohlfahrtsreferate bei den Bezirkshauptmannschaften durch das Land übernommen werden. Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und hat beschlossen, den Antrag zu stellen:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben von zusammen 146.000 S bei den Posten 513,12 „Reise- und Übersiedlungsgebühren“ und 513,13 „Bekleidung und Ausrüstung“ für die Bestreitung der Reisekosten und Bekleidungspauschale der Fürsorgerinnen sowie deren Bedeckung wird im Sinne des

§ 32 Abs. 2 des Landesverfassungsgesetzes genehmigend zur Kenntnis genommen."

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 211, betreffend Bedeckung für überplanmäßige Ausgaben im Jahre 1958.

Berichterstatter ist Abg. Josef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Gruber: Hohes Haus! Die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 211, betrifft die Bedeckung für überplanmäßige Ausgaben von 38 Millionen Schilling.

Der Finanzausschuß hat sich am 15. Dezember mit dieser Vorlage eingehend beschäftigt und sie einstimmig beschlossen. Ich bitte daher im Namen des Finanzausschusses um die Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 212, betreffend Genehmigung der Übernahme der Landeshaftung für das dem Steirischen Skiverband durch das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau gewährte Darlehen von 180.000 S.

Berichterstatter ist Abg. Ing. Hans Koch. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Ing. Koch: Hohes Haus! Mit dieser Regierungsvorlage hat sich der Finanzausschuß eingehend beschäftigt und ich habe in seinem Namen den Antrag zu stellen und das Hohe Haus zu bitten, diesem die Zustimmung zu erteilen:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, die Landeshaftung für das dem Steirischen Skiverband durch das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau gewährte Darlehen von 180.000 S zu übernehmen, wird zur Kenntnis genommen und die Haftungsübernahme genehmigt."

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

9. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 215, betreffend Bewilligung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen an ehemalige Bedienstete des Landes Steier-

mark bzw. deren Hinterbliebene und Bewilligung von Ehrenrenten an Künstler und Personen, die sich um das steirische Kunstschaffen besonders verdient gemacht haben.

Berichterstatter ist Abg. Gottfried Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Gottfried Brandl: Hohes Haus! Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihren Sitzungen vom 28. April, 5. Mai und 16. Juni 1958 beschlossen, dem Hohen Haus die Gewährung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen bzw. Regelung derselben an ehemalige Bedienstete des Landes und deren Hinterbliebene und Bewilligung von Ehrenrenten an Künstler und Personen, die sich in wirtschaftlicher Notlage befinden und sich um das steirische Kunstschaffen besonders verdient gemacht haben, vorzuschlagen. Diese Personen sind:

1. Brzezina-Birkenthall Zoe,
2. Hohenscherer Ernst,
3. Mauracher Ida,
4. Steinlechner Berta,
5. Warga Maria,
6. Wistritschnik Adele.

Der Finanzausschuß hat diese Anträge der Landesregierung geprüft und ich bitte in seinem Namen das Hohe Haus um die Annahme des folgenden Antrages:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen: An folgende ehemalige Landesbedienstete und an Personen, die sich um die Steiermark Verdienste erworben haben bzw. deren Hinterbliebene wird jeweils ein außerordentlicher Versorgungsgenuß bzw. eine Ehrenrente in der nachstehend angegebenen Höhe und Dauer bewilligt.

1. Brzezina-Birkenthall Zoe, geboren am 11. Oktober 1891, Witwe nach dem ehem. Landeseisenbahndirektor Hofrat Dr. Max Brzezina-Birkenthall, wohnhaft in Graz-Kroisbach, Hilmteichstraße 117, über ihr Ansuchen mit Wirkung ab 1. Juli 1958 als Ausgleich ein außerordentlicher Versorgungsgenuß in Höhe von monatlich 600 S (sechshundert Schilling) bis zu dem Zeitpunkt, mit welchem durch eine Statutenänderung des Pensionsinstitutes der Österreichischen Privatbahnen die volle Angleichung der sogenannten „Altrenten“ an die von den Österreichischen Bundesbahnen liquidierten Ruhegenüßzüge erfolgt.

2. Hohenscherer Ernst, geboren am 21. November 1912, ehemaliger Vertragsbediensteter, wohnhaft in Radkersburg, Langgasse 42, in Berücksichtigung seiner schweren Erkrankung, der hiedurch bedingten Erwerbsunfähigkeit sowie seiner wirtschaftlichen Notlage mit Wirkung ab 1. März 1956 gegen jederzeitigen Widerruf ein außerordentlicher Versorgungsgenuß von monatlich 200 S (zweihundert Schilling) einschließlich Wohnungsbeihilfe.

3. Mauracher Ida, geboren am 9. Februar 1910, Witwe nach dem akademischen Bildhauer Professor Hans Mauracher, wohnhaft in Graz, IX., Waldhofstraße 12, mit Wirksamkeit ab 1. September 1957 unter Einrechnung des mit Regierungssitzungsbe-

schluß vom 3. Dezember 1957, vom gleichen Zeitpunkt bereits vorläufig gewährten und zur Anweisung gebrachten monatlichen außerordentlichen Versorgungsgenusses von 500 S, in Würdigung der künstlerischen Tätigkeit von Professor Mauracher als auch des von ihr dem Lande Steiermark übergebenen künstlerischen Nachlasses ihres Gatten, ein außerordentlicher Versorgungsgenuß von monatlich 1300 S brutto (eintausenddreihundert Schilling).

4. Steinlechner Berta, geboren am 3. Dezember 1880, wohnhaft in Graz, Schubertstraße 26 a, mit Wirksamkeit ab 1. April 1958, gegen jederzeitigen Widerruf, in Berücksichtigung der langjährigen Dienstzeit des Dr. Leo Steinlechner und ihrer derzeitigen wirtschaftlichen Notlage ein außerordentlicher Versorgungsgenuß von monatlich 400 S (vierhundert Schilling).

5. Warga Peter, geboren am 28. September 1940, Sohn des verstorbenen Fachinspektors Maria Warga, über Ansuchen des Peter Warga als Vormund, mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1958 gegen jederzeitigen Widerruf eine außerordentliche Waisenrente in Höhe von monatlich 300 S (dreihundert Schilling) bis zur Erlangung der Selbsterhaltungsfähigkeit, längstens jedoch bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres.

6. Wistritschnik Adele, geboren am 2. August 1923, wohnhaft in Graz, Herrandgasse 20, Witwe nach dem Vertragsbediensteten Dr. Erich Wistritschnik, in Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer Versorgungspflichten für die beiden Kinder Renate, geboren am 21. Jänner 1954, und Peter, geboren am 30. Juli 1956, für letztere mit Wirksamkeit ab 1. März 1958 bis auf weiteres bzw. bis zur Erlangung der Selbsterhaltungsfähigkeit, längstens jedoch bis Vollendung des 21. Lebensjahres eine außerordentliche Waisenrente in Höhe der im Falle der erfolgten Pragmatisierung des verstorbenen Ehegatten in Betracht kommenden normalmäßigen Waisenrente.

Die außerordentliche Waisenrente sitzt sich wie folgt zusammen:

Waisenpension	S 619'35
Kinderzulage	S 200'—
Wohnungsbeihilfe	S 30'—
a.-o. Waisenrente	S 849'35
(achthundertvierzignen 35/100 Schilling).	

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich bringe den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich gebe bekannt, daß der Finanzausschuß während einer Unterbrechung der Landtagssitzung die Beratungen über die Regierungsvorlage, Einlauf-Zahlen 218 und 220, und der Gemeinde- und Verfassungsausschuß die Beratungen über die beiden gestern zugewiesenen Auslieferungsbegehren abgeschlossen haben und im Hause antragstellend berichten können.

Wir können daher entgegennehmen

10. den Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 218, betreffend Dr. Friedrich Mayer, Landesregierungsrat, Aufhebung der Disziplinarstrafe der Hemmung der Vorrückung in höhere Bezüge.

Berichterstatter ist Abg. Krempl. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Krempf:** Die Vorlage, Einl.-Zl. 218, liegt Ihnen auf. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ich darf das Hohe Haus bitten, diesen Antrag anzunehmen.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich bringe den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 220, betreffend die Haftung für Investitionskredite der steirischen Ferngasgesellschaft mit beschränkter Haftung, Graz, Burgring 16.

Berichterstatter ist Abg. Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Gruber:** Hoher Landtag! Die Vorlage sieht vor die Übernahme der Haftung für einen weiteren Ausfallskredit. Die Vorlage lag dem Finanzausschuß am 9. Dezember 1958 vor und wurde einstimmig beschlossen. Ich beantrage die Annahme.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor. Ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

12. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über das Ersuchen der Bundespolizeidirektion Graz, der behördlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Josef Stöffler wegen Verdachtes einer Verwaltungsübertretung nach der Kraftfahrverordnung 1955 zuzustimmen.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. **Rainer:** Hoher Landtag! Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Ersuchen der Polizeidirektion Graz um Auslieferung des Landtagsabgeordneten Stöffler befaßt. Namens des Ausschusses stelle ich den Antrag:

„Dem Ersuchen der Bundespolizeidirektion Graz, der behördlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Josef Stöffler wegen Verdachtes einer Verwaltungsübertretung nach der Kraftfahrverordnung 1955 zuzustimmen, wird über dessen Wunsch Rechnung getragen.“

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

13. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über das Ersuchen der Bundespolizeidirektion Graz, der behördlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Otto Röber wegen Verdachtes einer Verwaltungsübertretung nach Artikel VIII 1 b EGVG und einer Verwaltungsübertretung nach dem Kraftfahrzeuggesetz 1955 zuzustimmen.

Berichterstatter ist gleichfalls Abg. Dr. Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. **Rainer:** Hoher Landtag! Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung auch mit diesem Ersuchen der Bundespolizeidirektion Graz beschäftigt. Namens des Ausschusses stelle ich folgenden Antrag:

„Dem Ersuchen der Bundespolizeidirektion Graz, der behördlichen Verfolgung des Landtagsabgeord-

neten Otto Röber wegen Verdachtes einer Übertretung nach Art. VII 1 b des EGVG und einer Verwaltungsübertretung nach dem Kraftfahrzeuggesetz 1955 zuzustimmen, wird über dessen Wunsch Rechnung getragen.“

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, allen Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung und des Hohen Hauses sowie unseren Mitarbeitern und namens des Landtages der gesamten Bevölkerung des Landes Steiermark gesegnete Weihnachten und ein glückbringendes Jahr 1959 zu wünschen.

Die nächste Landtagssitzung wird im schriftlichen Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung am 20. Dezember 1958 um 17 Uhr 40 Minuten.)